Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

28. Jahrgang

Dez. 1935
Heft 12

Deutschlands Textilindustrie und Textilwirtschaft

Von Dr.-Ing. MAX MATTHES VDI, Dozent und Leiter des Instituts für Textiltechnologie an der Technischen Hochschule, Aachen

Die Versorgung Deutschlands mit Textilrohstoffen bildet eine zur Zeit häufig erörterte Frage. Wenn man sie richtig verstehen will, muß man sich über die Stellung der deutschen Textilindustrie und Textilwirtschaft im Rahmen der gesamten deutschen Industrie und der Weltwirtschaft im klaren sein. Eine Einführung hierzu will dieser Aufsatz geben. Er berücksichtigt dabei möglichst die neuesten Ziffern, welche durch die dankenswerten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes auf Grund der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933 zur Verfügung stehen. Sie sind veröffentlicht in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik", 1935, Nr. 11.

Von jeher hat das Textilgewerbe in Deutschland eine hervorragende Rolle gespielt. Sein Anteil an der Gesamtziffer der Betriebe und Beschäftigten beträgt etwa 15 %. Hier soll nur von der deutschen Textilindustrie gesprochen werden, deren Anteil an der gesamten deutschen Industrie zur Zeit etwa 6 % der Beschäftigtenzahl beträgt. Einen Überblick über die Verteilung der Beschäftigtenzahl auf die einzelnen Textilzweige nach den Gewerbezählungen von 1925 und 1933 gibt Abb. 1, welche die Verschiebungen in den einzelnen Branchen und die Gesamtaufteilung erkennen läßt. Der stärkste Zweig der Textilindustrie ist nach wie vor die Baumwollindustrie, welche etwa ¼ aller Textilarbeiter beschäftigt. Sie besitzt, wie die Textilindustrie überhaupt, hervorragend den Charakter des Großbetriebes, der sich in der letzten Zeit noch erheblich verstärkt hat. Innerhalb der Baumwollindustrie verteilt sich die Beschäftigtenzahl zu je einem Drittel auf Spinnerei, Weberei und Spinnweberei. Sie hat sich gegenüber 1925 um etwa 25 % verringert.

Die Wollindustrie und die Wirkerei einschließlich Strickerei nehmen mit je etwa 20 % der Beschäftigten fast gleichwertige Stellen ein. In größerem Abstand folgen dann Bastfaserindustrie, Textilveredlung und Gardinenherstellung, deren Anteil zwischen 5 und 8 % schwankt, während er bei den übrigen Textilzweigen noch unter 5 % liegt.

Auch in der Wollindustrie ist eine Aufteilung zu etwa je ⅓ auf Spinnerei, Weberei und Spinnweberei zu erkennen. Es herrscht ebenfalls der Großbetrieb vor, besonders in der Aufbereitung der Wolle und in der Kämmerei. Im Gegensatz hierzu liegt der Charakter der Wirkerei und Strickerei nach der Seite des Mittel- und Kleinbetriebes. Der hausgewerbliche Einschlag ist dort sehr groß. Die Beschäftigtenziffer verteilt sich auf die Strumpfindustrie, die Phantasiewirkerei und die Trikotagenherstellung.

Die regionale Verteilung der deutschen Textilindustrie

Nach der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933 umfaßt die deutsche Textilindustrie rd. 68 000 Niederlassungen und 856 000 Beschäftigte. Beide Ziffern weisen gegenüber der letzten Zählung im Jahre 1925 einen starken Rückgang auf, der in der Betriebsziffer 45 %, in der

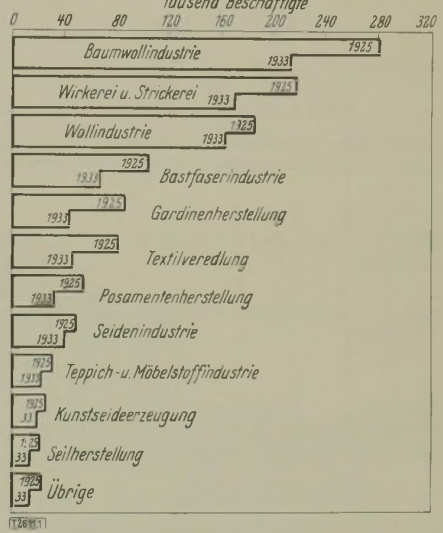


Abb. 1 Aufteilung der Beschäftigtenzahl in der deutschen Textilindustrie

Beschäftigtenzahl 30 % ausmacht. Bei der Verteilung der 856 000 Beschäftigten über das deutsche Reich hat Sachsen noch immer größten Anteil, wenn auch der Prozentsatz von 34,9 auf 32,2 zurückgegangen ist (Abb. 2). Als zweitwichtiges Textilgebiet ist die Rheinprovinz mit einem Anteil von 14,2 % zu erkennen. Es folgen Württemberg und Bayern, deren Bedeutung gestiegen ist, mit je rd. 10 % und schließlich Westfalen, Brandenburg, Niederschlesien, Thüringen und Baden. Das größere Quadrat gibt die Verhältnisse von 1925, das kleinere die von 1933 wieder.

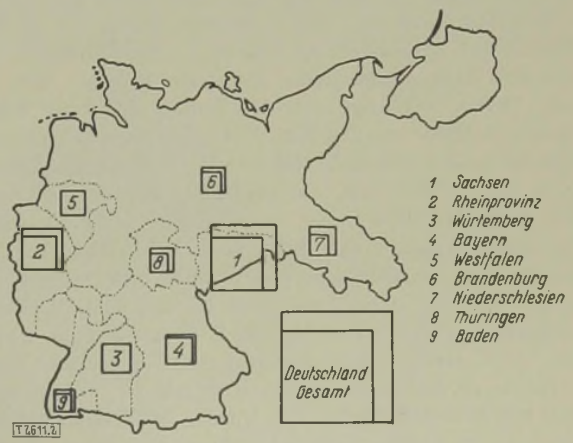


Abb. 2. Verteilung der deutschen Textilindustrie nach der Zahl der beschäftigten Personen

Die Gliederung der deutschen Textilindustrie nach der Betriebsgröße

Vergleicht man die neuen Ergebnisse (Zahlentafel 1) mit denen von 1925 und mit Vorkriegswerten, dann muß man feststellen, daß in der Gliederung der Textilindustrie nur geringe Veränderungen zu verzeichnen sind. Nach wie vor überwiegt der Kleinbetrieb mit bis zu 5 Personen Beschäftigungszahl. Sein Anteil ist zwar um eine Kleinigkeit zurückgegangen, doch beträgt er noch immer 87 %. Nur 9 % aller Textilarbeiter werden jedoch in diesen Betrieben beschäftigt. Die Großbetriebe dagegen, von 51 Beschäftigten an, deren Zahl nur 4½ % ausmacht, beschäftigen nahezu 80 % der Arbeiter. Eine verhältnismäßig geringe Bedeutung haben die Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Beschäftigten.

Zahlentafel 1. Gliederung der deutschen Textilindustrie nach der Betriebsgröße

Betriebsart	1907		1925		1933		Einzelgruppen %	Personenzahl
	Niederlassungen %	Beschäftigte Personen %	Niederlassungen %	Beschäftigte Personen %	Niederlassungen %	Beschäftigte Personen %		
Klein-Betriebe	88,2	11,4	89,2	11,6	87,0	8,9	5,6	1
							2,2	2 bis 3
							1,1	4 „ 5
Mittel-Betriebe	8,1	13,1	7,2	12,9	8,6	12,4	2,0	6 „ 10
							3,1	11 „ 20
							7,3	21 „ 50
Groß-Betriebe	3,7	75,5	3,6	75,5	4,4	78,7	9,8	51 „ 100
							14,8	101 „ 200
							40,6	201 „ 1000
							13,5	1001 u. mehr
Anteil an der ges. Industrie	6,9	10,3	6,5	9,5	1,9	6,0	—	—

Der Anteil der Textilindustrie an der gesamten deutschen Industrie ist stark gesunken. Während vor dem Kriege und auch noch 1925 etwa 10 % aller Beschäftigten in der Textilindustrie tätig waren, sind es heute nur noch 6 %. Noch stärker wirkt sich dieser Rückgang in der Zahl der Niederlassungen aus. Hier bemerken wir infolge starker Schrumpfung des textilen Hausgewerbes ein Absinken von 6,5 auf knapp 2 %.

Die Wertschöpfung der deutschen Textilindustrie

Abb. 3 zeigt die Wertschöpfung der deutschen Textilindustrie im Jahre 1933. Wir führten damals für 696 Mill. RM Rohstoffe, 137 Mill. RM Garn und Zwirn und 63 Mill. RM Fertigwaren ein. An Rohstoffen wurde für 90 Mill. RM wieder ausgeführt, so daß in die Textilindustrie nur für 606 Mill. ausländische Rohstoffe flossen. Mit diesem Strom vereinigt sich der Zufluß deutscher Textilfasern in Höhe von 218 Mill. RM. Spinnereien und Zwirnereien zahlten 307 Mill. RM Löhne. Sie führten dem Export für 91 Mill. RM, der deutschen Weiterverarbeitung für 1177 Mill. RM Garne und Zwirne zu. Die Industrie der Flächengebilde, also Webereien, Wirkereien usw., beteiligen sich am deutschen Wertschaffen mit 2¼ Mrd. RM Löhne. Hieran schließt sich etwa ¼ Mrd. RM für Veredlungslöhne, also für das Färben, Bleichen und die Appretur. Die gesamte Wertschöpfung der deutschen Textilindustrie ist damit auf rd. 3¾ Mrd. RM zu veranschlagen. Aus 606 Mill. RM Rohstoffen wurden 3677 Mill. RM Textilwaren geschaffen! Würde man den Strom textilen Schaffens weiterverfolgen durch das Bekleidungsgewerbe

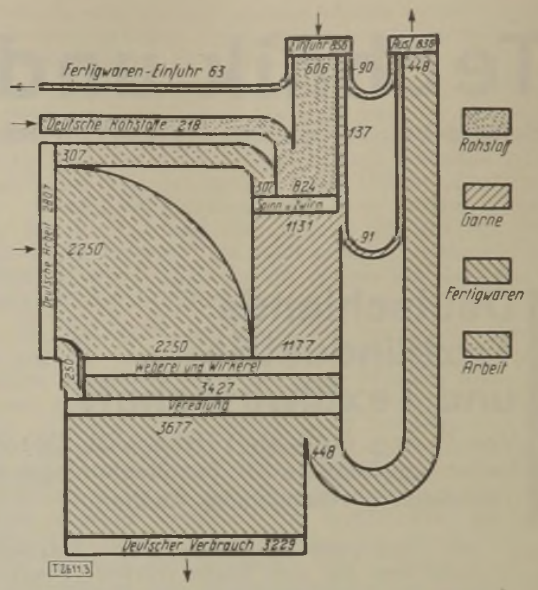


Abb. 3. Deutschlands Textilbilanz 1933 in Mill. RM

und den Verteilungshandel, so könnte man eine weitere Verbreiterung auf etwa 7, in Hochkonjunkturjahren sogar 11 Mrd. RM erkennen.

Unsere Ausfuhr setzte sich 1933 aus 448 Mill. RM Fertigwaren, 91 Mill. RM Halbfabrikaten und den bereits genannten 90 Mill. RM Rohstoffen zusammen. Sie blieb mit nur 636 Mill. RM um 220 Mill. RM hinter der Einfuhr zurück.

Der deutsche Textilaußenhandel

Der deutsche Textilaußenhandel war in den letzten Jahren fast immer passiv. Besonders groß war der Einfuhrüberschuß, wie die Abb. 4 zeigt, in den Hochkonjunkturjahren 1925, 1927 und 1928. Er betrug damals 1 bis 1½ Mrd. RM. Mit der allgemeinen Schrumpfung des Welttextilhandels (siehe Abb. 4 a) verringerte sich in den folgenden Jahren auch der Passivsaldo und verwandelte sich im Jahre 1931 sogar in einen kleinen Ausfuhrüberschuß, der im wesentlichen hervorgrufen war durch völlig zerrüttete Rohstoffmärkte, Aufarbeitung von Vorräten und verhältnismäßig gute Fertigwarenpreise. Doch dieser Ausnahmefall blieb nur einmalig, und gerade in der jüngsten Zeit ist wieder ein steigender Einfuhrüberschuß zu bemerken, der leider nicht allein durch Rohstoffkäufe, sondern auch durch vermehrte Halb- und Fertigwareneinfuhr hervorgerufen wurde (Zahlentafel 2).

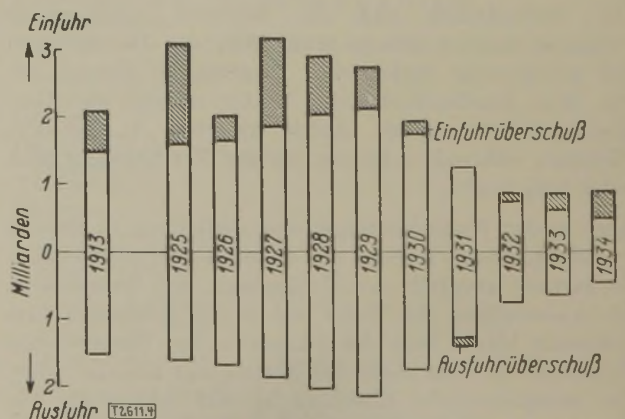


Abb. 4. Deutschlands Außenhandelsbilanz für Textilerzeugnisse

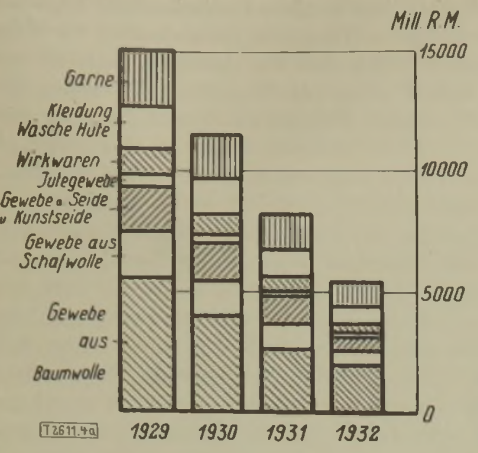


Abb. 4a
Welt-Textilhandel
1929 bis 1932

Zahlentafel 2. Der deutsche Textilaußenhandel
(in Mill. RM)

Jahr	1913	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Einfuhr							
Rohstoffe	1591	1871	1231	767	606	655	680
Garne	323	514	401	265	152	137	154
Fertigfabrikate . .	204	301	296	187	89	64	64
Zusammen	2118	2746	2028	1219	847	856	898
In % der Gesamteinfuhr	21,2	20,4	19,5	21,4	18,2	20,4	20,2
Ausfuhr							
Rohstoffe	300	415	281	183	102	90	74
Garne	196	300	226	164	104	91	73
Fertigfabrikate . .	1150	1398	1248	1055	527	455	338
Zusammen	1646	2113	1755	1402	733	636	485
In % der Gesamtausfuhr	15,1	15,7	14,6	14,6	12,8	13,1	11,6
Ausfuhrüberschuß .	—	—	—	*183*	—	—	—
Einfuhrüberschuß .	472	633	273	—	114	220	413

Diese unerfreulichen Verhältnisse im deutschen Textilaußenhandel zeigen die nächsten beiden Abbildungen. Die Ziffern für 1935 sind Schätzungen auf Grund der ersten 10 Monatsmeldungen. Die Einfuhrziffern (Abb. 5) bestätigen das oben Gesagte: Neben erheblichen Rohstoffkäufen, die nun einmal für die Textilindustrie lebensnotwendig sind, wurden leider auch für 200 Mill. RM Halb- und Fertigwaren eingeführt. Dabei zeigt die Garneinfuhr trotz der allgemeinen Schrumpfung des Textilhandels sogar eine steigende Tendenz!

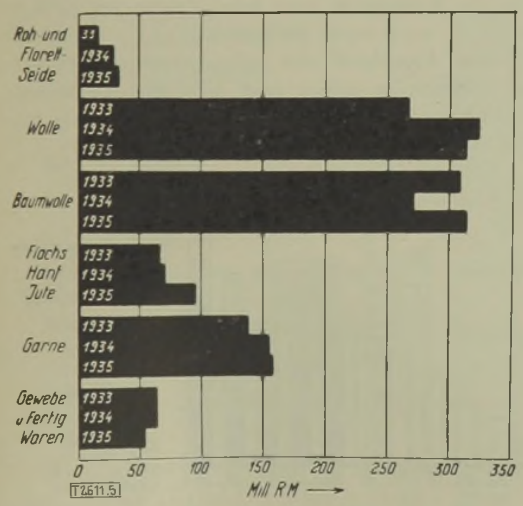
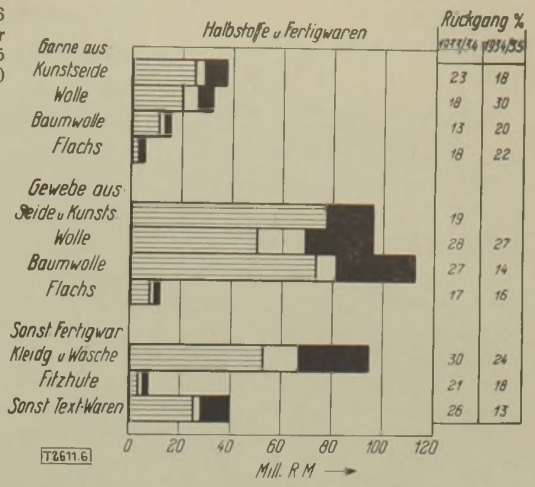


Abb. 5. Deutsche Textileinfuhr 1933, 1934, 1935

Abb. 6
Deutsche Textilausfuhr
1933, 1934, 1935
(wertmäßig)



Demgegenüber ist die in Abb. 6 dargestellte Textilausfuhr wertmäßig in den letzten Jahren dauernd stark zurückgegangen. Sämtliche Warengruppen sind daran beteiligt. Der anteilige Rückgang ist besonders errechnet. Mengenmäßig gesehen ist er allerdings nicht so schroff gewesen, wie Abb. 7 zeigt. Die Ursache liegt in dem allgemeinen Rückgang der Rohstoff- und Fertigwarenpreise.

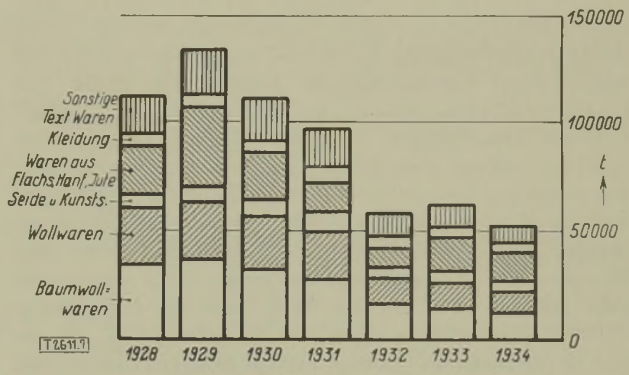


Abb. 7. Deutschlands Textilausfuhr 1928 bis 1934 (mengenmäßig)

Erschwerend für unsern Textilaußenhandel ist die Tatsache, daß wir unsern Rohstoffbedarf nicht in denjenigen Ländern decken können, die viel von uns kaufen. Abb. 8 läßt erkennen, welche Länder als Rohstofflieferer und welche für die Textilausfuhr in Frage kommen. Während wir z. B. unsere Wolle hauptsächlich in Australien, Südamerika und Südafrika kaufen, die Baumwolle aus Nordamerika, Ägypten und Indien beziehen, ganz allgemein gesprochen: während unsere Rohstoffe von Übersee kommen, gehen deutsche Textilwaren (wie übrigens auch ein

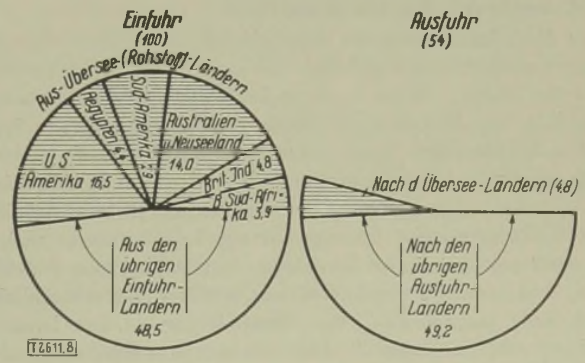


Abb. 8. Deutsche Textil-Ein- und Ausfuhr 1934 in Hundertteilen der Gesamteinfuhr (wertmäßig)

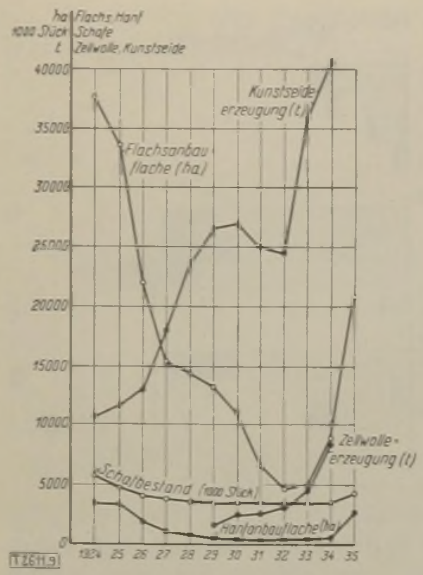


Abb. 9
Entwicklungslinien der deutschen Textilstoffe

großer Teil der übrigen Ausfuhrgüter!) hauptsächlich nach europäischen Ländern. Erstrebenswert wäre also eine Ausfuhrsteigerung nach den Rohstoffländern. Unter diesen befinden sich zwar einige hochkapitalistische Gläubigerländer, wie die Vereinigten Staaten, zumeist aber landwirtschaftlich orientierte Schuldnerländer, die selbst aktive Handelsbilanzen zu erzielen versuchen, weil sie von jeher passive Zahlungsbilanzen hatten. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind seit Jahren schlecht. Um die erforderlichen Summen dennoch herauszuwirtschaften, mußten diese Länder ihre Erzeugung verbilligen, mengenmäßig steigern und ihre persönlichen Bedürfnisse auf ein Mindestmaß herabsetzen. Den meisten Rohstoffländern geht es also ähnlich wie Deutschland selbst, und hier einen für uns befriedigenden Ausgleich zu schaffen, ist sehr schwer. Ein zweiter Weg wäre die Umlagerung unserer Rohstoffkäufe nach den Ausfuhrländern. Es ist uns in vergangenen Jahren bereits gelungen, einen Teil unserer Einfuhr in solchen Ländern zu tätigen, die auch von uns erheblich Warenmengen beziehen. So haben wir besonders unsere Baumwolleinfuhr aus den Vereinigten Staaten stark eingeschränkt und dafür in Brasilien, Argentinien, Ägypten, Peru und der Türkei gekauft. Auch die bekannten Wollkäufe in Südafrika und Ungarn hängen mit diesen Bestrebungen zusammen. Derartige Umstellungen sind jedoch oft mit großen Schwierigkeiten erzeugungstechnischer Art verbunden, denn die neuen Rohstoffe zeigen oft ganz andere technologische Eigenschaften als die ursprünglich verwendeten.

Die Versorgung Deutschlands mit eigenen Textilrohstoffen

Für die Eigenversorgung Deutschlands mit Textilrohstoffen kommen hauptsächlich in Frage: die Naturfasern Flachs, Hanf, Wolle und Seide sowie die Kunstfasern Zellwolle und Kunstseide. Während Deutschland vor der Jahrhundertwende seine gesamten Textilrohstoffe selbst hervorbrachte, ist dies zur Zeit nur zu etwa 15 % möglich. Die deutsche Landwirtschaft hatte infolge stark gedrückter Weltmarktpreise bis vor kurzem kein Interesse mehr an der Erzeugung von Textilien. Der Anbau von Flachs und Hanf sowie die Schafhaltung wurde daher allmählich fast ganz aufgegeben. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt die Abb. 9. Die Flachsanbaufläche sank mit 5000 ha auf den erschreckend niedrigen Wert von etwa 5 % der Blütezeit, die Hanfanbaufläche sogar auf etwa 1 %. Ausländischer, insbesondere russischer und belgischer Flachs und billige ausländische Ersatzfasern, wie Jute, Sisal und Manila verdrängten den deutschen Rohstoff fast vollständig. Durch sofortiges Eingreifen der neuen Regierung haben sich die Verhältnisse glücklicherweise wieder gebessert. 1935 wurden schon wieder mehr als 20 000 ha mit Flachs und nahezu 3000 ha mit Hanf bebaut. In wenigen Jahren, vielleicht sogar schon im kommenden, werden wir den gesamten deutschen Flachsbedarf im eigenen Lande decken können. Darüber hinaus soll neben dem eigentlichen Langfaserflachs ein am deutschen Forschungsinstitut für Bastfasern in Sorau gezüchteter Kurzfaserflachs angebaut werden, der neben einem fast gleichen Faserertrag einen um 50 % höheren Samenertrag liefert. Damit würde auch das bisher im Ausland gekaufte hochwertige Leinöl in Deutschland gewonnen werden können. Daneben bietet der Kurzfaserflachs noch den großen Vorteil, daß seine Verarbeitung infolge Wegfalls des langwierigen Röstprozesses nur soviel Tage dauert, als beim Langfaserflachs Wochen benötigt werden. Beim Hanf liegen die Verhältnisse nicht ganz so günstig. Wir müssen etwa 25 000 ha bebauen, um allein die Hanfeinfuhr zu beseitigen, wir müßten diese Fläche verzehnfachen, wenn auch Jute, Sisal und Manila durch Inlandhanf ersetzt werden sollten. Zugunsten eines erhöhten Flachsanbaues wird man wohl vorläufig auf diese Maßnahme verzichten müssen, zumal da die Ersatzfasern verhältnismäßig billig sind.

Deutschlands Wollerzeugung beträgt mit 4½ Mill. Schafen zur Zeit 18 000 t im Jahr. Benötigt werden dagegen 150 000 t. Im Laufe des nächsten Jahrzehntes wird es wohl ohne tiefe Eingriffe in die Struktur der deutschen Landwirtschaft möglich sein, den Schafbestand auf 10 Mill. Stück zu bringen, und damit etwa 20 % des deutschen Bedarfes zu decken. Höhere Erwartungen darf man an die Vermehrung der deutschen Schafzucht vorerst noch nicht knüpfen. Der Verlauf der Kurve des deutschen Schafbestandes (Abb. 9) zeigt deutlich den Erfolg der Regierungsbemühungen im vergangenen Jahr.

Den wichtigsten Faktor der Textilerzeugungsschlacht bietet die künstliche Faser in Gestalt der Kunstseide und Zellwolle. Die gewaltige Steigerung der deutschen Kunstseideerzeugung, die nur in den Depressionsjahren 1931 und 1932 kurz unterbrochen wurde, ist ebenfalls aus der Abb. 9 zu erkennen. Wir haben 1934 über 40 000 t Kunstseide hergestellt und werden leicht auf 50 000 t kommen können. Da die Kunstseide aber kein Ersatz für andere Faserstoffe ist — auch nicht im guten Sinne — sondern als selbständiger Faserstoff sich neben den Naturfasern ihr eigenes Absatzgebiet suchen muß, wird auf die Erzeugungssteigerung der Kunstseide kein so hoher Wert gelegt wie auf die der Zellwolle.

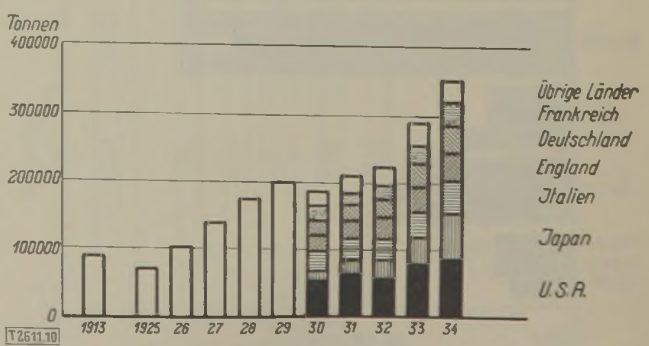


Abb. 10. Kunstseidenerzeugung der Erde

Die Kunstseide spielt in der Weltwirtschaft eine immer größere Rolle. Abb. 10 zeigt die Kunstseideerzeugung der wichtigsten Länder. Anfangs war die deutsche Kunstseidenindustrie in der ganzen Welt führend, mußte sich aber im Laufe der Jahre auf den fünften Platz verweisen lassen. Heute beträgt Deutschlands Anteil an der Welterzeugung etwa 11 %. Diese betrug 1913 nur 90 000 t, 1925 sogar nur 70 000 t. Seit dieser Zeit hat sie sich verfünffacht. Die Vereinigten Staaten, Japan, England, Italien haben Deutschland überflügelt. Wir sind jedoch dabei, uns wieder den vierten Platz zu erobern.

Die Zellwolle — früher als Kunstspinn- oder Stapelfaser bezeichnet — ist ebenfalls kein „Ersatzstoff" in dem uns vom Kriege bekannten wenig angenehmen Sinne, sondern — um die Worte des Führers in seiner Nürnberger Kundgebung zu gebrauchen — „ein vollständig ebenbürtiger" Rohstoff. Daß sie dies ist, beweist besonders auch das Interesse der nicht mit Rohstoffknappheit geplagten Länder. Abb. 11 zeigt die Zellwollerzeugung der wichtigsten Länder in Halbjahrsziffern, die erkennen lassen, daß besonders Japan und England neben Deutschland ihre Erzeugung außerordentlich gesteigert haben. Deutsche Zellwollerzeugnisse sind Vistra, Flox, Cuprama und Rhodia, deren Ausgangsstoff größtenteils Holzzellstoff ist. Zwar muß Deutschland ⅓ seines Nutzholzbedarfes und die Hälfte des Holzes für die Zellstoff- und Papierindustrie im Ausland decken, doch ist der Devisenbedarf hierfür natürlich geringer als für die entsprechende Menge Naturfasern. Um aber auch diesen möglichst noch zu beseitigen, versucht die Zellwollindustrie deutsches Buchenholz zu verwenden, das je Raummeter etwa 150 kg Zellstoff und 120 kg Zellwolle ergibt. Hiervon ist in Deutschland genügend vorhanden, werden doch allein etwa 5 Mill. Raummeter jährlich als Brennholz verwendet.

Durch die Einrichtung neuer Fabriken, die bereits im nächsten Jahr in Betrieb kommen sollen, kann die deutsche Zellwollerzeugung auf etwa 70 000 t gebracht werden. Inzwischen wird eifrig daran gearbeitet, die Güte der Faser zu verbessern und ihre Eigenschaften denen der Naturfasern immer mehr anzugleichen.

Zukunftsaussichten der deutschen Textilrohstoffversorgung

Bei der Beurteilung der Welthandelslage und der speziellen Gestaltung des deutschen Textilhandels kommt man

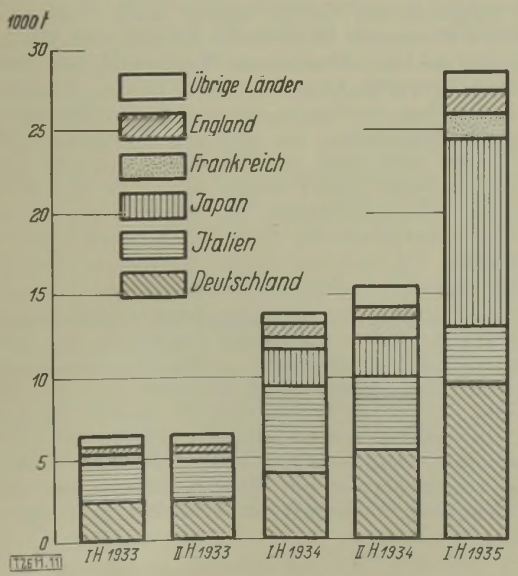


Abb. 11. Zellwolle-Erzeugung der Erde (Halbjahrziffern)

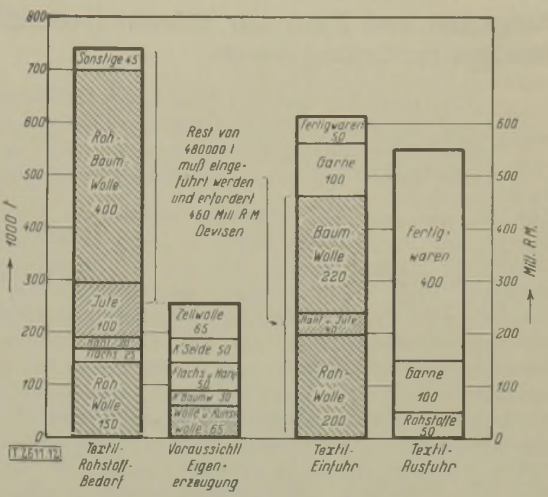


Abb. 12. Gestaltung des deutschen Textilhandels in einem Normaljahr

zu dem Ergebnis, daß wir in den nächsten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten die Gestaltung unserer Textilhandelsbilanz werden künstlich beeinflussen müssen.

Einem Rohstoffbedarf von rd. 740 000 t, den man etwa einem „Normaljahr" zugrunde legen müßte, steht zur Zeit nur eine Eigenerzeugung von 50 000 t gegenüber. Sie müßte aber bei nüchterner Beurteilung der vorhandenen Möglichkeiten auf etwa folgende Ziffern zu bringen sein:

24 000 t	Schafwolle, entspricht einem Schafbestand von 6 Mill. Stück
40 000 t	Kunstwolle
30 000 t	Kunstbaumwolle
26 000 t	Langfaserflachs und Werg, entspricht 30 000 ha Anbaufläche
25 000 t	Kurzfaserflachs
50 000 t	Kunstseide
65 000 t	Kunstfasern
260 000 t	deutsche Rohstoffe.

Rd. 35 % des Bedarfes könnten also im eigenen Lande gedeckt werden. Die restlichen 480 000 t Rohstoffe, insbesondere Baumwolle, Wolle und Jute, würden nach wie vor einzuführen sein und nach dem heutigen Durchschnittseinfuhrwert für rd. 460 Mill. RM Devisen erfordern [1]). Diese Ziffer ist in die in Abb. 12 dargestellte Textilhandelsbilanz eines solchen Normaljahres eingesetzt. Danach würde — ebenfalls nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre eingesetzt — sich die Gesamteinfuhr auf etwa 610 Mill. RM belaufen, die Ausfuhr auf 550 Mill. Reichsmark. Das Ergebnis zeigt, daß die Passivität nahezu aufgehoben sein würde. Hierfür genügt, wie oben erwähnt, die Inlandbeschaffung von 35 % des gesamten Textilrohstoffbedarfes! Aber auch diese bedeutet bereits eine gewaltige Aufgabe.

Der deutsche Schafbestand müßte um 50 % erhöht werden, die Kunstwoll- und Kunstbaumwollindustrie wäre ebenfalls auf eine um 50 % höhere Erzeugung zu bringen, die Kunstseide-Industrie hätte ihre Erzeugung um weitere 10 000 t zu steigern und die Zellwoll-Industrie würde ihre Erzeugung verfünffachen müssen. Das sind aber Ziffern, die immerhin im Bereiche des Möglichen liegen. Seit vielen Monaten wird daran gearbeitet, dieses Programm zu verwirklichen, um so der Textilindustrie und der Textilwirtschaft zu helfen. [2611]

[1]) Der Einfuhrwert der Textilrohstoffe betrug:
1931 1046 RM/t 1932 761 RM/t 1933 719 RM/t 1934 827 RM/t

Aufgaben und Ziele der öffentlich-rechtlichen Banken im Dritten Reich

Aus einem Vortrag von Dr. Gerhard Kokotkiewicz, dem Leiter der Wirtschaftsgruppe Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, im Rahmen des bankwirtschaftlichen Lehrgangs der Deutschen Arbeitsfront.

Die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Bankwesens beruht auf der Tatsache, daß es geld- und kreditwirtschaftliche Aufgaben gibt, die von der Privatwirtschaft entweder nicht erfüllt werden, oder die mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der staatlichen Hoheitsträger zu eng verbunden sind, um der Privatinitiative überlassen werden zu können. Zu diesen Aufgaben gehören in erster Linie das Notenbankwesen, ferner die in Zusammenhang mit der öffentlichen Finanzwirtschaft stehenden Geschäfte. Neben diesen finanzwirtschaftlichen Aufgaben waren es vor allem kreditwirtschaftliche Notstände, die zur Gründung öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute führten. Derartige Notstände zeigten sich überall dort, wo die private Bankwirtschaft entweder nicht genügend entwickelt war oder in Ermangelung angemessener Gewinnmöglichkeiten volkswirtschaftlich notwendige Aufgaben des Geld- und Kreditverkehrs nicht erfüllen konnte: im Passivgeschäft insbesondere die Ansammlung kleiner und kleinster Spargelder, im Aktivgeschäft die Befriedigung von Kreditnachfrage der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und des Wohnungsbaues.

Es ist verschiedentlich behauptet worden, daß die Ausdehnung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens in der Nachkriegszeit das Ergebnis staatskapitalistischer Tendenzen gewesen sei, insofern, als von den damaligen Machthabern Kreditinstitute geschaffen wurden, lediglich um das Bankwesen aus der Sphäre der Privatwirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen. Gegenüber genauen Untersuchungen ist diese Vermutung jedoch nicht aufrechtzuerhalten. Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit auf dem Gebiete des Kreditwesens war weniger staatskapitalistisch und sozialistisch als liberalistisch. Der Staat verzichtete auf eine Führung der Kreditwirtschaft und überließ grundsätzlich den Ablauf des Geld- und Kreditverkehrs den Banken. Es konnte nicht ausbleiben, daß gerade in den durch Kapitalmangel gekennzeichneten Jahren der Nachkriegszeit sich infolgedessen Kreditnotstände herausbildeten. Die öffentliche Verwaltung suchte — anstatt durch staatliche Einflußnahme auf die Kreditpolitik der Banken diesen Notständen zu begegnen — durch Gründung oder Erweiterung eigener Bankanstalten die Lücken zu schließen. Besonders erkennbar ist diese Entwicklung in den östlichen Provinzen, wo die öffentlichen Banken sehr bald die ausschlaggebende Bedeutung in der Kreditwirtschaft gewannen. Ferner lag ein Grund für die Erweiterung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens in der sich in der Nachkriegszeit geradezu überstürzenden Zusammenballung des privaten Bankgewerbes, die ebenfalls als Folge liberalistischer Wirtschaftspolitik angesehen werden muß.

Der Leitgedanke der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft ist der Grundsatz der Gemeinnützigkeit; ihre erste Zweckbestimmung ist nicht die Gewinnerzielung, sondern die Erfüllung der ihnen im öffentlichen Interesse zugewiesenen kreditwirtschaftlichen Aufgaben. Das Erfordernis der Gemeinnützigkeit schließt allerdings nicht aus, daß die Geschäftsführung nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen betrieben werden muß. Gemeinnützige Institute sind nicht Wohltätigkeitsanstalten. Infolgedessen müssen sowohl bei der Kreditgewährung als auch bei der Bemessung der Konditionen die Grunderfordernisse der Liquidität und Rentabilität erfüllt werden. Trotzdem aber bestehen immer noch erhebliche Unterschiede in den Arbeitszielen des erwerbswirtschaftlichen und des öffentlichen Bankwesens, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens. Niemals wird die heutige Wirtschaftspolitik Kreditinstitute entbehren können, die unter Verzicht auf Erwerb ihr Kreditgeschäft allein nach dem gemeinwirtschaftlichen Interesse führen.

Kennzeichnend für Aufbau und Arbeit der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten ist das sich aus der Dezentralisierung ergebende System der Gruppenbildung und der vertikalen Gliederung. Während im privaten Bankgewerbe das Bedürfnis zur organisatorischen Zusammenarbeit zum Typ der zentralisierten Großbank mit Filialnetz geführt hat, hatte auf dem Gebiet des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens das gleiche Bedürfnis zur Folge, daß die Institute — ohne ihre Selbständigkeit aufzugeben — sich zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben eigene Spitzeninstitute schufen oder sich an zentrale Institute anschlossen. Das Wesen dieser Gruppenbildungen besteht in einer Arbeitsteilung, wonach die Zentrale als Bank der regionalen Banken die Aufgabe hat, die Geldmittel für die zu gewährenden Kredite zu beschaffen, Emissionen von Schuldverschreibungen durchzuführen und weiterhin die liquiden Mittel der regionalen Institute zu verwerten. Ferner sind bankgeschäftliche Dienstleistungen auszuführen. Zu befürworten ist das dezentralisierte Kreditverteilungssystem, also das System, wie es z. B. von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt durchgeführt worden ist, die ihre Agrar-, Meliorations- und Arbeitsbeschaffungskredite grundsätzlich nur durch die Vermittlung der regionalen Banken abwickelt. Abzulehnen ist die Zusammenballung des Bankwesens in den Großstädten. Dieser Vorgang führt dazu, daß man im Reiche Tausende von Bankbeamten brotlos macht, während in den Großstädten ein ausgesprochener Mangel an Bankbeamten herrscht und Hilfskräfte aus allen möglichen Berufen herangezogen werden müssen.

In der Wirtschaftsgruppe Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten werden 3011 Beamte und 14 526 Angestellte beschäftigt. 29 % des Gesamtumlaufs an Pfandbriefen und 65 % an Kommunalobligationen entfallen auf die öffentlich-rechtlichen Institute. Diese haben ferner 3,5 Mrd. RM Hypotheken ausgeliehen, zu welchem Betrage noch etwa 2,5 Mrd. RM Kommunalkredite treten. Zur Frage der Zuständigkeit der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für die Pflege des privaten Kreditgeschäftes ist festzustellen, daß überhaupt nur ein kleiner Teil dieser Anstalten, nämlich eine Reihe von Staatsbanken, des weiteren einige kommunale Bankinstitute und endlich die landschaftlichen Banken diesen Geschäftszweig pflegen. Der Gesamtumfang der im privaten Kreditgeschäft von diesen Instituten ausgeliehenen Gelder betrug Ende 1934 nur rd. 550 Mill. RM, ist also im Rahmen der gesamten Bankwirtschaft sehr gering. Von einem Wettbewerb mit dem privaten Kreditgewerbe kann höchstens in den wenigen Bezirken gesprochen werden, in denen sich die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten im privaten Kreditgeschäft betätigen. Aber auch hier, wo sich dieses Geschäft aus den praktischen Bedürfnissen heraus entwickelt hat, wird es vielfach an leistungsfähigen privaten Geldanstalten fehlen, die die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen übernehmen könnten. In welchem Maße das private Kreditgeschäft der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten den ausgesprochenen Charakter der Mittelstandsbefruchtung trägt, ergibt sich aus der hohen Postenzahl von 80 776 und dem Durchschnittsbetrag von 6800 RM. — Die öffentlich-rechtlichen Institute beabsichtigen nicht, wie noch besonders zu unterstreichen ist, dort in Wettbewerb mit andern Banken zu treten, wo von den andern Gruppen der Kreditbedarf der Wirtschaft erschöpfend und billig befriedigt werden kann. Sie werden aber in die Bresche springen, wo das Wohl der deutschen Wirtschaft dies erfordert. [2641]

Wirtschaftslage und wirtschaftliche Entwicklungsrichtung in Ägypten

Von WILHELM KIEWITT, Kiel

Ägypten, das sich auch während der Wirtschaftskrise bemerkenswert gut gehalten hat, zeigt einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Aber nicht nur der Fremdenverkehr, der große Geldsummen ins Land bringt und einen großen Bedarf an guten Waren zeitigt, und der infolgedessen künftig noch mehr entwickelt werden soll, war es, der dem Wirtschaftsleben neuen Antrieb gegeben hat, vielmehr hält die Gesundung der Wirtschaft auch außerhalb der mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden Geschäfte an. Insbesondere ist das Bauwesen stark in der Entwicklung begriffen. Angesichts der Unsicherheit auf dem internationalen Kapitalmarkt besteht weiterhin wie im Vorjahr das Bestreben, Geld auf dem Baumarkt anzulegen. In Kairo werden jeden Monat große, bis siebenstöckige Gebäude errichtet, womit sich auch die erhöhte Einfuhr in das Land, die Belebung des Arbeitsmarktes und damit des allgemeinen Verbrauchs erklärt. Aber auch unmittelbar hat die lebhafte Bautätigkeit stärkere Einfuhren mit sich gebracht, so insbesondere von Metallbeschlägen, Türschlössern, Nägeln, Fensterglas u. a.

Die Besserung der Wirtschaftslage zeigt sich auch auf dem Lande, wo das Steigen der Baumwollpreise den ägyptischen Fellachen, den kleinen, armen Bauern, die meist Pächter sind, eine teilweise Entschuldung, sowie den Einkauf neuer Wirtschaftseinrichtungen ermöglichte.

Im einzelnen behandelt der nachfolgende Aufsatz den Staatshaushalt Ägyptens, die landwirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Bewässerungsarbeiten, den Fünfjahresplan für öffentliche Arbeiten, die industrielle Rohstoffbeschaffung sowie die Industrialisierung, bei der die Verbrauchsgüterindustrien überwiegen.

Der Staatshaushalt

Nicht viele Länder haben eine so günstige Haushaltsgestaltung wie Ägypten zu verzeichnen. Das letzte Jahr 1934 hat mit einem Überschuß von 4 Mill. £E (ägyptische Pfund; 1 £E = rd. 12,50 RM) abgeschlossen, der in erster Linie bei den Zolleinnahmen entstand. Ein weiterer Gewinn von 330 000 £E ist dem Staat aus der staatlichen Getreidebewirtschaftung zugewachsen, mit der dem Getreidemonopol des Vorjahres und der daraus drohenden Verteuerung begegnet wurde — ein kleiner Ausgleich gegenüber den Verlusten in den Vorjahren (9 Mill. £E) aus der Baumwolleinlagerung durch den Staat. Das Budget für 1935/36 sieht — ohne Verkehrsmittel — um 1,21 Mill. auf 32,85 Mill. £E erhöhte Ausgaben vor, obgleich die Baumwollsteuer in Fortfall kommt und die Stempel- und Domäneneinkünfte erheblich niedriger angesetzt sind. Der Ausgleich wird aus vermehrten Zoll- und Verkehrseinnahmen erwartet. Die Erklärung für den Budgetüberschuß liegt zum Teil in der gebesserten Wirtschaftslage, sowie in den geringen Aufwendungen für die Landesverteidigung, die nur 4,7 % der Ausgaben erfordern, weil sie ja vornehmlich von England getragen werden. Demgegenüber beansprucht allerdings die öffentliche Schuld mit 4,2 Mill. £E fast 10 % des Haushaltes. Den größten Einzelposten im Haushalt besetzt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit 6,47 Mill. £E.

Landwirtschaft

Alles wirtschaftliche Leben in Ägypten ist vom Nil und seiner schmalen Kulturzone abhängig. Der für den Ackerbau in hohem Maße geeignete kalk- und kalireiche Boden von dunkler Färbung entstammt zumeist den abessinischen Einzugsgebieten des Blauen Nils und eignet sich bei guter Düngung und Berieselung für alle subtropischen Kulturen. Ägypten umfaßt ein Gebiet von 994 300 km², ist also doppelt so groß wie Deutschland. Da aber nur der schmale Streifen im Niltal und Nildelta bewohnbar ist, so drängen sich die rd. 14,5 Mill. Einwohner auf rd. 32 000 km², d. h. auf kaum 3 % des Gesamtflächeninhalts des Landes zusammen. Auf dieser bewohnten Fläche kommen etwa 470 Bewohner auf 1 km² oder durchschnittlich ½ Feddan produktiver Bodenfläche je Kopf[1]). Ägypten ist ein ausgesprochener Agrarstaat. Etwa 62 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, ein großer Teil der Bevölkerung ist berufslos und lebt von Boden- und Kapitalrenten, der Rest sind Beamte und freie Berufe. Mehr als 80 % sind Analphabeten. Der Hauptfaktor der Wirtschaft, der Baumwollhandel, befindet sich fast ausschließlich in den Händen der Fremden. Ebenso das Bankgeschäft, die Fremdenverkehrsindustrien und die Bodenerschließung. Nahezu vier Fünftel des in der Wirtschaft Ägyptens tätigen Kapitals stammen aus dem Ausland, und die führenden Stellungen in der Privatwirtschaft, wie auch im Staatsdienst sind von Ausländern, insbesondere von Engländern besetzt. Während die große Masse der eingeborenen Bevölkerung in den allerärmsten Verhältnissen lebt, weist die weiße Bevölkerung in Ägypten durchschnittlich einen sehr hohen Lebensstandard auf.

Zahlentafel 1. Die Verteilung des Landbesitzes zwischen Fremden und Eingeborenen

Größe des Landbesitzes Feddan	Fremde		Eingeborene	
	Feddan	Landeigentümer	Feddan	Landeigentümer
0 bis 1	961	2 081	619 851	1 584 528
1 „ 5	4 199	1 691	1 149 293	553 034
5 „ 10	4 347	594	370 016	84 332
10 „ 20	7 411	526	527 816	39 243
20 „ 30	8 314	336	279 424	11 598
30 „ 50	15 428	386	346 025	9 031
über 50	478 932	1 161	1 806 373	11 438
Gesamt . .	519 592	6 775	5 298 798	2 293 204

Zahlentafel 2. Verteilung der Gesamtfläche nach Größenklassen

Größe des Landbesitzes Feddan	Gesamtfläche		Gesamtheit d. Landeigentümer	
	Feddan	%	Landeigentümer	%
0 bis 1	620 812	10,7	1 586 609	68,9
1 „ 5	1 153 492	19,8	554 725	24,2
5 „ 10	574 363	9,9	84 926	3,7
10 „ 20	535 227	9,2	39 769	1,7
20 „ 30	287 738	4,9	11 934	0,5
30 „ 50	361 453	6,2	9 417	0,4
über 50	2 285 305	39,3	12 599	0,6
Gesamt. . .	5 818 390	160,0	2 299 979	100,0

An weitaus erster Stelle der landwirtschaftlichen Erzeugnisse steht die Baumwolle, deren Anbau zu ungunsten der übrigen Landesprodukte von den Engländern sehr begünstigt wird. Die Kultur wichtiger Nährfrüchte ist dadurch stark zurückgegangen. An zweiter Stelle steht der Weizenanbau, der aber kaum ein Fünftel des beackerten Landes einnimmt. Reiskultur findet man namentlich im Delta; sie ist im Zunehmen begriffen. Vorwiegend in den Herbst fällt der Maisbau des Deltalandes, dessen Haupt-

[1]) 1 Feddan = 44 ar

nahrungsmittel er darstellt. In Mittelägypten baut man Zuckerrohr und Zuckerrüben.

Zahlentafel 3. Anbaufläche und Erzeugung ägyptischer Baumwolle

Jahr	Anbau in Feddan	Erzeugung in Kantar*)
1930/31	1 841 478	8 531 172
1931/32	2 082 420	8 275 749
1932/33	1 682 938	6 357 000
1933/34	1 093 701	4 956 047
1934/35	1 804 209	8 575 112

*) 1 Kantar in Alexandria = 44,5 kg.

Zahlentafel 4. Anbaufläche der andern wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse 1934

Erzeugnis	Feddan	Erzeugnis	Feddan
Weizen	1 388 672	Mais	1 578 214
Gerste	274 061	Hirse	263 454
Bohnen	431 590	Reis	422 000
Linsen	87 636	Zuckerrohr . .	70 799
Zwiebel	39 273		

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anbaufläche für Baumwolle im Jahre 1935 um weitere 63 000 Feddan verringert worden. Besonders bemerkenswert ist der Rückgang der Aussaat von Sakallaridis, während die Sorten Aschmuni und Sagora sowie Maraad im Vergleich zu 1934 in erhöhtem Maße angebaut worden sind.

Bewässerungsarbeiten

Die Staudämme — die wichtigsten sind die von Assuan, Assiut, Esneh, Sifta, Kaljub und Nag Hammadi — sparen das während des Sommers in überreichem Maße herbeigeführte Flußwasser auf und verteilen es durch weitverzweigte Kanalanlagen, wobei gleichzeitig der befruchtende Nilschlamm abgelagert wird. Auf diese Weise erhält der Boden immer neue Kraft und vermag im Jahre drei Ernten zu liefern. Im April und Mai erhält man eine gewaltige Ernte an Weizen, Gerste, Klee, Mais, Baumwolle, Gemüse und Gartenfrüchte (Winterkultur). Eine zweite Aussaat läßt sich nur in der Nähe des Flußbettes ermöglichen, entweder mit Hilfe von Durchstichen oder soweit die Schöpfwerke und die neuerdings angewendeten Dampfpumpen das Wasser an gegeignete Stellen gelangen lassen (Sommerkultur). Heute ist man so weit, das außerhalb der Nilschwelle gelegene Land dem Ackerbau dienstbar zu machen, indem man das vom April ab aufgesparte Wasser allmählich durch die Staudämme ablaufen läßt. Infolgedessen ergibt sich noch die Möglichkeit für eine dritte Ernte (Herbstkultur). Der oft dabei auftretenden Verschlammung und Versalzung der Felder arbeitet man mit dem Bau von weiteren Dämmen entgegen. Nach der Art der Bewässerung unterscheidet man das bebaute Land in das flußnahe Rai, das von der Flutwelle ohne weiteres erreicht wird, und in das Scharaki, wohin das Wasser nur vermöge künstlicher Hilfsmittel emporgehoben werden kann. Im übrigen ist der Feldbau natürlich ganz unabhängig von den Niederschlägen im Lande selbst, und Ägypten stellt daher das umfassendste Beispiel einer intensiven Oasenwirtschaft dar, wie sie sonst nirgends auf der Erde angetroffen wird. Im Winter (Oktober bis November) sät man insbesondere Weizen, Gerste, Klee, um sie im April und Mai zu ernten. Im Sommer (Mai bis Oktober) gedeiht Baumwolle und Reis. Der zweimonatliche Herbst läßt Mais und Durra reifen.

Seit Jahren ist die ägyptische Regierung mit Erfolg bestrebt, den von der Wüste eingenommenen und unfruchtbaren Teil ihres Landes durch großzügige künstliche Bewässerungsmaßnahmen für den Acker- und Gartenbau zu erschließen.

Durch die Erhöhung der Assuan-Talsperre im Frühjahr 1934 um 9 m ist die Kapazität des Beckens auf 5 Mrd. m^3 gestiegen. Das Becken selbst hat damit eine Ausdehnung von 333 km gewonnen und erstreckt sich nun bis nahezu an Wadi Halfa, die Grenze gegen den Sudan heran. Die jetzt zur Verfügung stehende größere Jahresmenge an Wasser wird weitere Gebiete in die Ackerbauzone einbeziehen lassen und auch neue Flächen auf die ganzjährige Bestellung (zwei bis drei Ernten) umzustellen gestatten. Allerdings macht sich dabei auch bemerkbar, daß einmal die Ablagerung der Sinkstoffe nicht mehr genügt, anderseits die öftere Ausnutzung des Bodens größere Ansprüche an die Innehaltung des Fruchtwechsels stellt, so daß die Zuführung von Kunstdünger immer dringlicher wird. Es stehen daher Pläne im Vordergrund für die Ausnutzung des nunmehr in ausreichendem Maße vorhandenen Gefälles vom Assuan-Damm zur Elektrizitäts- und Stickstofferzeugung.

Gleichzeitig mit der fortschreitenden Möglichkeit der Dauerbewässerung wird aber eine ständig mehr vordringliche Frage die Entwässerung. Solange in der Hauptsache das Anschwellen und Zurückgehen der Nilflut die Bewässerung besorgte, erledigte sie sich von selbst. Mit der Kanalbewässerung aber nahm die Einsickerung des Wassers in den Boden in einem Maße zu, das den Grundwasserspiegel langsam ansteigen ließ. Die Aufklärungsarbeit bei den Fellachen genügt aber nicht, um sie zu selbständiger Anlage von Entwässerungssystemen zu veranlassen. Es fehlt ihnen zudem an Kapital und an der Anleitung für die Bildung von Genossenschaften, in deren Rahmen allein die privaten Mittel für diese notwendigen Arbeiten aufgebracht werden können. Es ergab sich besonders im nördlichen Unterägypten die Erscheinung des Erstickens der tieferreichenden Baumwollwurzeln und damit eine Minderung des Ertrages. Die Regierung hat daher von sich aus die dringendsten Drainagearbeiten finanziert.

Um den Überreichtum der jährlich wiederkehrenden Hochflut des Nils an Wasser über weitere Landgebiete auszubreiten, hat man sich seit Jahrtausenden der von Menschen oder mit Tierkraft betriebenen Schöpfwerke bedient, die das schlammhaltige Wasser aus dem Strom in die höher gelegenen Bewässerungskanäle heben,. die es wieder auf Felder und Gärten führen, wo dann eine üppige Vegetation gedeiht. Um nun größere Teile der Wüste, wie sie das aufblühende Ägypten lebensnotwendig braucht, zu erschließen, entsteht heute in Ägypten ein modernes Pump- und Schöpfwerk nach dem andern. Auch der letzte Kultivierungsplan der Regierung sah mehrere Elektropumpwerke in Oberägypten zwischen Luxor und Assuan vor. Hier treten an beiden Ufern Erhebungen an den Nil heran, die das Tal sehr stark einengen. Besonders auf dem Ostufer begleiten Hügel den Nil auf einer Strecke von ungefähr 100 km, und jenseits dieser Hügelgruppe befinden sich eine Reihe von tiefliegenden Becken, die der normalen Kultur nicht zugänglich sind, weil die Hügel den Zutritt des Nilwassers verhindern. Die neuen Pumpwerke dienen nun dazu, auch diese Becken jenseits der Randgebirge des Nils der Bewässerung zugänglich zu machen, wodurch der Staat etwa 70 000 ha Ackerland gewinnt. Die Ausführung von 10 solchen Pumpwerken ist der ägyptischen Tochtergesellschaft der Siemens-Schuckert-Werke anvertraut wor-

den, von denen inzwischen neun in Betrieb genommen worden sind. Die Kraftzentrale für die neuen Pumpwerke ist das bereits bestehende Dampfkraftwerk in Edfu, halbwegs Luxor und Assuan, etwa 800 km südlich von Kairo auf dem östlichen Ufer des Nils gelegen. Es liefert den Strom für den elektrischen Antrieb der Pumpwerke. Vom Kraftwerk aus gehen sowohl nach Norden als auch nach Süden Fernleitungen zu den teils auf dem östlichen, teils auf dem westlichen Nilufer gelegenen Pumpwerken.

Eine besondere Bedeutung kommt dem beabsichtigten Dammbau am Tsana-See zu. Das Flußsystem des Nil bewässert drei Länder: Abessinien, den Sudan und Ägypten selbst. Die Regenzeit in diesem Gebiet beginnt im April in den abessinischen Waldbergen. Ungeheure Wassermengen wälzen sich stromabwärts und erreichen im Juni den mittleren Sudan, und erst Anfang August Ägypten. Die richtige Aufspeicherung und Stauung der Wassermengen ist für die Fruchtbarkeit dieser Länder für das ganze Jahr entscheidend. Aber wichtiger noch als das Wasser an sich ist die Verteilung der in ihm mitgeführten befruchtenden und düngenden Sinkstoffe. Je länger die Nilflut in den Durchzugsländern gestaut wird, desto reicher ist dort der Niederschlag an fruchtbarem Nilschlamm. Erst gegen Ende der Nilschwelle füllen sich die großen Staubecken von Makwar am Oberlauf des Blauen Nil in Sudan, der in englischen Händen ist, und von Assuan. Der Tsana-See wirkt daher, als erstes großes Staubecken, am nächsten dem Quellgebiet, gleichsam wie ein Filter, der die wertvollsten Nährstoffe für den Boden zurückbehält. Durch das Aufsaugen des an wertvollen Dungstoffen gesättigten Nilwassers am Tsana-See wird es möglich, den Baumwollanbau, dem Ägypten seinen Wohlstand verdankt, auch bis in die höher gelegenen Gebiete auszudehnen und so mehr geeigneten Baumwollboden zu gewinnen.

Da der Kaiser von Abessinien nach längerem Zögern seine Einwilligung zum Bau des Staudammes am Tsana-See, der auf abessinischem Staatsgebiet liegt, erteilt hat, darf schon in absehbarer Zeit mit den Arbeiten begonnen werden. Greifbare Formen hat der Bauplan am Tsana-See außer mit der Konzessionserteilung durch Abessinien mit der Bewilligung des Kostenvoranschlags im ägyptischen Kabinett angenommen. Die Baukosten werden auf insgesamt nicht ganz 2 Mill. £E geschätzt, sie werden also geringer sein als die Baukosten der bisherigen ägyptischen Staudämme. Der Staudammbau am Tsana-See wird voraussichtlich an die amerikanische Firma „White Engineering Cy." vergeben werden. Die Mittel für den Bau sollen aus den Abgaben für die Erteilung des Wassernutzungsrechts und für die laufende Wasserentnahme aufgebracht werden.

Fünfjahresplan für öffentliche Arbeiten

Das Finanzministerium hat dem Ministerrat vor kurzem einen Fünfjahresplan für die Durchführung von zahlreichen öffentlichen Arbeiten unterbreitet, die in den Geschäftsbereich mehrerer Ministerien fallen. Die ägyptische Regierung hat diesem wirtschaftlichen Fünfjahresplan zugstimmt und die für die Ausführung der darin vorgesehenen Arbeiten angeforderten 36 Mill. £E bewilligt. Der bewilligte Gesamtbetrag gliedert sich in folgende Hauptausgabeposten: Wirtschaftliche Anlagen 24,4 Mill. £E, soziale 2,9 Mill. £E, Verwaltungs- und Bauvorhaben 1,5 Mill. £E, Verschiedenes und Unvorgesehenes 3,0 Mill. £E.

Den weitaus größten Teil der geplanten Arbeiten wird das Bewässerungswesen erfordern, auf das allein 21 Mill. £E entfallen. Durch den Bau von Bewässerungsanlagen, die das ganze Jahr über in Tätigkeit sein können, sollen 187 000 Feddan Land dem Anbau zugeführt oder in ihrer Bodenbeschaffenheit verbessert werden. In Mittel- und Unterägypten sollen durch die Neuanlage oder Verbesserung von Wassergräben 750 000 Feddan gewonnen werden. Der Staudamm von Assiut soll verstärkt werden. Ferner fallen in den Rahmen des Fünfjahresplans der Ausbau der Stauanlagen im Nil-Delta, die Fertigstellung des Staubeckens von Gabel Aulia, der Bau der erwähnten Talsperre am Tsana-See sowie eine Reihe von Verbesserungen des Bewässerungswesens in Oberägypten. Die staatliche Domänenverwaltung fordert für die Bodenverbesserung auf einem Gelände von 40 000 Feddan 830 000 £E.

Der Rest der Kredite für wirtschaftliche Anlagen ist vorgesehen für neue Getreidespeicher, einen neuen Gemüsemarkt in Kairo, Vergrößerung des Flughafens von Rod el Frag, Ausbau der Petroleumraffinerie in Suez, Fertigstellung der Basaltbrüche in Abu Saabal, einen neuen Granitbruch in Assuan und die Ausbeutung der Goldminen von Sukari. Auch der Straßenbau soll berücksichtigt werden, und zwar sind 175 000 £E für die Fertigstellung der Straße von Port Said nach Damiette und 87 000 £E für die Verbesserung der Straße Kairo—Suez vorgesehen.

In sozialer Beziehung hat die ägyptische Regierung die Durchführung eines neuen umfangreichen Programms für die Verbesserung des Gesundheitswesens ins Auge gefaßt, die im Rahmen des Fünfjahresplanes in Angriff genommen und später fortgesetzt werden soll. Neben einer Lösung der Trinkwasser- und Wohnstättenfrage für die ländliche Bevölkerung werden von der Hygieneverwaltung dringend verlangt: 125 Sanitätsstellen in den Provinzen, 15 Unfallstationen zum Schutz von Kindern, 20 Hospitäler zur Behandlung der Ankylostomiose, 10 Armenkrankenhäuser für Tuberkulose, 15 Lepra- und 28 Zahnkliniken, sowie eine Reihe von Maschinen und eine größere Menge von medizinischen Apparaten. Für die Stadt Kairo sollen außerdem 1,08 Mill. £E vor allem für Verbesserung der Kanalisation aufgewendet werden. Davon sollen 399 000 £E für die Ausbesserung des großen Sammelbeckens, für die Verlängerung einer zweiten großen Rohrleitung sowie für den Bau eines dritten großen Kanals in der Hauptstadt bereitgestellt werden. Auch die Orte Samalek und Gesire sollen Kanalisation erhalten.

Das Kriegsministerium fordert 150 000 £E für den Bau von Kasernen für 3 Bataillone in Alexandrien, einer Artilleriekaserne in Sollum, weiterer Gebäude im Kasernenviertel von Mankabad und Assuan sowie für den Bau von Lagergebäuden in Meadi und für den Neubau von Schuppen in der Zitadelle von Kairo.

Eine Reihe von weiteren Verbesserungsplänen bezieht sich auf die Ausbesserung oder Erweiterung der Universität, des Krankenhauses in Kairo (1,36 Mill. £E) und des Flughafens Dekhela bei Alexandrien (330 000 £E).

Noch nicht entschieden ist die Frage, ob dieses Programm schon im Laufe des Finanzjahres 1935/36 oder aber erst im folgenden Jahre in Angriff genommen werden soll. Im ersten Fall müßte auf die allgemeinen Rücklagen der Staatskasse zurückgegriffen werden, während man im zweiten Fall die erforderlichen Ausgaben aus dem laufenden

Haushalt bestreiten zu können hofft. Bei sofortiger Inangriffnahme der Arbeiten müßte ein Sonderhaushalt mit 800 000 £E für die dringendsten Ausgaben bewilligt werden. Der Betrag selbst stände aus den Ersparnissen des Haushalts für das Jahr 1934/35 zur Verfügung.

Industrielle Rohstoffe

Der Bergbau spielte bisher keine wesentliche Rolle. Jedoch hat die im Jahre 1934 vom Finanzministerium vorgenommene Erkundungsreise an die Küste des Roten Meeres ergeben, daß die Ausnutzung der ägyptischen Bodenschätze tatsächlich noch kaum begonnen hat.

Petroleum wird am Roten Meer gewonnen. Die bedeutendste Petroleumgesellschaft am Roten Meer ist die „Anglo Egyptian Oilfields Co", die im Bezirk von El Gardaka mit einem Betriebskapital von 1,8 Mill. £ arbeitet. 500 Arbeiter sind heute beschäftigt, und die Zahl der Brunnen beträgt 105. Während die Förderung 1914 erst 7000 t erreichte, betrug sie 1928/31 durchschnittlich 270 000 t im Jahr, im Jahre 1932: 228 000 t und im Jahre 1933: 237 725 t.

Im Bezirk von Abu Derba finden sich Petroleumvorkommen, die von der Regierung angebohrt und dann im Jahre 1927 in Ausdehnung von 70 ha einer ägyptischen Gesellschaft übertragen wurden. Diese hat die Zahl der Brunnen auf 29 erhöht, von denen 17 noch ausgebeutet werden. Während die Förderung 1926/27 von 176 auf 1250 t stieg, fiel sie dann fortlaufend bis auf 10 t im Jahre 1933. Der Grund liegt darin, daß das gewonnene Petroleum schwer und arm an Nebenerzeugnissen ist, so daß die Raffination kaum lohnt. Die Gesellschaft beabsichtigt, für den Fall, daß ihr mehr Kapital zur Verfügung stehen wird, Bohrungen in größerer Tiefe vorzunehmen, um festzustellen, ob dort das Petroleum reicher ist. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen scheint es jedoch am zweckmäßigsten, die Erzeugung auf Schmieröle umzustellen.

In der Petroleumgegend von El Gardaka befinden sich auch die reichsten Phosphatvorkommen. Die Erzeugung hat bis Ende 1933 3,5 Mill. t betragen, von denen ungefähr 3 Mill. t ausgeführt worden sind. Im Jahre 1933 wurden 483 000 t ausgeführt, von denen allein Japan 293 000 t abnahm. Während Ägypten so eines der reichsten Phosphatländer ist, muß es auf der andern Seite Superphosphate einführen, da ihm die Schwefelsäure fehlt. Die bisher vorgenommenen Versuche, die Benutzung von reinem Phosphat als Düngemittel zu steigern, waren ergebnislos. Da das Phosphat ohne Schwefelsäure nicht lösbar ist, wird erst die Gründung einer Schwefelsäurefabrik den Phosphatreichtum für Ägypten selber nutzbar machen. Größere Phosphatminen finden sich noch in Safaga und El Kosseir, wo eine italienische Gesellschaft, hinter der die italienische Regierung steht, allein im Jahre 1933: 238 t gewonnen hat. Die Gesamtausbeute Ägyptens an Phosphaten betrug im Jahre 1933: 740 632 t.

Im Bezirk von Abu Zanima werden Magnesiumminen durch eine englische Gesellschaft ausgebeutet, die im Jahre 1917 erst 400 t, im nächsten Jahre bereits 27 000 t, 1928/1930 durchschnittlich 130 000 t und im Jahre 1931: 100 000 t Magnesium gewann. Im Jahre 1933 wurde die Förderung vorübergehend eingestellt, da die Lage der Stahlindustrie über die großen Lagervorräte hinaus keine Absatzmöglichkeiten mehr bot.

Auch weist Ägypten größere Gipsvorkommen auf. Gips wird in einer Mine im Deltagebiet im Sinai von einer ausländischen Gesellschaft gewonnen. Große Mengen Gips werden insbesondere nach Japan ausgeführt. Die Gesellschaft bezahlt dem Staat eine Abgabe von 2 % je Tonne Gips, die in Ägypten verkauft wird, und von 5 % des Verkaufspreises für ausgeführten Gips. Bis Ende 1933 wurden 2456 t gewonnen, von denen 2137 t ausgeführt wurden.

Industrialisierung

Ägypten ist seiner heutigen wirtschaftlichen Gliederung nach Agrarstaat, in dem die Bevölkerungskapazität im umgekehrten Verhältnis zum Nahrungsraum steht. So besteht zwischen der Bevölkerungszunahme und der Vermehrung anbaufähigen, bewässerbaren Bodens ein Mißverhältnis, das sich einerseits durch fortschreitende Bodenverteilung und Verringerung der durchschnittlichen Besitzgröße innerhalb der Kleinbauernschicht, anderseits in zunehmender Abwanderung vom Lande und vom Landbau nach den Städten äußert. Infolge der günstigen Erzeugungsbedingungen und der außerordentlichen Fruchtbarkeit ist die Gefahr der Parzellierung des Kleinbesitzes kleiner, dagegen die der Landflucht um so größer, da sie das Proletariat in den Städten und damit die Zahl der Arbeitslosen vergrößert.

Ägypten ist überzeugt, die Verarbeitung und Veredelung der im Lande vorkommenden Rohstoffe ebensogut und ebenso vorteilhaft betreiben zu können wie die Industrieländer, die ihrerseits auf die Einfuhr dieser Rohstoffe und auf die Ausfuhr von Fertigwaren angewiesen sind, besonders da nur einige wenige Fabriken in Ägypten genügen, um den Bedarf des Landes zu befriedigen, dessen Einwohnerzahl, wie wir oben sahen, nicht einmal 15 Mill. beträgt. Hinzu kommt der große Vorteil der billigen einheimischen Arbeitskräfte.

Erst nach langem Zögern hat sich Ägypten für eine Politik der Industrialisierung entschlossen und den damit verbundenen Zollschutz eingeführt. Verstärkt wurde die Neigung zur Industrialisierung durch das Fallen der Baumwollpreise, vor allem aber durch die allgemeine Absperrungspolitik in der ganzen Welt. Der gleitende Zolltarif Italiens für Getreide wurde von Ägypten als wichtigster Grundsatz seiner Zollpolitik für ausländische Industrieerzeugnisse übernommen. Die Abkehr Englands vom Freihandel hat die letzten Widerstände der Industriegegner gebrochen. So hat Ägypten den einfachen allgemeinen Zolltarif durch einen andern neuzeitlichen ersetzt, der die einheimische Industrie vor dem ausländischen Wettbewerb schützen soll. Die Aussichten der jungen ägyptischen Industrie, die, in Anbetracht der billigen einheimischen Arbeitskraft, im Begriff ist, ein wichtiger Bestandteil des ägyptischen Wirtschaftslebens zu werden, wären auch ohne Zollschutz nicht ungünstig. Der Zollschutz soll aber nach der Meinung der führenden Wirtschaftspolitiker hauptsächlich dazu dienen, der einheimischen Industrie Zeit zu geben, Erfahrungen zu sammeln und die richtigen Produktionswege zu finden.

Anderseits sind wiederum Gründe vorhanden, die die Aussichten für eine starke ägyptische Industrie vorläufig nicht allzu günstig erscheinen lassen. Da die Fremdenverkehrsorganisationen nach wie vor ihr Hauptinteresse auf reiche Ausländer konzentrieren, wird schon die Durchführung der Fremdenverkehrsprogramme immer wieder eine gewisse Einfuhr von Luxuswaren nötig machen, und für eine große Anzahl anderer Waren bietet das Land kaum geeignete Herstellmöglichkeiten. Besonders aber scheinen die Ausfuhraussichten nicht allzu günstig zu sein. Als Hinter-

land käme der Sudan in Frage, dessen Aufnahmefähigkeit für industrielle Erzeugnisse beschränkt ist. Die arabischen Staaten kennen keine Bevorzugung ägyptischer Erzeugnisse, so daß diese hier in schärfsten Wettbewerb zu europäischen und japanischen Waren treten müßten, wobei sie vermutlich unterliegen würden. Palästina wiederum entwickelt eine eigene Industrie und verfügt über mehr geschulte Arbeitskräfte als Ägypten. Zudem hat Ägypten, dessen Wirtschaft zu 70 % von der Baumwolle abhängt, Rücksichten auf seine Kundenländer zu nehmen, die anderseits industrielle Fertigwaren nach Ägypten liefern.

Die Folgen der neuen Schutzpolitik der ägyptischen Regierung beginnen sich bereits auszuwirken. Bedeutende größere Industrien sind entstanden, die höchstwahrscheinlich auch nach Abschaffung der Zollmauern ihre Lebensfähigkeit behalten werden. Diese in beachtlichem Aufschwung begriffene ägyptische Industrie steht, soweit es sich um größere Betriebe handelt, unter der Führung der Bank Misr, die bekanntlich ein national-ägyptisches Unternehmen ist, und deren Aufgabe letzten Endes in der Befreiung Ägyptens vom ausländischen Kapital besteht. In den wichtigsten Industrieunternehmungen dieser Bank, in der keinerlei ausländisches Kapital vertreten ist, sind mehrere Millionen £E angelegt. Daneben sind größere Kapitalien in kleineren Industriebetrieben, ferner in der Schiffahrt, in Filmunternehmungen usw. festgelegt, während wieder andere Kapitalien im Baumwollhandel arbeiten. Die Unternehmungen der Bank Misr sind zwar führend, jedoch stehen sie nicht vereinzelt da.

Verbrauchsgüterindustrien überwiegen!

Eine besondere Bedeutung kommt den vorwiegend mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Industrien, wie Baumwollentkernung, Zuckerfabrikation, Reismüllerei und den Zigarettenfabriken zu. So haben die einheimischen Zuckerfabriken den ausländischen Zucker verdrängt und beherrschen vollkommen den inneren Markt. Die Misr-Gesellschaft zur Baumwollentkernung verarbeitet jährlich 1 Mill. Kantar oder 12 % der gesamten ägyptischen Baumwollernte.

Die Bierherstellung hat ansehnliche Fortschritte gemacht. Eine eigene Bewandtnis hat es mit der Tabakindustrie. Da der Anbau von Tabak zugunsten der Baumwolle verboten war, wird vor allem aus Syrien, Mazedonien und Griechenland eingeführter Tabak zu Zigaretten und Pfeifentabak verarbeitet. Die sehr guten und billigen Zigaretten werden in beträchtlichen Mengen ausgeführt. Die Herstellung von Korbwaren hat schon seit Jahren die italienischen und österreichischen Mitbewerber geschlagen. Besonders gute Fortschritte hat auch die Metallwarenerzeugung zu verzeichnen. Seit einigen Jahren ist man bemüht, eine Teppichindustrie systematisch großzuziehen, in der Kamelwolle und Schafwolle des Landes Verwertung findet. Die Marmeladenerzeugung aus einheimischen Erzeugnissen hat sich in den letzten Jahren ebenfalls gut entwickelt. Die Hefefabrikation hat derartige Fortschritte gemacht, daß die Einfuhr von ausländischer Hefe stark zurückgegangen ist. Ebenfalls gibt es heute bereits eine stattliche Reihe neuzeitlich eingerichteter Fabriken zur Herstellung von Lederwaren, Papierwaren, Webstoffen, Metallwaren, medizinischem Gerät, Feuerlösch- und ähnlichen Gegenständen. Ledergalanteriewaren werden bereits ausgeführt.

Auf dem ägyptischen Schuhmarkt hat sich in den letzten Jahren ein Wettbewerb dreier Staaten abgespielt: In den Nachkriegsjahren hatte England eine Monopolstellung in Ägypten, von der es zuerst von der tschechoslowakischen Einfuhr verdrängt wurde. Der Wettkampf beider Staaten endete 1930 mit einem Sieg der Tschechoslowakei, deren Einfuhr damals von 52 892 £E im Jahre 1929 auf 63 027 £E stieg. Gleichzeitig ist die englische Einfuhr von 83 618 auf 59 757 £E gesunken. Im gleichen Jahre begannen sich in Ägypten Schutztendenzen geltend zu machen, deren Einfluß zu einem bedeutenden Rückgang der Einfuhr auch der tschechoslowakischen Waren führte, obgleich diese noch immer die englischen Waren weit hinter sich ließen. 1934 wurden von der Tschechoslowakei Lederschuhe für nur 11 732 £E, englische Schuhe nur für 2512 £E eingeführt. In der gleichen Zeit tauchte aber in Ägypten ein neuer Mitbewerber, Japan, auf, der günstigere Tarife für Schuhe mit Gummisohlen ausnutzte und auf die erste Stelle vorrückte, obgleich auch in dieser Sorte die Tschechoslowakei die Führung hatte. Das Verhältnis zwischen der tschechoslowakischen und japanischen Einfuhr ergab in den letzten Jahren folgende Ziffern:

Zahlentafel 5. Ägyptens Schuheinfuhr aus der Tschechoslowakei und aus Japan
in £E

	1932	1933	1934
Tschechoslowakei	6 617	2 271	3 144
Japan	11 487	12 638	18 542

Vor dem Jahre 1930 gab es fast keine einheimische Schuhindustrie. Im Lande selbst wurden nur Damenschuhe in kleinem Umfang fabrikmäßig hergestellt, Herrenschuhe lediglich als handwerkliche Maßarbeit. Erst der im Frühjahr 1930 zum Schutze der einheimischen Schuhfabrikation in Kraft gesetzte hohe Schutzzoll für Schuhwaren rief eine geradezu sprunghafte Entwicklung der bis dahin in Ägypten kaum gekannten Fabrikation von Schuhwaren jeglicher Art ins Leben. Heute beschäftigt die ägyptische Schuhindustrie in mehreren, hauptsächlich in Kairo, Alexandrien und Damiette gelegenen, bis auf eine mit deutschen Maschinen ausgerüsteten Fabriken insgesamt 37 000 Arbeiter. Dazu kommen noch die Belegschaften der staatlichen Fabriken, die die Lieferung des jährlichen Bedarfes von 27 000 Paar Schuhen für uniformierte Beamte und von 10 000 Paar für das Militär im Gegensatz zu früher nunmehr in eigene Regie genommen haben. Neuerdings beabsichtigt Japan, nach Ägypten Schuhteile einzuführen und sie an Ort und Stelle in einer in Kairo zu errichtenden Fabrik zu verarbeiten.

Einen ganz besonderen Aufschwung hat die ägyptische Zementindustrie zu verzeichnen infolge der umfangreichen Neu- und Erweiterungsbauten und der Verstärkungsarbeiten an den Nilstromwerken, die ungeheure Mengen Zement erfordern. Die bedeutendsten ägyptischen Zementfabriken sind die von Heluan und Turha. Die erste wurde im Jahre 1930 mit einem Kapital von 20 000 £E gegründet. Diese Fabrik besitzt eine Verarbeitungsfähigkeit von etwa 100 000 t jährlich und beschäftigt 300 bis 400 Arbeiter. Die Fabrik Turha, die wie die von Heluan an der Bahnstrecke Kairo—Heluan und am Ufer des Nils gelegen ist, wurde im Jahre 1927 gegründet und stellt eine der bedeutendsten Industrien des Landes dar. Die Produktion dieser Fabrik kann bei einer Tagesleistung von 850 bis 900 t jährlich bis 300 000 t erreichen. Das Gesellschaftskapital beträgt 565 000 £E. Einen bedeutenden Wertzuwachs erhielt sie, nachdem ihr die früher selbständige Zementfabrik Massarah angegliedert worden

war. Die maschinelle Einrichtung ist zum größten Teil von deutschen Firmen geliefert worden, die elektrotechnische Einrichtung wurde aus der Schweiz bezogen.

Die ägyptische Zementerzeugnug entwickelte sich in den letzten Jahren folgendermaßen:

Zahlentafel 6
Zementerzeugung Ägyptens

Jahr	t	Jahr	t
1931	241 378	1933	288 209
1932	239 065	1934	296 837

Auch die Textilindustrie, besonders für einfache Gewebe, ist jetzt im Begriff, den Innenmarkt zu erobern. Die als Hausindustrie betriebene Weberei ist eine der ältesten Industrien des Landes und beschäftigt rd. 80 000 Arbeiter, darunter 15 000 Frauen, bei einem Bestand von ungefähr 20 000 Handwebstühlen teils primitivster Art. 1899 wurde die erste mechanische Baumwollspinnerei und -weberei durch die „Filiature Nationale d'Alexandrie" gegründet mit einem Kapital von 150 000 £E. Sie arbeitet mit 52 000 Spindeln und 800 mechanischen Webstühlen. Im Jahre 1931 folgte die zweite Gründung dieser Art seitens der „Société Misr pour la Filiature et le Tissage du Coton" mit einem Kapital von 300 000 £E, die ihren Betrieb mit 36 000 Spindeln und 1344 mechanischen Webstühlen auf die Herstellung und Verarbeitung grober Garne einrichtete. Beide Fabriken verfügen insgesamt über eine jährliche Leistungsfähigkeit von 7,5 Mill. kg Garn und 57,6 Mill. m² Baumwollgeweben. Seit dieser Zeit nahm die ägyptische Textilindustrie einen erheblichen Aufschwung. Sowohl in Webereien wie Spinnereien sind erhebliche Kapitalien angelegt worden. Diese Industrie arbeitet mit billigen Arbeitskräften, wie sie Europa nicht kennt. Die Zahl der Webstühle wurde in den letzten zwei Jahren verdreifacht. Allein in den Webereien des Misr-Konzerns arbeiten heute über 10 000 Arbeiter. Die Produktion dieses Konzerns hat wertmäßig 17,8 % der gesamten Baumwollwareneinfuhr erreicht.

Auf der Grundlage landwirtschaftlicher Ölerzeugung soll die bestehende Seifenindustrie erweitert werden, um von der Seifeneinfuhr unabhängig zu werden. Im Entstehen begriffen ist die Papierindustrie. Die im Lande in genügendem Umfang vorhandenen Rohstoffe (Reis- und Baumwollstroh) sind mit Erfolg auf ihre Verwendungsfähigkeit erprobt worden. Seit einigen Jahren bemüht man sich auch um das Zustandekommen einer Glasindustrie. Die Prüfung durch einen belgischen Sachverständigen hatte ergeben, daß der im Lande vorhandene Sand sich vorzüglich zur Glasfabrikation eignet. Geplant ist vorläufig die fabrikmäßige Herstellung von Fensterglas.

Unter dem Schutze der Regierungsmaßnahmen, namentlich der hohen Zölle, hat auch die Zündholzindustrie während des Jahres 1934 einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Während 1933 noch für 102 000 £E Streichhölzer eingeführt werden mußten, betrug die Streichholzeinfuhr des Jahres 1934 nur noch 79 000.

Eine besondere Bedeutung kommt aber der Gründung der Kunstdüngerindustrie zu. Ägypten beabsichtigt, eine Kunstdüngerfabrik mit einer Produktionskapazität von vorläufig 100 000 t Nitraten unter Aufwendung eines Kapitals von 4 Mill. £E und unter Selbsterzeugung der benötigten elektrischen Energie zu errichten. In Anbetracht des Phosphatreichtums des Landes wird daher Ägypten voraussichtlich schon in absehbarer Zeit unabhängig von der Einfuhr an Kunstdünger sein.

[2586]

14 Mrd. Umsatz des deutschen Handwerks

In vielen Orten des Reiches wird jetzt durch Ausstellungen und andere Kundgebungen der Bevölkerung die Bedeutung des Handwerks vor Augen geführt. Es ist in den letzten zwei Jahren gelungen, das Handwerk nicht nur aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, sondern auch seine soziale Stellung wirkungsvoll zu verbessern. Aber trotzdem ist es immer wieder nötig, auf die Bedeutung des Handwerks für die Volkswirtschaft hinzuweisen, zumal das Handwerk neben einer verstärkten Berücksichtigung durch die Verbraucher noch lange nicht die besondere Pflege durch den Staat wird entbehren können.

Neben der von den zuständigen Stellen überwachten Ausbildung des Nachwuchses und dem neuen Aufbau des Innungswesens wird das Handwerk erwarten müssen, daß noch manches nachgeholt wird, was früher verabsäumt worden ist, um Handwerksbetriebe lebensfähig zu machen und zu erhalten. Dazu gehört, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit der Großbetrieb den an sich leistungsfähigen Handwerker nicht überrennt, ferner eine neuzeitige Gestaltung des Verdingungswesens und schließlich eine weitgehende Elastizität bei der Gestaltung der Kreditbeschaffung. Wobei anderseits erwähnt werden muß, daß der Handwerker nur dann kreditwürdig bleiben kann, wenn man ihm nicht aus schlechter Angewohnheit heraus zumutet, den Preis für geleistete Arbeit auf unbestimmte Zeit zu stunden.

Im Verkehr des Handwerkers mit seiner Kundschaft muß „Zahlung bei Empfang" oberstes Gesetz werden. Nur dadurch kann auf die Dauer die Leistungsfähigkeit und damit auch die Kreditwürdigkeit des Handwerks gut verankert bleiben. Im übrigen haben bisher die Stellen, die neben den Sparkassen die Gewährung von Betriebskrediten an Handwerker auf ihre Fahne geschrieben haben, keine schlechten Erfahrungen gemacht, nachdem die berüchtigten Schwindelbauten der Vergangenheit angehören.

Die Kräftigung der Handwerksbetriebe ist aber nicht nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, sondern sie ist auch eine Notwendigkeit, wenn die Wirtschaft von innen heraus gesunden soll. Es ist bisher noch viel zu wenig beachtet worden, daß nicht weniger als 4 Mill. Menschen sich im deutschen Handwerk betätigen. Während in dem Krisenjahr 1932 das deutsche Handwerk nur noch 9,5 Mrd. RM umzusetzen vermochte, ist diese Summe im Jahre 1933/1934 auf 12,5 Mrd. RM angewachsen, und der Reichshandwerksmeister hat kürzlich in Königsberg betont, daß der Gesamtumsatz im laufenden Jahre nach gewissenhafter Schätzung die 14 Milliardengrenze erreichen wird. Diese Umsatzsteigerung von rd. 50 % hat auch eine stete Hebung aller Handwerksbetriebe herbeigeführt, deren Zahl 1 548 000 beträgt.

Der Aufstieg des Handwerks ist natürlich in erster Linie der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu verdanken, die das Baugewerbe und seine Nebenzweige soweit befruchtet hat, daß in manchen Gegenden ein Mangel an Facharbeitern auftrat. Er machte sich zeitweise besonders im Saargebiet geltend.

Die Einführung des Großen Befähigungsnachweises hat sich ebenfalls segensreich für das Handwerk ausgewirkt, und schließlich hat es auch davon Nutzen ziehen können, daß es endlich gelungen ist, die vorher stark wuchernde Schwarzarbeit einzudämmen oder gänzlich zu beseitigen.

K [2640]

Eine marktanalytische Fibel

Ein Vorschlag aus der Praxis

Von Dr. Dr. HANS J. SCHNEIDER, Berlin

Wohl auf keinem Gebiet des menschlichen Geistes werden Zielsetzung und Vollbringen, heißes Wollen und emsiges Bemühen des Forschers so stark durch die Materie eingeschränkt wie auf dem Gebiet der betriebswirtschaftlichen Marktforschung (Marktanalyse und Marktbeobachtung) [1]).

An sich ist dies nicht weiter verwunderlich, handelt es sich doch um einen der jüngsten wissenschaftlichen Forschungszweige, der kaum länger als ein Jahrzehnt praktisch arbeitet, und der trotzdem an dem von dieser quantitativ arbeitenden Forschungsweise in reicher Fülle benötigten Zahlenmaterial unendlich viel zusammengetragen hat, und der darüber hinaus in unablässiger Arbeit bemüht ist, die methodischen Grundlagen der neuen Forschungsrichtung zu begründen und die durch die Wandlung der liberalistischen Wirtschaft zum nationalsozialistischen Lebensgefüge bedingten neuen Elementarformen des Erkennens zu finden.

Die neue Forschungsrichtung darf die breiteste Beachtung fordern. Ihre Zweckdienlichkeit ist tief im Wesen unserer Zeit verankert. Sie bildet die Grundlage für kurz- und langfristige Planung des einzelnen Betriebes und damit die Grundlage für Arbeitsbeschaffung und Arbeitserhaltung. Sie wird auf einer höheren Fläche der volkswirtschaftlichen Führung zur Trägerin einer angemessenen Produktions- und Preispolitik ganzer Wirtschaftszweige, zum festen Pfeiler nationalsozialistischer Umgestaltungen, wie dies z. B. in den Arbeiten des Amtes des Siedlungsbeauftragten der NSDAP zutage tritt, die bis Januar 1935 in den Veröffentlichungen der Planungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft und späterhin in der Zeitschrift „Die Reichsplanung" ihren Niederschlag gefunden haben. Sie bildet endlich auf der höchsten volkswirtschaftlichen Erkenntnisfläche einen Teil der Grundlage, auf der die Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung und die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgebaut wird.

Die Leistungsfähigkeit dieser neuen Forschungsweise wird um so größer sein, je umfangreicher ihre Arbeiten sind, je mehr Köpfe auch heterogener Art sich mit ihren Fragen befassen, je mehr Einzelzweige des wirtschaftlichen Schaffens durchdrungen werden, und je mehr es gelingt, die Ergebnisse dieser vielgestaltigen Arbeiten der Allgemeinheit zugänglich zu machen, sie aus der Dunkelheit des Betriebsgeheimnisses in das helle Licht einer dem Volksganzen verantwortlichen Wirtschaftsführung zu rücken.

Das hat man in Deutschland trotz der mannigfachsten Widerstände politischer, behördlicher und privater Art verhältnismäßig früh erkannt. Nachdem dank der Initiative von *Ernst Wagemann* das Statistische Reichsamt in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung dazu übergegangen ist, die in den mächtigen Zahlenburgen der Reichs- und Landesämter seit Jahrzehnten aufgespeicherten Unterlagen der Allgemeinheit in immer mehr wachsendem Umfang zur Verfügung zu stellen, nachdem der Zauber des behördlichen Zahlenfetischs geopfert wurde, ist man auch von privater Seite energisch vorgegangen. Hier ist in erster Linie das Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Nürnberg zu nennen, dessen Zeitschrift „Die deutsche Fertigware" dank der vielen grundlegenden Arbeiten ein größeres Interesse beanspruchen darf, als der Name besagt, und das soeben durch die Gründung der „Gesellschaft für Konsumforschung" neue Wege beschreitet. Ebenso müssen die Arbeiten der Fachgruppe Vertriebsingenieure beim Verein deutscher Ingenieure [2]) hervorgehoben werden, die dem in der wirtschaftlichen Praxis Stehenden Handhaben geben sollen, um für den eigenen Betrieb Absatzgröße und Absatzmöglichkeit abzuschätzen.

Man hat sich auch in Deutschland bemüht, grundlegende Quellenhandbücher zu schaffen, die weiten Kreisen die Möglichkeit geben wollen, Marktforschung zu treiben. In erster Linie sind zwei solche Werke zu erwähnen: Das konjunkturstatistische Handbuch (Berlin 1933, Verlag Reimar Hobbing) und das Quellenhandbuch des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung „Marktanalyse und Marktbeobachtung" (Stuttgart 1933, Verlag C. E. Poeschel). Beide Handbücher ergänzen einander. Während das konjunkturstatistische Handbuch in erster Linie zahlenmäßige Unterlagen für die Konjunkturbeobachtung liefern will und daher fast ausschließlich Zahlenreihen von konjunktursymptomatischer Bedeutung berücksichtigt, ist das Hand-

[1]) Vgl. die Arbeit des Verfassers „Betriebswirtschaftliche Marktforschung (Marktanalyse und Marktbeobachtung)". Berlin 1933, Georg Stilke.

[2]) Vgl. hierzu die Hefte der Fachgruppe Vertriebsingenieure: Heft 1: Statistischer Quellennachweis für die Durchführung von Marktanalysen. Von Dr. *A. Reithinger* — Heft 2: Grundzahlen zur allgemeinen Struktur des deutschen Inlandmarktes. Von Dr. *A. Reithinger* — Heft 3: Studien zur Marktanalyse. Von Dr. rer. pol. Dr. phil. *H. J. Schneider* — Heft 4: Die Sägewerksindustrie. Von der Fachgruppe „Vertriebsingenieure" — Heft 5: Die Lederindustrie. Von der Fachgruppe „Vertriebsingenieure" — Heft 6: Vertriebsgemeinschaften in der Werkzeugmaschinenindustrie. Von Dr.-Ing. E. h. *Jos. Reindl* — Heft 7/8: Grundzahlen über die Umsatzentwicklung auf dem deutschen Inlandsmarkt. Von *U. H. Bychelberg* — Heft 9: Schrifttum über industriellen Vertrieb. Von Dr. *H. Berlitzer.*

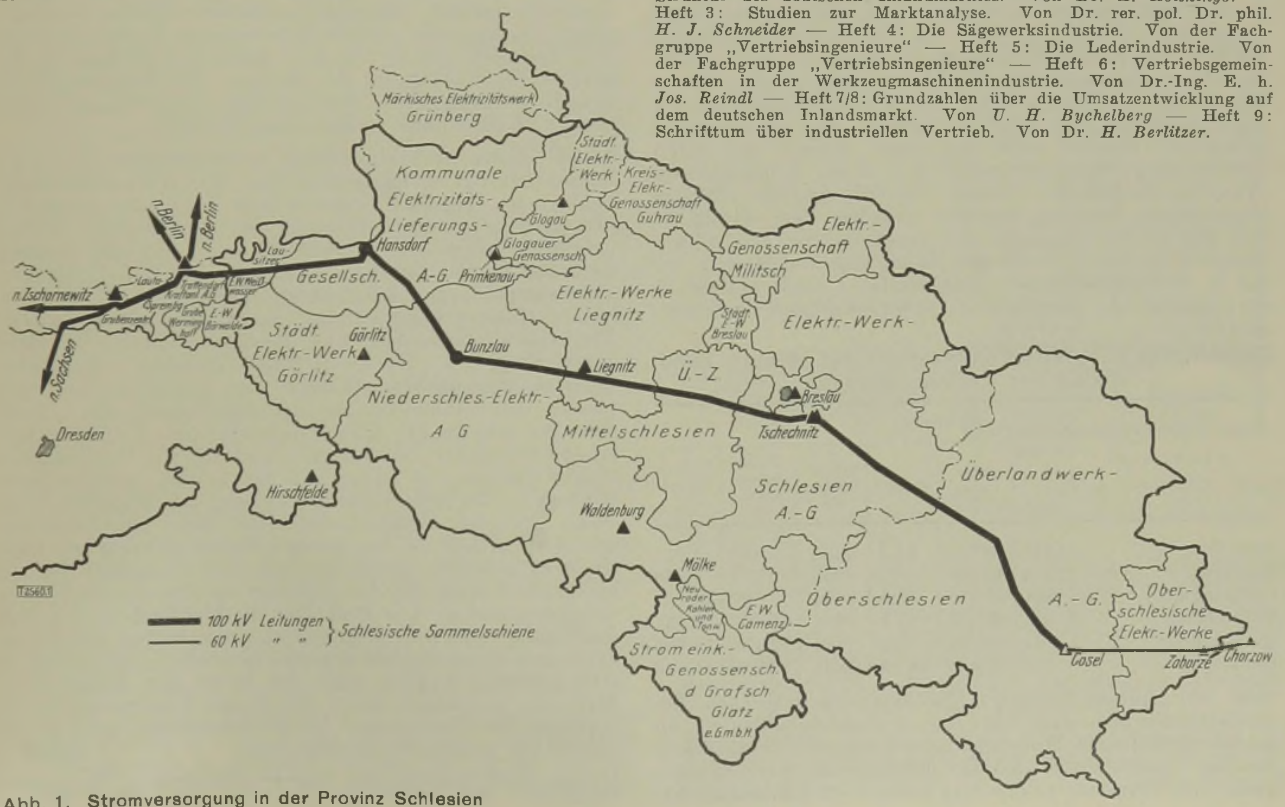


Abb. 1. Stromversorgung in der Provinz Schlesien

buch des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung mehr für marktanalytische Zwecke gedacht. Deshalb umfaßt der Hauptteil des Quellenwerks eingehende Angaben über die bestehende Marktstruktur, und nur ein kleiner Teil des Zahlenwerks soll die Bewegung des Marktgeschehens widerspiegeln.

So wertvoll diese beiden Handbücher sein mögen, so sehr insbesondere die Zahlenangaben des Nürnberger Instituts Anspruch auf praktische Bedeutung erheben können, so muß doch anderseits festgestellt werden, daß das grundlegende Nachschlagewerk für Marktanalytiker, Reklamefachleute und Wirtschaftspolitiker, die von der großen Programmformulierung zur mühseligen Einzelarbeit vordringen, noch ungeschrieben ist. Der Grund liegt in dem Gegensatz zwischen den Erfordernissen der Praxis, wie sie durch den Markt gegeben sind, und der Entstehungsgeschichte und Zielsetzung der volkswirtschaftlichen Statistik. Er liegt insbesondere darin, daß man bei Aufstellung eines Quellenhandbuches sich mit den größeren Verwaltungseinheiten begnügt hat, statt ein Nachschlagewerk zu schaffen, das es jedem Praktiker gestattet, den eigenen Markt und seine Teile aus den kleineren Verwaltungsbezirken nachzubauen. Nur selten vermag der Praktiker mit Zahlenangaben für die größeren Verwaltungseinheiten (Regierungsbezirke), so wie sie in den Quellenhandbüchern veröffentlicht werden, etwas anzufangen; was er wirklich benötigt, sind Zahlenangaben für die kleineren Verwaltungsbezirke (Kreise) und Gemeinden über 20 000 Einwohner. Um ein besonders in die Augen fallendes Beispiel aus der Praxis zu nennen, sei auf Abb. 1 „Stromversorgung in der Provinz Schlesien“ verwiesen, die die Aufteilung dieser Provinz auf die verschiedenen Stromverteilungsunternehmungen wiedergibt, deren Grenzziehung aus praktischen Bedürfnissen bedingt ist und sich nicht im geringsten um irgendwelche Verwaltungsgrenzen kümmert. Will man den Versuch machen, die Bestimmungsgründe des Stromabsatzes in den verschiedenen Verteilungsunternehmen mengenmäßig festzulegen, will man also etwa Fläche, Einwohnerzahl, Wohngebäude, Haushaltungen, landwirtschaftliche Betriebe, Betriebsgrößenklassen, Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen, gewerbliche Niederlassungen, Kraftmaschinen, Elektromotoren, Steuerkraftziffer, Umsatz insgesamt von den einzelnen Wirtschaftszweigen, festlegen, dann muß man bei sämtlichen bisher veröffentlichten Quellenhandbüchern scheitern, da sie nur die Regierungsbezirke berücksichtigen, während die Praxis in fast allen Fällen die Teile des Absatzmarktes mühevoll aus den statistischen Ziffern für die Kreise errechnen muß. Die Schwierigkeiten, die sich hier auftun, häufen sich in einem ganz besonderen Maße bei Wirtschaftsgebieten wie etwa dasjenige der Provinz Sachsen, die wirtschaftlich außer der Provinz noch den Staat Anhalt, den Kreis Blankenburg (Braunschweig), den Kreis Sondershausen (Thüringen) und den Flecken Calvörde umfaßt. Welche Unterschiede bestehen überdies zwischen dem nördlichen Teil der Provinz Sachsen und beispielsweise den stärker industrialisierten Gebieten um Magdeburg und Dessau, wobei in der nachstehenden Zahlentafel 1 noch absichtlich die eigentlichen Stadtkreise unberücksichtigt geblieben sind:

Zahlentafel 1. Wirtschaftszahlen für einige Landkreise der Provinz Sachsen

Landkreis	Fläche	Einwohner		Gewerbe		
		insgesamt	je km²	Niederlassungen	Kraftmaschinen PS	Elektromotoren PS
	km²					
Osterburg	1111	45 884	41,3	2199	2 892	1 211
Salzwedel	1213	60 295	49,7	3295	4 778	1 956
Gardelegen	1301	63 511	48,8	3394	9 796	3 283
Wanzleben	504	66 957	133,1	2931	25 201	16 534
Quedlinburg . . .	324	46 430	143,3	2184	52 459	14 836
Bernburg	390	57 496	147,4	2434	12 018	11 681

Oder ein anderes Beispiel: Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse sind für die Absatzmöglichkeiten an landwirtschaftlichen Maschinen von allergrößter Bedeutung. Welche Unterschiede hier für tatsächliche Versorgungsgebiete im Vergleich zu den repräsentativen Zahlenangaben des Regierungsbezirks bestehen, möge Zahlentafel 2 veranschaulichen:

Zahlentafel 2. Landwirtschaftliche Kennziffern für einige Landkreise der Provinz Sachsen

Betriebsgröße	Absatzgebiete					Regierungsbezirk
	I	II	III	IV	V	
unter 5 ha . .	35,6	13,5	18,4	5,7	7,2	12,8
5 bis 20 „ . .	51,9	34,4	35,9	37,3	30,9	32,8
20 „ 100 „ . .	4,2	18,6	24,9	23,6	18,5	21,3
über 100 „ . .	8,3	33,5	20,8	33,4	43,4	33,1

Ähnlich wie in der Elektrizitätsverteilung (Überlandzentralen) liegt es in den meisten anderen Wirtschaftszweigen. Im Kohlenhandel, im Eisengeschäft, in den meisten Maschinenzweigen, vor allen im Einzelhandel kann man in der Praxis mit den Zahlenangaben der größeren Verwaltungsbezirke nicht arbeiten. Man braucht durchweg Ziffern für kleine Gebiete, um die tatsächlichen Verkaufsgebiete zu erfassen und wirklich tragfähige Kennziffern zu errechnen.

Man wird sogar sagen dürfen, daß in den meisten Fällen die Angaben für die größeren Verwaltungsbezirke in der marktanalytischen Praxis zu Fehlschlüssen führen und sich verhängnisvoll auswirken können.

Was die Praxis daher in erster Linie benötigt, ist ein Quellenhandbuch zur Marktanalyse und Marktbeobachtung nach dem Muster des vom Institut für Wirtschaftsbeobachtung herausgegebenen Quellenwerks, das aber sämtliche Angaben für Stadt- und Landkreise sowie für die Gemeinden von über 20 000 Einwohnern macht. Heute ist der Praktiker gezwungen, aus den umfangreichen Quellen der Reichs- und Länderstatistik diese Zahlenangaben mühevoll zusammenzusuchen, wobei es häufig genug vorkommt, daß gewisse marktanalytisch wichtige Zahlenangaben, wie z. B. die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft nach kleineren Verwaltungsbezirken überhaupt nicht veröffentlicht werden. Bedenkt man weiter, welche Doppelarbeit auf diesem Gebiet immer wieder und wieder von allen marktanalytisch arbeitenden Stellen geleistet wird, so leuchtet es ein, daß ein derartiges Quellenwerk eine empfindliche Lücke ausfüllen würde. Da das Deutsche Reich etwa 953 kleinere Verwaltungsbezirke umfaßt, wäre — um Kosten zu sparen — eine Veröffentlichung der Zahlenunterlagen in der Weise denkbar, daß für jede Provinz bzw. für die einzelnen Länder derartige statistische Hefte veröffentlicht werden, die sicher Interessenten finden würden. Der Zeitpunkt ist gerade jetzt besonders günstig, da das aktuelle Zahlenmaterial der Berufs- und Betriebszählung von 1933 demjenigen der Zählung von 1925 gegenübergestellt werden kann (Strukturwandlung).

Dabei könnte noch ein übriges getan werden. Eine der bedauerlichsten Fehlerquellen für die Auswertungsmöglichkeit der deutschen Statistik liegt darin, daß kaum eine der jeweilig erforderlichen und von verschiedenen Stellen erfaßten statistischen Unterlagen sich auf die gleichen Gebietseinheiten bezieht. Politische Einheiten, Landesarbeitsamtsbezirke, Landesfinanzamtsbezirke, Zollamtsbezirke, Güterverkehrsbezirke, Eisenbahndirektionsbezirke, Reichspostdirektionsbezirke, Postscheckämter, Handelskammerbezirke, Handwerkskammerbezirke, Landwirtschaftskammerbezirke, Bezirke der Milchversorgungsverbände, Giroverbandsbezirke der Sparkassen usw. — all das weist selbständige Einteilungsprinzipien auf, die nebeneinander bestehen, so daß eine Vielzahl von Gebietseinteilungen besteht, wo keine mit der andern ganz übereinstimmt [3]). Da eine Vereinheitlichung der gesamten deutschen Statistik in absehbarer Zeit kaum durchzuführen sein wird, würde es eine gewisse Zwischenlösung bedeuten, wenn es gelingen würde, gewisse Zahlenangaben für die einzelnen Kreise, die die größeren Gebiete ausmachen, zu errechnen und so dem Praktiker die Möglichkeit zu geben, marktanalytisches Zahlenmaterial entsprechend der Eigenart seiner Absatzgebiete zusammenzustellen. Damit würde sich selbstverständlich auch der Kreis des dargebotenen Materials vergrößern lassen, für dessen Kennzeichnung die Auswahl des Nürnberger Quellenhandbuches an sich als vorbildlich angesehen werden kann. [2560]

3) Vgl. „Marktforschung und regionale Gliederung“, „Die deutsche Fertigware“. Mai 1934 S. 23.

WIRTSCHAFTSDYNAMIK

Im Novemberheft wurden die Einflüsse untersucht, welche die beiden Hauptabschnitte wirtschaftlicher Wertbildung, nämlich der Auftrieb und Ausgleich, auf Art und Ausmaß der Wertbildung selbst und damit die An- und Entspannung des eigentlichen Wertkernes (Kapital) ausüben. Hierbei war zunächst davon ausgegangen worden, daß sich die Wertbildung im Rahmen einer in sich geschlossenen Wirtschaft vollzieht.

Im nachfolgenden wird untersucht, welche Änderungen die im Novemberheft gefundenen Sätze im Rahmen einer nach außen hin verbandsweise oder zwischenstaatlich gebundenen Wirtschaft erfahren.

Fall A 14. Kapitalanspannung und Wertbildung im verbandsweise oder zwischenstaatlich geführten Wirtschaftsverkehr

Die hier zunächst ganz allgemein gemachte Unterscheidung zwischen einem verbandsweise oder zwischenstaatlich geführten Wirtschaftsverkehr ist insofern für die nachfolgenden Ausführungen von Bedeutung, als ein zwar verbandsweise, aber innerstaatlich durchgeführter Wirtschaftsverkehr die Zusammenfassung durch eine einzige Zentralbank ermöglicht. Demgegenüber fehlen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr die Voraussetzungen für eine solche einheitliche Zusammenfassung sämtlicher beteiligten Wirtschaftsträger und Wirtschaftsverbände, da jede Nationalwirtschaft ihre eigene Zentralbank und damit ihre eigenen Bewertungs- und Verrechnungsgrundlagen hat. Für die eigentliche Wertbildung der beteiligten Wirtschaften (Verbandswirtschaft oder Nationalwirtschaft) ist das insofern von Bedeutung, als dadurch insbesondere die Kreditbildung beeinflußt wird, je nachdem Zusammenfassung und Ausgleich der beteiligten Wirtschaftsträger durch eine oder mehrere Zentralbanken bewerkstelligt werden (vgl. hierzu Techn. u. Wirtsch., Heft 6/1934, S. 175 ff., wo auf die Bedeutung dieser Unterschiede hingewiesen wurde).

Die nachfolgenden Ausführungen gelten sowohl für den verbandsweise als auch für den zwischenstaatlich geführten Wirtschaftsverkehr. Von den dargestellten Beispielen geben die Abb. 1 a bis c Fälle der ersten Art, die Abb. 5 bis 8 solche der zweiten Art wieder.

In den Abb. 1 a bis c ist das bereits in früheren Beiträgen herausgearbeitete Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung, wie es nach beendetem Auftrieb in Gestalt des Sozialertrags und Sozialprodukts einschließlich des dabei entstandenen Auftriebs- und Zusatzkredites auftritt, noch einmal an Hand des im Novemberhefte dargestellten Beispieles veranschaulicht.

Abb. 1 a gibt den Endzustand im einzelnen wieder. In Abb. 1 b sind die einzelnen Wirtschaftsträger im Kreis der Ersteller zu einem Wirtschaftsträger vereint. In Abb. 1 c ist das gesamte Wertgefüge des betreffenden Wirtschaftsverbandes zu einer gleichsam höheren Einheit zusammengezogen. Die Abb. 1 b und 1 c sind somit lediglich Vereinfachungen, wobei zu beachten ist, daß auch in einer solchen vereinfachten Erfassung die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zum Ausdruck kommen, die in Abb. 1 a dargestellt sind.

Zum besseren Verständnis für den Leser ist in Abb. 2 das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung (Aufriß) noch einmal schematisch, d. h. also unabhängig vom Ausmaß im einzelnen wiedergegeben.

Im Gesamtgefüge wirtschaftlicher Wertbildung sind dementsprechend drei große Gruppen zu unterscheiden, in denen die einzelnen Werte zueinander in einer ganz bestimmten Beziehung stehen:

I. die Gruppe (Ausgleichsbereich), in der Sozialprodukt und Sozialertrag in der betreffenden Eigenwirtschaft zum Ausgleich gebracht worden sind (Feld 1: Sachkapital)

II. die Gruppe (Auftriebsbereich), in der Sozialprodukt und Sozialertrag sich in dem betreffenden Gemeinschaftsverbande noch im Auftrieb befinden bzw. in der die Wirkungen des Auftriebs in den betreffenden Eigenwirtschaften noch nicht zum Ausgleich gebracht worden sind (Feld 2 und 5 Verlustkapital bzw. Verlustkredit und Feld 3 und 4 Geldkapital bzw. Auftriebskredit)

III. die Gruppe (Zusatz- oder Giralbereich), in der aus irgendwelchen Anlässen heraus ein zusätzlicher Kredit in Gestalt einer gleichlautenden Forderung und Verpflichtung entstanden ist, ganz gleich ob er nun mit dem eigentlichen Auftriebs- oder Ausgleichsvorgang und damit dem Sozialprodukt und Sozialertrag mittelbar im Zusammenhang steht oder nicht (Feld 6 Zusatzkredit).

In jeder dieser drei Gruppen muß die Aktiv- oder Sollseite (links) im Werte stets gleich der Passiv- oder Haben-

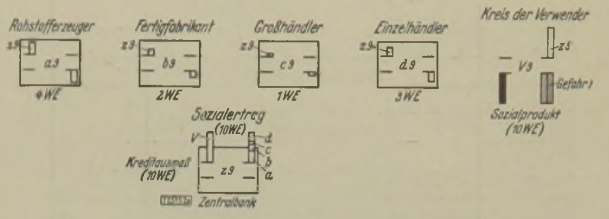


Abb. 1 a. Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung nach beendigtem Auftrieb

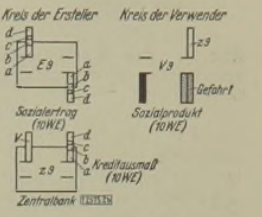


Abb. 1 b. Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung nach beendigtem Auftrieb (Kreis der Ersteller zusammengezogen)

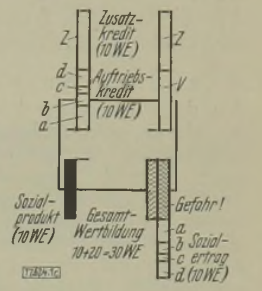


Abb. 1 c Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung nach beendigtem Auftrieb (zu einer Gesamtwirtschaft zusammengezogen)

Abb. 2 Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung in schematischer Darstellung (Aufriß)

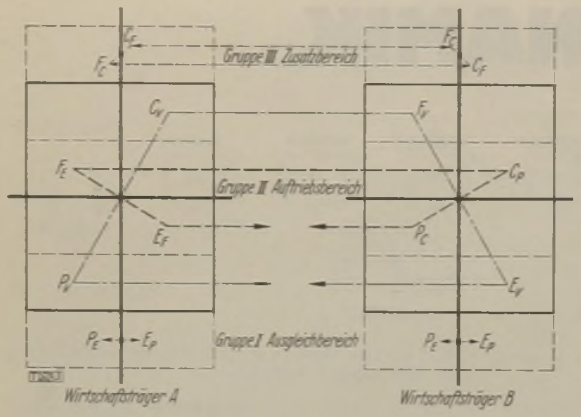


Abb. 3. Die Wertbeziehungen im Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung (Aufriß) in schematischer Darstellung

seite (rechts) sein. Und zwar gilt dies sowohl im Rahmen einer in sich geschlossenen Wirtschaft als auch im verbandsweise oder zwischenstaatlich geführten Wirtschaftsverkehr mehrerer Wirtschaften mit in sich selbständiger Verfügungsgewalt.

Für die Gruppen I und III ergibt sich die Richtigkeit der vorerwähnten Gleichung von selbst.

Gruppe I Ausgleichsbereich

Da der Gegenwert des ausgeglichenen Sozialertrags stets in einem entsprechenden Wert an einem bereits ausgeglichenen Sozialprodukt besteht und der Ausgleich nur dadurch zustande kommen kann, daß der betreffende Anteil am Sozialprodukt und Sozialertrag in einem bestimmten Haushalt oder Betrieb, d. h. also in einem Wirkungsbereich mit einheitlicher „eigener" Verfügungsgewalt vereint worden ist, muß der Wert des ausgeglichenen Sozialprodukts stets gleich dem des ausgeglichenen Sozialertrags sein.

Gruppe III Zusatzbereich

Da ein Zusatz- oder Giralkredit sowohl im Rahmen einer in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft als auch im zwischenbetrieblichen oder zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr stets nur durch die gleichzeitige Entstehung einer Forderung und Verpflichtung in jeder beteiligten Wirtschaft gebildet werden kann, muß der Wert der betreffenden Forderung immer gleich dem der betreffenden Verpflichtung sein [1]). Das gilt auch dann noch, wenn etwa durch das einseitige Löschen einer Forderung im Bereich des Verpflichteten ein Gewinn entsteht, oder wenn durch den Ausfall einer Verpflichtung der Fordernde einen Verlust erleidet. In einem solchen Falle scheidet die betreffende Forderung und Verpflichtung ganz aus dem Feld der Zusatz- oder Giralkredite aus. Sie verliert infolge der einseitigen Löschung bzw. des einseitigen Ausfalles nicht nur das Wesen des Zusatzkredits. Sie muß auch zu ihrer Deckung gegebenenfalls Wertbestandteile der Gruppe II, d. h. also des eigentlichen Auftriebsbereiches in Anspruch nehmen. So würde z. B. im Falle des Ausfalles einer Zusatzverpflichtung die entsprechende Zusatzforderung in das Feld der Verlustforderungen wandern und damit zum entsprechenden Verlustanteil im Sozialertrag werden. Auf der andern Seite würde im Falle der Löschung einer Zusatzforderung die entsprechende Zusatzverpflichtung einfach verschwinden. Die etwa mit ihrem Gegenwerte erworbenen Auftriebsforderungen oder Anteile am Sozialprodukt würden auch auf der Kapitalseite ihren Niederschlag als Geld- oder Sachkapital finden.

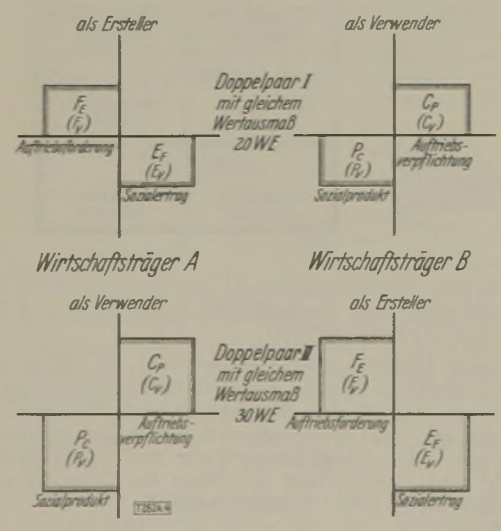


Abb. 4. Die wechselseitigen Wertpaare im Auftriebsbereich wirtschaftlicher Wertbildung (schematische Darstellung)

Gruppe II Auftriebsbereich

Demgegenüber sind die Wertbeziehungen im Gefüge der wirtschaftlichen Wertbildung innerhalb der Gruppe II, d. h. also im Auftriebsbereich, (Abb. 3) etwas verwickelter. Hier liegt nämlich der jeweilige Anteil am Sozialertrag und Sozialprodukt zunächst noch in verschiedenen Händen (Eigenbereichen) des Gemeinschaftsverbandes. Oder mit andern Worten, Sozialertrag und Sozialprodukt sind noch nicht in einer Hand zum Ausgleich gekommen und darum noch mit entsprechenden Forderungen (Sozialertrag) bzw. Verpflichtungen (Sozialprodukt) verbunden, die ihrerseits erst selber mit der Vereinigung des Sozialprodukts und Sozialertrags in einer Hand zum Ausgleich kommen müssen.

Bei den in den früheren Arbeiten dargestellten Wertbildungen (vgl. z. B. Techn. u. Wirtsch., Heft 11/1935 S. 333 Abb. 2) habe ich zunächst der besseren Übersicht wegen den Kreis der Ersteller, d. h. also den Wirtschaftsteil, in dem der Sozialertrag und die entsprechende Auftriebsforderung auftritt, dem Kreis der Verwender, d. h. also dem Wirtschaftsteil, der das Sozialprodukt gegen Übernahme einer entsprechenden Verpflichtung erworben hat, gegenübergestellt. Betrachtet man nun die Wertbildung oder das Wertgefüge einer Gesamtwirtschaft vom Standpunkte der beteiligten Einzelwirtschaften aus, so kann hier selbstverständlich jede Einzelwirtschaft sowohl zum Kreis der Ersteller als auch zu dem der Verwender gehören (Abb. 4). Das bedeutet, daß in jeder selbständigen, d. h. im eigenen Wirkungsbereich mit selbständiger Verfügungsgewalt ausgestatteten Einzelwirtschaft sowohl ein Anteil am noch nicht ausgeglichenen Sozialertrag (einschl. der dazu gehörenden Forderung) als auch ein Anteil am noch nicht ausgeglichenen Sozialprodukt (einschl. der dazu gehörenden Verpflichtung) vorhanden sein kann. Beachtet werden muß dabei allerdings, daß der Anteil am noch nicht ausgeglichenen Sozialprodukt eines Wirtschaftsträgers seinen wertmäßigen Ausgleich im Sozialertrag eines anderen und umgekehrt findet, Sozialertrag und Sozialprodukt also in ein- und demselben Wirtschaftsträger nicht — wie bei der in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft — gleich sein müssen. Das gilt auch für die dazu gehörenden Forderungen und Verpflichtungen.

Da aber anderseits Sozialprodukt und Auftriebsverpflichtung bzw. Auftriebsforderung und Sozialertrag bilanzmäßig stets als beide Seiten wertmäßig gleich beeinflussende Wertpaare auftreten, muß auch innerhalb einer Einzelwirtschaft die Summe der noch nicht ausgeglichenen Anteile am Sozialprodukt (P_C bzw. P_V) und Auftriebsforderungen (F_E bzw. F_V) gleich der Summe der noch nicht ausgeglichenen Anteile am Sozialertrag (E_F bzw. E_V) und Auftriebsverpflichtungen (C_P bzw. C_V) sein. Das gesamte Wertausmaß im Auftriebsbereich ist also auch in

[1]) Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Zusatz- oder Giralkredit entweder in einem mehr oder weniger engen Zusammenhang mit der Entstehung des Sozialertrages und Sozialproduktes stehen kann oder nicht. Im ersteren Falle, der zu den am häufigsten vorkommenden gehört, wird der Zusatzkredit insgesamt stets auch im Wertausmaße von dem entsprechenden Sozialertrag und Sozialprodukt abhängig sein (vgl. hierzu Techn. u. Wirtsch., Heft 9/1934 S. 270 ff.). Wie groß im einzelnen der Zusatzkredit wird, ist vor allen Dingen eine Schaltungsfrage, d. h. also dadurch bedingt, wieviel Wirtschaftsträger, wie z. B. Banken oder dgl., zusätzlich in die Kreditbildung eingeschaltet werden. Der letztere Fall, d. h. die Bildung von Zusatz- oder Giralkrediten ohne eine unmittelbare oder mittelbare Verbindung zum Sozialertrag und Sozialprodukt, stellt eine äußerst gefährliche und meist auch ungesunde Art und Weise zusätzlicher Kreditbildung dar, auf die im einzelnen hier nicht näher eingegangen werden kann.

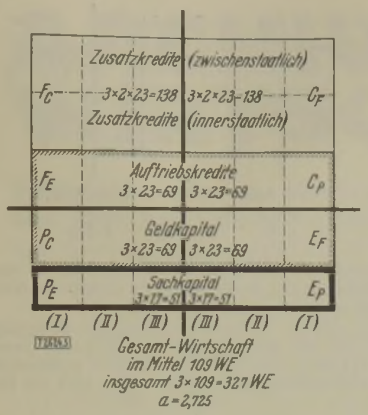


Abb. 5
Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung im Rahmen eines zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs (zu einer Gesamtwirtschaft zusammengezogen)

den Einzelwirtschaften gleich. Nur im Wertgefüge ist es umschichtig verschieden.

$$(P_C + P_V) + (F_E + F_V) = (E_F + E_V) + (C_P + C_V) \quad . \quad . \quad (1)$$

wobei zwar

$$P_C = C_P;\ P_V = C_V;\ F_E = E_F;\ F_V = E_V$$

ist, aber für die im Gemeinschaftsverbande stehende Einzelwirtschaft

$$P_C \gtrless E_F;\ P_V \gtrless E_V;\ F_E \gtrless C_P;\ F_V \gtrless C_V \text{ sein kann.}$$

Erst wenn die vorhandenen Einzelwirtschaften zu einer in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft zusammengezogen werden, die keinerlei Wertbeziehungen nach außen unterhält, erst dann wird das vorhandene Sozialprodukt (P_C bzw. P_V) gleich dem vorhandenen Sozialertrag (E_F bzw. E_V) und die entsprechenden Auftriebsforderungen (F_E bzw. F_V) werden gleich den entsprechenden Auftriebsverpflichtungen (C_P bzw. C_V).

Zum besseren Verständnis der hier behandelten Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind in Abb. 3 die betreffenden Wertbeziehungen zweier Wirtschaftsträger A und B dargestellt. Um das Bild nicht undeutlich werden zu lassen, ist im eigentlichen Auftriebsfelde (Feld 3 und 4 der Abb. 2) nur die eine Wertbeziehung ($E_F - F_E$; $C_P - P_C$) wiedergegeben, während im Verlustfelde (Feld 2 und 5 der Abb. 2) nur die andere Wertbeziehung ($P_V - C_V$; $F_V - E_V$) eingezeichnet ist. In Wirklichkeit können selbstverständlich in jedem Wirtschaftsträger beide Arten von Wertpaaren vorkommen.

Zusammengefaßt muß also für den Wertbildungsbereich eines einzelnen Wirtschaftsträgers gegenüber dem einer in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft (vgl. Novemberheft S. 335 Zusammenfassung Ziffer 1 bis 4) festgestellt werden:

1. Das vorhandene Wertausmaß (Kapital und Kredit) ist auch hier gleich dem Gesamtwert der an den Wirtschaftsträger gebundenen Anteile am Sozialprodukt und Forderungen einschl. der etwa in ihnen enthaltenen Verluste.

2. Das vorhandene Gesamtkapital muß aber nicht gleich dem Gesamtwert der vorhandenen Sachgüter sein, sondern kann mehr oder weniger als dieser betragen. Oder mit andern Worten im Wertbildungsbereich des einzelnen Wirtschaftsträgers muß das Geldkapital, d. h. also der noch nicht zum Ausgleich gebrachte Anteil am Sozialertrag, nicht gleich dem auf der andern Seite vorhandenen Anteil am Sozialprodukt sein. Es kann auch größer oder kleiner als dieser werden, je nachdem wie gerade der Wertbildungsvorgang verlaufen ist. Das gilt entsprechend für die an den Ertrag bzw. das Produkt gebundenen Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Für die Leser der „Wirtschaftsdynamik" bietet diese Feststellung durchaus nicht etwas Neues. Denn sie ist von mir bereits ganz im Anfang meiner Arbeiten wie folgt ausgesprochen worden (vgl. Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1934 S. 19, B. Schlußfolgerungen Ziffer 4):

„Im einfachen Lieferungs- und Zahlungsverkehr einer in sich geschlossenen Wirtschaft kann, aber muß nicht die Summe der jeweils vorhandenen Vorräte an Gut (Ware) bzw. Geld gleich den entsprechenden anteiligen Gegen-

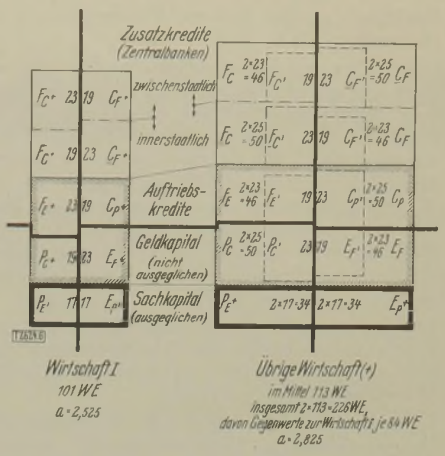


Abb. 6. Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung im Rahmen eines zweiseitigen zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs

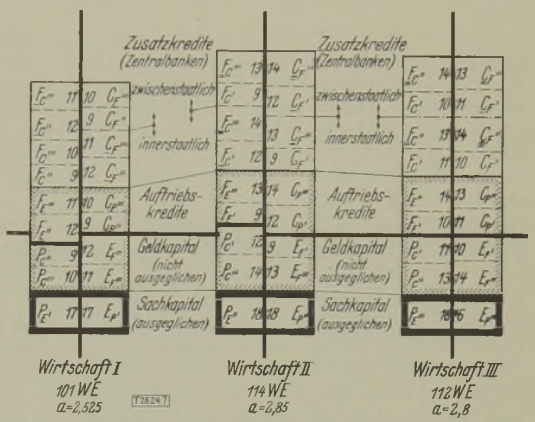


Abb. 7. Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung im Rahmen eines dreiseitigen zwischenstaatlichen Wirtschaftverkehrs
Die Strichangaben hinter den Buchstabenbezeichnungen weisen auf die Wirtschaftbereiche hin, mit denen gemeinsam jeweils die Wertbildung erfolgte. Da jede Wirtschaft über eine eigene Zentralbank verfügt, ist der Zusatzkredit stets gleich der Summe der gegebenen und beanspruchten Auftriebskredite

werten des vorhandenen Eigenkapitales sein. In der Abweichung der betreffenden Deckungsverhältnisse drückt sich eines der wichtigsten Gefahrenmomente der Wirtschaft aus."

Auch in den nachfolgenden Arbeiten habe ich wiederholt auf diese so wichtige Tatsache der im Wertzustand abweichenden Deckungsverhältnisse und der damit verbundenen Gefahren hingewiesen, die um so bedeutsamer sind, als sie bisher in der Wirtschaftslehre nicht genügend beachtet wurden.

Gleichzeitig mit dem Einblick in diese der wirtschaftlichen Wertbildung eigentümlichen Zusammenhänge und Wechselwirkungen wird aber dem Leser hierdurch auch klar, warum bei der Ermittlung der den Gesamtzustand des Wertgefüges kennzeichnenden Kapitalanspannung das Eigenkapital, d. h. also der dem betreffenden Wirtschaftsträger gehörende Anteil an den bisherigen Sozialerträgen, zugrunde gelegt werden muß und nicht das Wertausmaß der an den einzelnen Wirtschaftsträger jeweilig gebundenen Gegenstände. Stellt doch, wertmäßig gesehen, das Eigenkapital sowohl vom Standpunkt der Einzelwirtschaft als auch von dem der Gesamtwirtschaft, den eigentlichen Kern jeder wirtschaftlichen Wertbildung gerade im Auftrieb dar und damit die zwar an sich veränderlichen, trotzdem aber jeweils gegebenen, also nicht beliebig festzusetzenden Grenzen, in denen sich, vom Auftrieb aus gesehen, später einmal der Ausgleich zu vollziehen hat. Demgegenüber bedeuten die im Auftriebe zunächst meist nur vorübergehend an den einzelnen Wirtschaftsträger gebundenen Gegenstände gleichsam nur den dinglichen Inhalt des gesamten Wertausmaßes eines Wirtschaftsverbandes, ohne daß damit schon gesagt werden könnte, ob und

inwieweit sie der inneren Bindung nach zum Eigenkapital zu rechnen sind oder nicht.

Gegenüber einem zwar verbandsweise, aber doch innerstaatlich, d. h. also mit nur einer Zentralbank [2]), geführten Wirtschaftsverkehr weist ein zwischenstaatlicher Wirtschaftsverkehr nur insofern eine Abweichung auf, als zu der innerstaatlichen Wertbildung (Kapital- und Kreditbildung) noch die zwischenstaatliche Wertbildung tritt, die sich neben den hier zunächst nicht zu berücksichtigenden Wertverhältnissen der einzelnen Währungen vor allem in einer zusätzlichen zwischenstaatlichen Kreditbildung durch die beteiligten Zentralbanken äußert.

In den Abb. 5 bis 7 sind für einen zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr die Auswirkungen dargestellt, welche sich im Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung durch diesen Wirtschaftsverkehr ergeben.

In Abb. 5 sind die einzelnen Wirtschaftsträger zu einer in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft zusammengezogen. Die Wertbildung der einzelnen Wirtschaftsträger ist nur im Durchschnitt errechnet, so daß der Einfluß jedes einzelnen nur im ganzen, nicht aber im einzelnen zum Ausdruck gelangt.

In Abb. 6 ist ein Wirtschaftsträger (I) aus dem Ganzen heraus genommen und seiner Wertbildung bzw. seinem Wertgefüge entsprechend der „übrigen" Wirtschaft gegenübergestellt. Dabei ist die Wertbildung bzw. das Wertgefüge der letzteren wiederum im Durchschnitt ermittelt, so daß hier also zunächst nur der Einfluß aus den Zusammenhängen und Wechselwirkungen mit Wirtschaft I deutlich wird.

In Abb. 7 sind drei Wirtschaftsträger einander gegenübergestellt, die wechselseitig miteinander in Beziehung stehen (vgl. auch das Schema in Abb. 3 und 4).

In sämtlichen Abbildungen ist zunächst darauf verzichtet worden, die wechselseitigen Auftriebsforderungen und Auftriebsverpflichtungen untereinander zum Ausgleich zu bringen. Erfolgt dies, so würde die Anspannung (a) entsprechend niedriger sein (vgl. Abb. 8).

Aus Abb. 5 gehen die bereits im Novemberheft dargelegten und oben nochmals erwähnten Wertbeziehungen innerhalb einer in sich geschlossenen Gesamtwirtschaft deutlich hervor. Da in allen Teilen alles erfaßt und zum Gesamtwertgefüge zusammengezogen wird, müssen im Auftriebsbereich die vorhandenen Auftriebsforderungen und Auftriebsverpflichtungen nicht nur unter sich gleich, sondern auch gleich dem vorhandenen Sozialprodukt und Sozialertrag sein, die damit wiederum selbst gleich sind. Das gilt aber, wie gesagt, nur für den Auftriebsbereich einer in sich geschlossenen Wirtschaft, die in der Wirklichkeit heute nur mehr in Gestalt der gesamten Weltwirtschaft besteht, nicht aber für den Auftriebsbereich von einzelnen mit einander im Leistungsaustausch stehenden Verbands- oder Nationalwirtschaften. Zwar kann man auch bei diesen die in sich geschlossenen Wertbildungsvorgänge von den nach außen gebundenen trennen. Nur darf man die Auswirkung der letzteren nicht übersehen, wenn man die gesamte Wertbildung bzw. das gesamte Wertgefüge untersuchen und beurteilen will.

Aus Abb. 6 wird bereits die eigentümliche Verlagerung zwischen den in den einzelnen Wirtschaftsteilen (Wirtschaft I und übrige Wirtschaft) vorhandenen Anteilen am Sozialprodukt und Sozialertrag ersichtlich. So ist z. B. in der Wirtschaft I eine Unterdeckung an Sozialprodukten gegenüber dem Sozialertragsanteil vorhanden, woraus hervorgeht, daß die „übrige Wirtschaft" einen größeren Wertbetrag an von der Wirtschaft I erstellten Sozialprodukten übernommen hat als umgekehrt. Das wirkt sich weiterhin in einem entsprechenden Mehr (Wirtschaft I) bzw. Weniger (übrige Wirtschaft) der Auftriebs- bzw. Zusatzforderungen gegenüber den Verpflichtungen aus [3]).

In der Abb. 7 sind in den drei Einzelwirtschaften alle Deckungsmöglichkeiten dargestellt, welche bei einem zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr im Auftriebs- bzw. Zusatzbereich vorkommen können.

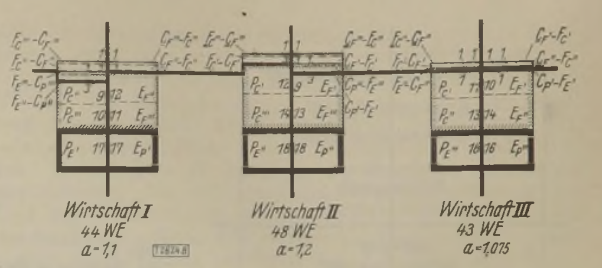


Abb. 8. Das Gefüge wirtschaftlicher Wertbildung wie Abb. 7, nur unter wechselseitigem Ausgleich der Auftriebs- und Zusatzkredite über die Zentralbanken der einzelnen Wirtschaften

Die Auftriebs- und Zusatzkredite sind hier insoweit gegeneinander verrechnet und zum Ausgleich gebracht, als sie zum Bereiche derselben Wirtschaftspaare gehören. Die Restkredite sind besonders vermerkt. Der zustande gekommene Ausgleich hat eine starke Kapitalentspannnng (a) gebracht. Vgl. auch die Erläuterung zu Abb. 7

In der Wirtschaft I ist der Sozialertrag noch z. T. durch Forderungen gedeckt, also z. T. noch Geldkapital. In der Wirtschaft II übersteigt der vorhandene Anteil am Sozialprodukt den Sozialertrag. Ein Teil des Sozialproduktes muß also noch den Weg in andere Wirtschaften (hier I) finden, um den Ausgleich zustande bringen zu können. In Wirtschaft III deckt sich der Anteil des Sozialprodukts mit dem des Sozialertrags. Das bedeutet, daß wertmäßig hier unter gewissen Voraussetzungen ein Ausgleich zustande gekommen sein kann. Dabei liegen die Voraussetzungen vor allem in der wechselseitigen Ausgleichsmöglichkeit der ursprünglichen Forderungen und Verpflichtungen gegenüber der Wirtschaft I und II, und zwar nicht nur gegenüber I oder II im einzelnen genommen, sondern auch durch Ausgleich der Restverpflichtung gegenüber I in Höhe von 1 WE mittels Abtretung der Restforderungen gegenüber II in gleicher Höhe (Abb. 8). Die Ausgleichsmöglichkeit hängt hier also von der Wertbeziehung der beiden Fremdwirtschaften ab und damit von Einflüssen, die sich der Verfügungsgewalt der Wirtschaft III entziehen, den zwischenstaatlichen Handel in solchen Spitzen aber vom nationalen Standpunkt um so wichtiger machen.

Selbstverständlich muß ein derartiger einmal zustande gekommener Ausgleich nicht endgültig sein. Wechselt ein Anteil am Sozialprodukt den Besitzer, indem er etwa aus dem Bereiche der Wirtschaft III wieder in den einer andern Wirtschaft wandert, so beginnt das Spiel des Wertbildungsvorganges von neuem, nur daß nunmehr der ursprüngliche Vorgang einer Neuwerterstellung durch den sekundären einer Altwertverlagerung abgelöst wird (vgl. Techn. u. Wirtsch., Heft 5/1935 S. 142).

In allen Darstellungsformen der Abb. 5 bis 8 spielt der von dem jeweiligen nicht zum Ausgleich gebrachten Sozialprodukt und Sozialertrag abhängige Zusatzkredit eine bedeutsame Rolle. Aus der Zusammenfassung jeder einzelnen Wirtschaft durch eine Zentralbank entsteht der innerstaatliche Zusatzkredit. Durch die Lenkung der zwischenstaatlichen Wertbildung über die betreffenden Zentralbanken tritt hierzu der zwischenstaatliche Zusatzkredit, damit gleichzeitig aber die Möglichkeit, wie im innerstaatlichen Wirtschaftsverkehr auch im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr die Kreditbildung wechselseitig zum Ausgleich zu bringen. Die Folge ist eine erhebliche Entspannung im Gesamtgefüge wirtschaftlicher Wertbildung und eine Beschränkung des Gefahrenmomentes, da die im Auftrieb entstandenen Verflechtungen rechtzeitig wieder gelöst werden können (Abb. 8).

Es wird Aufgabe späterer Arbeiten sein, die hier gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich ihrer praktischen Verwendbarkeit im Rahmen unserer Volks- und Betriebswirtschaft zu untersuchen. *Bredt* [2624]

[2]) In diesem Zusammenhange wird darauf hingewiesen, daß die Zentralbank gleichsam den staatlichen Hoheitsträger im Rahmen der wirtschaftlichen Wertbildung darstellt.

[3]) In der Abb. 6 sind die Gegenwerte gegenüber der Wirtschaft I im Bereiche der „übrigen Wirtschaft" durch gestrichelte Felder mit den entsprechenden Zahlenangaben des besseren Verständnisses wegen vermerkt.

Druckfehlerberichtigung

zur „Wirtschaftsdynamik" Fall A 13 (Techn. u. Wirtsch., Heft 11/1935, Seite 334, Gleichung 5).

Infolge eines Versehens ist der zweite Teil der Gleichung 5 unrichtig wiedergegeben worden. Es muß richtig heißen:

$$E_{\text{verfügbar}} = E_{\text{rein}} - V = E - (E_V + V) = E_F + E_P - V \quad (5).$$

Wir bitten um entsprechende Berichtigung. Die Herausgeber

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Beispiele einfacher Kostenermittlungen aus dem betriebswirtschaftlichen Schrifttum

Von Diplom-Kaufmann HELMUT NORDEN, Berlin

Wir haben bereits im Heft 6 (1935) S. 171 ff. einen Beitrag über fehlerhafte Industriekalkulationen gebracht, der eine Reihe von Beispielen aus der Praxis enthielt. Im nachfolgenden geben wir abermals einige Beispiele der Kostenrechnung wieder, welche im Laufe der letzten Monate im betriebswirtschaftlichen Schrifttum veröffentlicht worden sind.
Die Herausgeber

Das betriebswirtschaftliche Schrifttum über Fragen der Kostenrechnung ist in den vergangenen Jahren immer umfangreicher geworden. Dennoch sind noch immer die Schriften selten, die für den Unternehmer selbst geschrieben sind und diesem brauchbares Lehrmaterial und Beispiele mit Vergleichsmöglichkeiten bieten. Es liegt nahe, anzunehmen, daß die Buch- und Zeitschriftenliteratur auch aus dem Grund wenig für die so notwendige Unterweisung der Leiter von Betrieben beigetragen hat, weil das bearbeitete Material nicht den Verhältnissen der Praxis entnommen war oder aber die Abhandlungen sich mit einer allgemeinen Erörterung der Fragen begnügten. Für den betriebswirtschaftlich nicht geschulten Leser ist in jedem Fall die sich an praktische Ergebnisse anknüpfende Behandlung von Fragen der Kostenerfassung und -verrechnung geeigneter, da ihm auch so die Möglichkeit des Vergleichs mit dem eigenen Betrieb oder seiner Branche gegeben wird.

Die Schwierigkeit bei der Veröffentlichung von den Betrieben entnommenen Zahlen ist naturgemäß aus Gründen der Geheimhaltung innerbetrieblicher Ergebnisse groß, dennoch bringt das betriebswirtschaftliche Schrifttum des öfteren genauere Angaben, die der Praxis entnommen sind, und es soll versucht werden, an einigen von ihnen für kleine und große Betriebe Verfahrensweise und Einzelergebnisse der Kostenrechnung zu schildern.

Der Kleinbetrieb

Die Kostenrechnung im allgemeinen dient in vielen Fällen der Überwachung des Betriebes. Für kleine und kleinste Betriebe trifft das, wenn schon eine Art Kostenrechnung oder -beobachtung zu finden ist, fast immer zu. Die Kontrolle ergibt sich bei ihnen zumeist aus dem Vergleich mit sich selbst; einen solchen Vergleich eines Betriebes mit seinen Ergebnissen aus andern Zeiträumen nennt die Literatur einen Zeitvergleich. Es werden z. B. die einzelnen Arten der Kosten (Löhne, Material, Steuern usw.) getrennt erfaßt und ihr Anteil an den Gesamtkosten errechnet. Liegen Zahlen für weiter zurückliegende Zeiträume vor, so läßt sich aus diesen Zahlen vieles ersehen, manche Mißstände können aufgedeckt werden, die sonst nie sichtbar geworden wären. Man erhält aber gleichfalls einen guten Einblick in die Arbeitsweise des eigenen Betriebes, wenn man die so gewonnenen Zahlen mit denen anderer Betriebe vergleicht. Das Ergebnis eines solchen Vergleichs von Betrieben untereinander bringt ein Aufsatz von Albrecht[1]) über das Bäckerhandwerk.

Es liegen Zahlen aus Bäckereibetrieben der Großstadt, der Provinz und der ländlichen Gebiete vor. Die Angaben sind den Umständen entsprechend (die Unterlagen in derartigen Betrieben sind einfach und müssen erst aufeinander abgestuft werden) zu verwerten. Das Verfahren wird namentlich in den ländlichen Bäckereien derart gewesen sein, daß für einen bestimmten Zeitraum nachträglich die einzelnen Unkostenposten aus vorhandenen Büchern ausgezogen oder anderweitig festgestellt worden sind. Es ergibt sich dann folgendes:

[1]) *W. Albrecht.* Kostenanalyse im Bäckerhandwerk. Der praktische Betriebswirt 1935 S. 806.

Zahlentafel 1

Ergebnis der Kostenanalyse in 12 Bäckereibetrieben

(Kosten in % vom Umsatz)

Betrieb Nr.	Material	Arbeit	Miete	Kohlen	Steuern	Unterhaltung	Verpackung	Sonstiges	Überschuß	Umsatz in 1000 RM
1	55,0	18,0	4,4	1,9	2,0	1,5	1,4	3,8	12,0	66,1
2	63,9	11,7	3,6	2,3	1,1	2,3	1,8	2,0	11,3	66,0
3	57,8	11,5	9,2	4,6	2,0	0,6	1,0	1,6	11,7	24,1
4	60,2	6,3	13,2	3,9	1,3	0,5	1,2	2,0	11,4	19,4
5	71,2	7,3	4,9	2,7	1,4	1,2	0,8	3,2	7,3	23,3
6	70,3	9,3	4,2	2,4	1,0	1,8	0,6	4,2	6,2	21,0
7	60,7	15,1	7,5	1,7	1,7	0,8	1,0	1,5	10,0	20,4
8	65,7	5,8	6,6	3,2	0,9	2,2	0,3	4,5	10,8	15,7
9	77,8	1,5	5,1	2,1	1,0	1,0	0,5	5,0	6,0	14,8
10	76,8	7,8	1,5	1,2	0,8	2,1	0,5	2,9	6,4	24,3
11	82,9	0,2	6,5	2,3	0,5	0,8	0,2	8,4	—1,8	24,3
12	80,2	6,0	2,8	3,0	1,0	1,8	0,3	7,3	—2,4	36,7

Die Abweichungen der Ergebnisse sind z. T. dadurch begründet, daß die Umsatzzusammensetzung, die erzielten Preise und die Arbeitsverfahren verschieden sind, z. T. werden sie an den Unterlagen bzw. an der Art der Berechnung liegen. In diesen Rechnungen ist immer eine Berichtigung derart angebracht, daß man z. B. die Kosten für die Arbeit von Familienangehörigen als Löhne einsetzt (in den Betrieben Nr. 9 und 11) und andere offenbare Fehler ausgleicht. Alles in allem sind aber Analysen dieser Art dann aufschlußreich, wenn man den Gründen der Unterschiedlichkeit nachgeht. Beim oben schon besprochenen Zeitvergleich ist es vor allem notwendig, den Schwankungen der Umsatzhöhe und der Preise, sowohl der Verkaufs- als auch der Materialpreise und der Löhne Rechnung zu tragen.

Die Zahlentafel 1 soll nicht als Muster dienen, vielmehr soll sie zeigen, wie schon mit den einfachsten Mitteln eine Gelegenheit geschaffen werden kann, eine Übersicht über die Betriebsentwicklung zu gewinnen. Betriebe, die nichts dergleichen haben und sich nur auf ihre buchhalterischen Abschlüsse stützen, können in dieser Richtung zu arbeiten anfangen. Es gibt auch größere Betriebe, die sich, allerdings sehr zu Unrecht, lediglich auf einen Kostenartenvergleich der dargestellten Art stützen. Bei Betrieben, in denen die Fertigungsleistung der Herstellung etwa dem Umsatzwert entspricht, ist gegen die Beziehung der Gesamtkosten auf den Umsatz nichts einzuwenden. Anders dagegen dort, wo die Fabrikation zu einem wesentlichen Teil auf Lager arbeitet. Hier ist zu berücksichtigen, daß die während eines Zeitraumes aufgelaufenen Kosten nicht mit dem Umsatzwert vergleichbar sind, da dieser bedeutend über oder unter der Leistung der Herstellung liegen kann. Der Umsatz ist größer, wenn der Lagerbestand der Herstellung im Berichtszeitraum abgenommen hat, und kleiner, wenn der Bestand gestiegen ist. In solchen Fällen wäre die Abweichung zwischen Fabrikationsleistung und Umsatz bzw. die dadurch bedingte Kostenverschiebung in den Herstellungs- und Handlungskosten zu berücksichtigen.

Die Zahlen der Zahlentafel 1 geben das Ergebnis des Kostenaufbaues wieder, welcher u. U. zur Berechnung der Herstellkosten (Preise) Verwendung finden kann. Eine Kalkulation stellt der handwerkliche Betrieb nicht an, da ihm die Preise ganz oder für die wichtigsten Umsatzgruppen vorgeschrieben sind. Wollte er kalkulieren, so würde er in obigem Beispiel, in dem Material- und Lohnkosten in der Summe um 75 % der Gesamtkosten schwanken, diese Kosten errechnen und auf das Erhaltene einen Zuschlag von 33⅓ % nehmen und so zu seinen Herstellkosten gelangen.

Der größere Betrieb mit einheitlicher Fertigungsart

Unter Umständen ist auch in größeren Betrieben das Verfahren nicht anders, nur wird zur Erfassung der Unterlagen eine größere Vorarbeit zu leisten sein. Ein Betrieb

mit einfacher Fertigungsweise, wo es sich in der Hauptsache nur um einen einzigen Arbeitsgang handelt, wird gleichfalls die für das Erzeugnis meßbaren Kosten sammeln und einen Aufschlag auf diese für die übrigen Kosten des Betriebes und der Handlung in Ansatz bringen.

Die Materialkosten ergeben sich zumeist ohne Schwierigkeiten aus den vorhandenen Festlegungen. Aus Rezepten, Arbeitsanweisungen und andern Unterlagen entnimmt man die mengenmäßigen und aus Rechnungen und Einkaufskartotheken die wertmäßigen Angaben. Weniger einfach ist dagegen oft die Errechnung der Arbeitskosten. Hier ist es sehr ratsam, im Laufe der Zeit Unterlagen zu sammeln, aus denen die Leistungen der maschinellen oder der menschlichen Arbeit hervorgehen. Diese kann man dann leicht der Kostenrechnung, aber auch den innerbetrieblichen Abrechnungen anderer Art dienstlich machen. Ein Beispiel aus einem Aluminiumfolien herstellenden Betrieb[2]) soll zeigen, wie Unterlagen für die Errechnung der Arbeitskosten für das Schneiden von Folien gesammelt werden (s. Zahlentafel 2).

Diese Leistungsübersicht ergibt die Arbeitskosten für das Schneiden je 100 kg Folie dadurch, daß der Durchschnittssatz für die hergestellten Mengen laufend einer Kontrolle unterzogen wird. Dadurch wird es möglich, aus den stets schwankenden Arbeitsleistungen, die sowohl bei Hand- als auch bei Maschinenarbeit vorhanden sind, eine Berechnungsgrundlage zu gewinnen.

Gegen die Form der Ermittlung ist manches zu sagen, vor allem aber, daß es in solchen Fällen immer ratsam ist,

[2]) Unterlagen zur Zahlentafel 2 und 3 sind entnommen: *Otto Dietrich*, Die Selbstkostenrechnung und kurzfristige Erfolgsrechnung in Aluminiumfolienwalzwerken. Zeitschr. f. handelswissenschaftliche Forschung 1934. Heft 9 und 10.

Zahlentafel 2
Leistungsermittlung einer Rollen-Schneidemaschine

Datum	Papierart	Stärke g	Zahl der Rollen	Rollenbreite mm	Gesamt kg	Maschinenstunden	Lohnstunden	Lohnbetrag RM
4. 8.	Duplex	250	10	420	643,0	8½	15	7,87
5. 8.	„	250	4	230	132,0	2	2	1,58
6. 8.	„	240	2	300	110,0	1½	1½	1,20
7. 8.	„	28	2	330	75,5	1	1	0,75
9. 8.	„	170	12	400	490,0	7½	7½	8,50
10. 8.	Tabakpapier	60	4	480	280,0	3½	3½	2,70
11. 8.	„	100	31	330	1708,0	18	18	14,02
	Insgesamt	—	—	—	3438,5	42	48½	36,62
					100			1,07

nicht auf die Errechnung des Lohnbetrages je Arbeitsgang, sondern der Stundenleistung bzw. Stundenkosten abzuzielen. Bei der Errechnung der Maschinenstundenkosten stützt man sich am besten auf die Ermittlung der Maschinenstundenleistung (kg/Std.) und arbeitet mit einem Stundenkostensatz der Maschine (Zahlentafel 3).

In der Zahlentafel 3 ist dargestellt, wie in dem betr. Werke die restlichen Kosten der Herstellung sowie die Handlungskosten monatlich erfaßt und zur Festlegung eines Unkostenzuschlages herangezogen werden. Man bezieht die Summe der Posten auf die produktiven Löhne und rechnet bei der Kostenermittlung mit dem sich ergebenden Satz. Die Form dieser Erfassungs- und Verarbeitungsart der Unkosten kann in einigen Punkten verbessert werden. Bedenken muß man haben, wenn die Handlungsunkosten mit der vollen Höhe der Abschreibungen belastet werden. Von diesen hat der Betrieb den weitaus größten Anteil zu tra-

Zahlentafel 3. Ermittlung der Betriebs- und Handlungsunkosten, Monat Februar 1931

Betriebsunkosten	
Strom ohne Walzerei	3 634,10
Gas	552,90
Wasser	57,10
Kohlen, Koks für Heizung	87,70 / 110,00
Waschmittel	64,40
Zylinderöl	217,30
Lösungsmittel	125,00
Spiritus	3,80
Staufferfett	6,40
Kistenbretter	215,00
Putzlappen	147,50
Flanell	235,60
Nägel	105,20
Strohdeckel	359,30
Lederdeckel	271,60
Stahlhülsen	273,70
Verschiedene Materialien	275,20
Kugellagerbronze	201,20
26 weitere Positionen mit meist kleineren Beträgen	1 306,30
Autoöl, Benzin, Kleine Reparaturen für Lieferwagen	134,00 / 865,80 / 28,40
Elektrische Artikel	40,00
Reparaturen	
Walzen schleifen	1 604,80
Messer schleifen	391,20
Klischees	1 423,90
Maschinenreparaturen	196,40
Stanzmesser	111,00
Wächterkontrolle	160,00
Betriebsutensilien	17,60
Verschiedene Auslagen	1 000,00
Berufsgenossenschaft	3 503,00
Unproduktive Löhne	9 479,10
Soziallasten auf Löhne	1 672,60
Gehälter für Meister	2 456,00
Soziallasten auf Gehälter	276,30
Miete	4 166,80
Betriebsunkosten	35 776,20
Produktive Löhne	35 254,41
Betriebsunkosten	101 %

Handlungsunkosten	
Unkosten für Personenwagen	1 872,00
Büroutensilien	333,00
Schreibmaschinenpflege	19,50
Kleine Auslagen	679,50
Reklame, Anzeigen, Zeitungen	556,50
Telephon	411,00
Porto	1 120,50
Steuer	3 423,00
Ein- und Ausgangsfrachten	4 156,50
Versicherungsprämien	78,50
Reisespesen	3 345,00
Bankzinsen und -spesen	1 617,00
Zinsen aus Darlehen	2 152,50
Skonto und Diskont	1 822,50
Diskont auf eigene Akzepte	3 850,50
Provisionen	5 416,50
Abschreibungen	12 252,40
Zoll	1 450,50
Gerichts- und Anwaltskosten	202,50
Verbände	919,00
Arbeitgeberverband	106,50
Gehälter	9 495,00
Soziallasten auf Gehälter	226,50
Handlungsunkosten	55 506,40
Produktive Löhne	35 254,41
Handlungsunkosten	157 %
Betriebsunkosten	35 776,20
Handlungsunkosten	55 506,40
Gesamtunkosten	91 282,60
Produktive Löhne	35 254,41
Generalunkosten	258 %

gen. Da im vorliegenden Fall aber die Summe der Unkosten weiterverarbeitet wird, wird sich diese Verschiebung zwischen Handlungs- und Betriebsunkosten zahlenmäßig nicht auswirken. Ferner empfiehlt es sich, in der Praxis dort Unkostenposten zusammenzufassen, wo das ohne Beeinflussung der Brauchbarkeit des Ergebnisses zur besseren Übersicht beiträgt. In obigem Schema ist es nicht notwendig, die vielen kleinen Posten des Hilfsmaterials getrennt auszuweisen (in Zahlentafel 3 schon zusammengezogen). Weiter ist es besser, sich auf eine möglichst große Berechnungsgrundlage zu stützen. Der geringe Lohnaufwand verursacht hier den sehr hohen Unkostenzuschlag von 258 %.

Im allgemeinen ist es in Betrieben mit einheitlicher Fertigungsweise möglich, mit nicht differenzierten Unkostensätzen zu arbeiten. Sobald aber der Arbeitsgang sich aus verschiedenen, z. T. aufeinanderfolgenden Stufen zusammensetzt, sind Hilfsmittel notwendig, um den einzelnen Arbeitsgang mit den Unkosten zu belasten, die ihm zukommen.

Der größere Betrieb mit unterschiedlicher Fertigungsart

Kommen unterschiedliche Arbeitsgänge in einem Betriebe vor, so ist es notwendig, jede Unterabteilung für sich, gleichsam als einen geschlossenen Betrieb zu behandeln (Kostenstellenrechnung). Über die verschiedenen Verfahren der Kostenstellenrechnung unterrichtet die umfangreiche Literatur. Im allgemeinen erfaßt man entweder auf buchhalterischem oder auf statistischem Wege die anfallenden Kosten für die Unterabteilungen getrennt, stellt ihnen die Leistung gegenüber und ermittelt so die Kosten der Leistungseinheit. Das Ergebnis ist eine Aufteilung nicht nur der Gesamtkosten, sondern auch der Kostenarten auf die Unterabteilungen.

Rummel[3]) legt ein Verfahren dar, das lediglich die Arbeitszeit für die Unterabteilungen getrennt erfaßt, die einzelnen Kostenarten aber nicht. Diese werden nur für den Betrieb als Ganzes berechnet, was eine bedeutende Vereinfachung bedeutet, aber zur Voraussetzung hat, daß der betreffende Betrieb in den einzelnen Abteilungen mit verhältnismäßig gleichbleibender Besetzung bzw. gleichbleibenden Aufwendungen arbeitet. Es kommt darauf an, daß bei schwankendem Beschäftigungsgrad die Auswirkungen sich in möglichst proportionaler Weise auf die einzelnen Unterabteilungen (Gruppen) verteilen. Dargelegt wird das Verfahren an den Verhältnissen eines Betriebes, der mit einer großen Anzahl unterschiedlicher Maschinen (je ein Mann Besetzung) arbeitet.

Zunächst wird in einer nur einmaligen Rechnung für einen längeren Zeitraum im voraus das Verhältnis der Kostenarten (Löhne, Soziallasten, Werkzeuge usf.) bei den verschiedenen Maschinengruppen zueinander nach Zahlentafel 4 festgelegt. Unterlagen dazu sind den kostenstatistisch zu verarbeitenden Ergebnissen der Vormonate zu entnehmen. Die Summe der einzelnen Kostenarten je Stunde oder Zeiteinheit wird auf die einzelnen Maschinengruppen verteilt und sodann zu dem mit 1 anzunehmenden Ergebnis einer Grundgruppe (im Beispiel „Mittlere und kleinere Drehbänke") in Beziehung gebracht (Zahlentafel 4).

[3]) *K. Rummel*, Grundlagen der Selbstkostenrechnung. Düsseldorf 1934.

Zahlentafel 4. Maßzahlen für die Höhe der Kostenarten verschiedener Maschinengruppen

Nr.	Gruppe	Hauptlöhne	Hilfslöhne	Soziallasten	Werkzeug	Energie- und Hilfsstoffe	Anteile an fremden Betrieb
1	Große Drehbänke	1,3	3,6	1,2	1,2	5,2	6,2
2	Mittlere u. kleinere Drehbänke	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
3	Große Hobelbänke	1,3	4,6	1,2	3,8	6,1	8,3
4	Mittl. u. kleinere Hobelbänke	1,3	1,3	1,2	2,3	1,2	1,5
5	Bohrmaschinen	1,2	1,0	1,1	1,3	1,6	1,0
6	Große Fräsbänke	1,0	1,1	1,0	0,4	1,2	1,1
7	Spezialfräsbänke	1,3	1,2	1,2	2,5	1,1	1,4
8	Schlosserei	1,2	0,7	1,1	0,4	0,3	0,4
9	Schweißerei	1,3	2,8	1,2	0,4	15,2	4,7

Diese Maßzahlen werden dazu benutzt, um die unterschiedliche Höhe der Kostenarten je Stunde auszugleichen. Da z. B. in der Schweißerei die Kosten für Hilfsstoffe besonders hoch sind, tragen sie den Faktor 15,2, so daß statt mit einer Stunde mit 15,2 Stunden oder statt mit 100 Stunden mit 1520 Stunden gerechnet wird. Aus Zahlentafel 5 ergeben sich dann unter Berücksichtigung der Ist-Stunden der Abteilungen und der Summe der Kostenarten die Stundenkosten je Kostenart im Durchschnitt aller Gruppen. Nachdem so die Stundenkosten im Durchschnitt, getrennt nach den Kostenarten festliegen, ergeben sich aus der Multiplikation der Sätze mit den Maßzahlen die Kosten der Gruppe je Stunde. Für die Gruppe „Große Drehbänke" wäre wie folgt zu rechnen (Zahlentafel 6).

Zahlentafel 6. Kosten der Gruppe „Große Drehbänke" je Stunde

Kostenart	Faktor	Durchschnitts-std.-kosten	Kosten je Std.
a	b	c	d
Hauptlöhne	1,3	0,67	0,87
Hilfslöhne	3,6	0,08	0,29
Soziallasten	1,2	0,13	0,16
Werkzeug	1,2	0,07	0,08
Energie, Hilfsstoffe	5,2	0,07	0,36
Fremde Betriebe	6,2	0,05	0,31
Summe			2,07
Festkostenanteil			0,24
Kosten je Std. insgesamt			2,31

Der Anteil an den festen Kosten von 0,24 RM/Std. berücksichtigt die nicht eingesetzten allgemeinen Unkosten des Betriebes (Aufsicht, Raumkosten, Abschreibungen

Zahlentafel 5. Errechnung der Stundenkosten im Durchschnitt aller Maschinengruppen

Gruppe	Ist-Summe der Fertigungsstunden im April	Hauptlöhne		Hilfslöhne		Soziallasten		Werkzeug		Energie- und Hilfsstoffe		Anteile an fremden Betrieben	
		Maßzahl	Stundeneinheiten	Maßzahl	Stundeneinheiten	Maßzahl	Stundeneinheiten	Maßzahl	Stundeneinheiten	Maßzahl	Stundeneinheiten	Maßzahl	Stundeneinheiten
a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o
Große Drehbänke	658	1,3	855	3,6	2 369	1,2	790	1,2	790	5,2	3 422	6,2	4 080
Mittlere u. kleinere Drehbänke	2 656	1,0	2 656	1,0	2 656	1,0	2 656	1,0	2 656	1,0	2 656	1,0	2 656
Große Hobelbänke	51	1,3	66	4,6	235	1,2	61	3,8	194	6,1	311	8,3	423
Mittlere u. kleinere Hobelbänke	802	1,3	1 043	1,3	1 043	1,2	962	2,3	1 845	1,2	962	1,5	1 203
Bohrmaschine	235	1,2	282	1,0	235	1,1	259	1,3	306	1,6	376	1,0	235
Große Fräsbänke	519	1,0	519	1,1	571	1,0	519	0,4	208	1,2	623	1,1	571
Spezialfräsbänke	132	1,3	172	1,2	158	1,2	158	2,5	330	1,1	145	1,4	185
Schlosserei	16 922	1,2	20 306	0,7	11 845	1,1	18 614	0,4	6 769	0,3	5 077	0,4	6 769
Schweißerei	585	1,3	761	2,8	1 638	1,2	702	0,4	234	15,2	8 892	4,7	2 750
Summe d. aufgelauf. Einheiten	22 560		26 660		20 750		24 721		13 332		22 464		18 872
Ist-Kosten im April . . . RM			17 753		1 617		3 183		892		1 487		869
Kosten der Einheit in RM/h			0,67		0,08		0,13		0,07		0,07		0,05

Gesamtkosten einer Stunde im Durchschnitt: 0,67 + 0,08 + 0,13 + 0,07 + 0,07 + 0,05 = 1,07 RM

u. a.). Er ist bei allen Gruppen der gleiche und ergibt sich als Division der gesamten festen Kosten durch die insgesamt aufgelaufenen Arbeitsstunden der Gruppen.

Die monatlichen Gesamtkosten der Maschinengruppen würden sich aus der Summe der Multiplikationen der Durchschnittskosten (Spalte d Zahlentafel 6) mit den in den Spalten d, f, h, k, m und o der Zahlentafel 5 errechneten Stundeneinheiten ergeben; der Festkostenanteil ist zu berücksichtigen.

Das dargestellte Verfahren ist eine Übertragung der im Kalkulationswesen bekannten Äquivalenzziffernrechnung auf die Platzkosten- oder Kostenstellenrechnung. Es bedient sich einer Maßzahl, die Unterschiedliches gleich macht, um nicht den u. U. genaueren, aber doch umständlicheren Weg der buchhalterischen Kostenstellenrechnung gehen zu müssen.

In den Beispielen sind für kleinere und größere Betriebe Einzelfragen der Kostenerfassung und Kostenkontrolle behandelt worden, um an ihnen zu zeigen, daß die Praxis unter den jüngeren Veröffentlichungen der betriebswirtschaftlichen Literatur manche Anregungen und neue Vorschläge findet. [2635]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im November 1935

Nach den altbewährten Grundsätzen gesunder Haushaltsführung unterscheidet man in der öffentlichen wie in der privaten Eigenwirtschaft zwischen den Einnahmen- und Ausgabenbereichen des ordentlichen und außerordentlichen Etats.

Zum Bereiche des ersteren, d. h. also des ordentlichen Haushalts gehören alle Einnahmen und Ausgaben, die sich aus der laufenden Haushaltsführung und damit den ihr zugrunde liegenden wechselseitigen Leistungen und Diensten des täglichen Lebens ergeben. Eingeschlossen hierin sind die Tilgungs- und Zinsbeträge, deren Ursprung zwar in den im Rahmen des außerordentlichen Haushalts aufgenommenen oder gewährten Darlehen oder dgl. liegt, deren tatsächliche Zahlung aber entweder die Ausgaben- oder Einnahmenseite des ordentlichen Haushalts beeinflußt.

Demgegenüber soll der außerordentliche Haushalt vor allen Dingen alle jene Einnahmen- und Ausgabenposten umfassen, welche sich aus den mehr langfristigen oder im Rahmen derartiger Fristen mehr einmaligen Entscheidungen und Maßnahmen der öffentlichen oder privaten Kredit- und Anlagewirtschaft ergeben. Oder mit andern Worten, der außerordentliche Haushalt dient der Überbrückungs-, Regulierungs- und Rückstellungsrechnung, um die geordnete laufende Rechnung des ordentlichen Haushalts mit den außerordentlichen Forderungen und Verpflichtungen des täglichen Lebens in Einklang bringen zu können.

An den ordentlichen Haushalt, der somit die finanzielle Grundlage der laufenden Wirtschaftsführung bildet, wird die Anforderung gestellt, daß er in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung bilanziert. Etwaige Überschüsse oder Fehlbeträge sind, soweit sie nicht in die laufende Rechnung übernommen und hier im Haushalt des nächsten Jahres berücksichtigt werden, in den normalen langfristigen Tilgungsplan des außerordentlichen Haushaltes einzustellen.

Demgegenüber muß man von dem außerordentlichen Haushalt verlangen, daß seine Abwicklung, die sich, wie bereits erwähnt, stets über einen längeren Zeitraum erstreckt, planmäßig und ordnungsgemäß in die Ausgaben- bzw. Einnahmenrechnung des ordentlichen Haushalts für den entsprechenden Zeitraum eingebaut wird. Selbstverständlich kann und muß das angepaßt an die praktischen Notwendigkeiten, d. h. also elastisch, erfolgen. Nur im Ganzen ist der Einbau zu sichern und damit die ordnungsgemäße Abwicklung im Sinne des natürlichen Ausgleichs zu gewährleisten. Denn nicht die Einhaltung eines starren und im vorhinein festgelegten Haushaltsplanes ist der eigentliche Zweck einer in jedem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zum Ausdruck kommenden planmäßigen Wirtschaftsführung, sondern die Steuerungs- und Überwachungsmöglichkeit, durch welche die Erfordernisse des Auftriebs im menschlichen Leben mit den Notwendigkeiten des Ausgleichs zwecks Sicherung der einmal im Auftrieb gewonnenen Stellungen in Einklang gebracht werden können.

Es ist wichtig, sich diese altbewährten Grundsätze einer gesunden Haushaltsführung vor Augen zu halten, wenn man, wie dies gerade in der letzten Zeit wieder häufig geschieht, Stand und Richtung unserer öffentlichen Finanzwirtschaft betrachten und beurteilen will.

Bekanntlich ist der Wiederaufbau unserer Wirtschaft in den letzten Jahren durch den bewußten Einsatz öffentlicher Mittel finanziert worden. Warum? Weil andere Mittel nicht oder nicht in geeigneter Form zur Verfügung standen, vor allen Dingen aber deshalb, weil dadurch die gelähmte Initiative und das geschwundene Vertrauen der Privatwirtschaft wieder geweckt und gestärkt werden sollte. Denn es war niemals beabsichtigt, etwa zukünftig von Staats wegen Wirtschaft zu treiben, wohl aber die Privatwirstchaft und Unternehmerinitiative zur vollen Entfaltung zu bringen. Der Einsatz der öffentlichen Mittel geschah in mannigfacher Art und Weise. Zum Teil (erste Gruppe) trat die öffentliche Hand selbst bei der Arbeitsbeschaffung entweder unmittelbar als Auftraggeber, wie z. B. bei der Aufrüstung, dem Autobahnenbau usw., oder mittelbar als Kreditgeber, wie z. B. bei den Siedlungs- und Ehestandsdarlehen, auf. Zum Teil (zweite Gruppe) versuchte sie auch entweder durch unmittelbare Zuschüsse, wie z. B. bei der Ersatzbeschaffung und Hausinstandsetzung usw., oder durch mittelbaren Verzicht auf Steuerbeträge, wie z. B. bei der Einkommensteuerbefreiung im Falle einer Beschaffung von kurzlebigen Anlagegegenständen usw., die Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft in dieser oder jener Richtung hin zu erleichtern.

Die erste Gruppe von Aufwendungen gehört in den Bereich des außerordentlichen Haushalts. Die Mittel hierfür sind zwar zunächst infolge der ungünstigen Verhältnisse des Kapitalmarktes auf dem Wege von Arbeitsbeschaffungswechseln aufgebracht worden. Die Umwandlung in langfristige Anleihen zwecks Konsolidierung ist aber im Gange und wird, soweit noch nicht durchgeführt, eine der wichtigsten finanziellen Maßnahmen der nächsten Jahre sein.

Die zweite Gruppe von Aufwendungen gehört demgegenüber in den Bereich des ordentlichen Etats, nicht nur deshalb, weil sie ganz unmittelbar die Ausgaben- und Einnahmenseite desselben betreffen, sondern auch darum, weil durch die dabei von der öffentlichen Hand verfolgten rein fiskalischen Zwecke, aus der Wirtschaftsbelebung heraus die Steuereinnahmen ganz allgemein ergiebiger, die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützungen aber herabgedrückt werden sollten.

Die Steigerung aller Einnahmen wurde erwartungsgemäß erreicht. So sind z. B. gegenüber 1933 die Steuereinnahmen des Reiches 1934 um etwa 13%, 1935 um etwa 40% gestiegen, wobei insbesondere das starke Anwachsen der Lohnsteuer im Anfange des Jahres 1935 (neue Einkommensteuertarife!) und die Abschwächung der Umsatzsteuersteigerung im Jahre 1935 (Umsatzrückgang in den Verbrauchsgüterindustrien!) bemerkenswert sind (Abb. 1). Demgegenüber weist der Reichshaushalt als Ganzes immer noch einen Fehlbetrag auf (Abb. 2), der

durch zusätzliche Einnahmen und Einsparungen auf der Ausgabenseite zukünftig gedeckt werden muß (Abb. 2) und voraussichtlich auch gedeckt werden kann, wenn es gelingt, die Wirtschaft weiter zum Aufstieg, den Staatshaushalt aber zum Ausgleich zu bringen.

Die Aufwendungen der ersten Gruppe sind, soweit Länder und Gemeinden als Träger der Arbeitsbeschaffung in Frage kommen, diesen durch Arbeitsbeschaffungsdarlehen des Reiches mit einer Tilgungszeit bis zu 40 Jahren ermöglicht worden, die selbst wieder aus den bereits erwähnten Gründen in Form von Arbeitsbeschaffungswechseln mit einer Laufzeit von 5 Jahren vorfinanziert werden. Die Wechsel werden in der üblichen Weise vom Lieferanten auf den Träger der Arbeitsbeschaffung gezogen und vom Finanzierungsinstitut akzeptiert. Sie bleiben solange im Umlauf, bis sie vom Reich gemäß der übernommenen Verpflichtung innerhalb 5 Jahren eingelöst werden. Die auf diese Weise für Rechnung der Länder und Gemeinden vom Reiche verauslagten Darlehensbeträge werden von ersteren an das letztere innerhalb von 40 Jahren zurückerstattet. Die eigentliche Belastung des Reiches im außerordentlichen Haushalt tritt daher erst mit der Einlösung der Arbeitsbeschaffungswechsel, d. h. also 5 Jahre nach Ziehung der Wechsel, ein. Erst dann beginnt im ordentlichen Haushalt der Länder und Gemeinden die ratenweise Belastung durch Tilgungsquoten, sofern die Tilgung der Arbeitsbeschaffungsdarlehen im Rahmen der vereinbarten Tilgungsfrist von 40 Jahren aus ordentlichen Einnahmen erfolgen soll und nicht etwa eine abermalige Vertagung der Tilgung in Gestalt einer neu zu begebenden öffentlichen Anleihe im außerordentlichen Haushalt vorgesehen wird. Wie die ganze Finanzierungskonstruktion zeigt, ist also ein genügend großer Spielraum für alle Möglichkeiten zukünftiger Entwicklungen vorgesehen worden.

Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß auch diese im Interesse der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung aufgenommenen Schulden der öffentlichen Hand, wie alle übrigen vorher oder nachher eingegangenen, einmal aus laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushalts getilgt werden müssen, sofern man sich nicht doch noch — was nach dem heutigen Stande der Dinge allerdings aus mannigfachen Gründen (vor allem der notwendigen Wiedererstarkung der Privatwirtschaft) wenig wahrscheinlich ist — zu einem einmaligen Opfer entschließt.

Wie die Abb. 3 und 4 zeigen, war die öffentliche Verschuldung Mitte des Jahres auf einen Betrag von etwa 25,8 Mrd. RM gestiegen, der etwa je zur Hälfte einerseits auf das Reich, anderseits auf die Länder und Gemeinden entfällt. Hinzu kommt noch ein Betrag von rd. 5 Mrd. RM kurzfristiger Verpflichtungen des Reichs, die sich z. Z. in Form von Steuergutscheinen, Arbeitsbeschaffungswechseln, Zinsvergütungsscheinen und anderen Reichswechseln im Umlauf befinden. Hiervon abzuziehen ist ein Betrag, der zur Sicherung der Einlösung von Arbeitsbeschaffungswechseln in Gestalt von rd. 942 Mill. RM Arbeitsbeschaffungsanweisungen vom Reich bei der Reichsbank hinterlegt worden ist, so daß die gesamte öffentliche Schuld nach den Mitteilungen des J.f.K. sich Mitte 1935 auf rd. 29,8 Mrd. RM belief. Das bedeutet bei einem Jahreszins von 4½% eine jährliche Zinslast von rd. 1,3 Mrd., sofern man annimmt — was naheliegt — daß eine etwaige Tilgungsquote anderseits wiederum zu Ersatz- oder Neuinvestitionen verwandt werden wird. Denn das ist schließlich doch der Sinn jeder derartigen öffentlichen

Zahlentafel 1. Ausmaß, Lasten und Leistungen der öffentlichen Anlagewirtschaft

Ausmaß der Investitionen und Schulden: 30,0 Mrd.

Bei Tilgung in	10 Jahren	20 Jahren	30 Jahren	40 Jahren
Tilgungsquote je Jahr .	3,0	1,5	1,0	0,75
Zinslast bei 4½% iger Verzinsung und Neuinvestierung der Tilgungsquote	1,3	1,3	1,3	1,30
Gesamtlasten je Jahr . .	4,3	2,8	2,3	2,05
Verfügbar für Ersatz- und Neuinvestitionen je Jahr	3,0	1,5	1,0	0,75

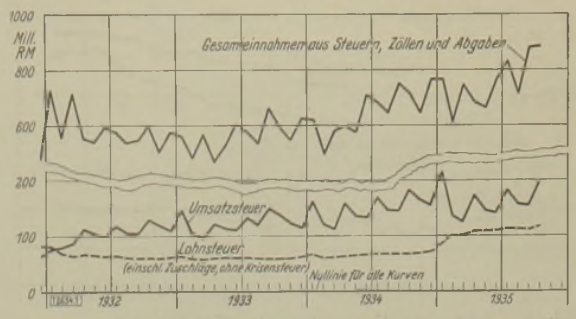


Abb. 1. Steuereinnahmen des Reiches

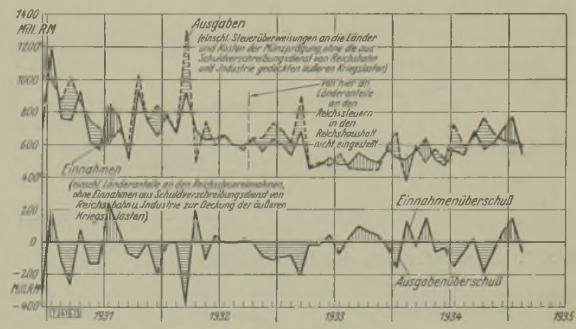


Abb. 2. Einnahmen und Ausgaben des Reiches
Die Einnahmen und Ausgaben des Reiches werden seit März 1935 nicht mehr bekanntgegeben

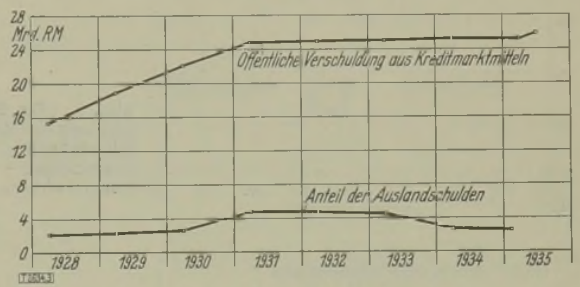


Abb. 3. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung aus Kreditmarktmitteln

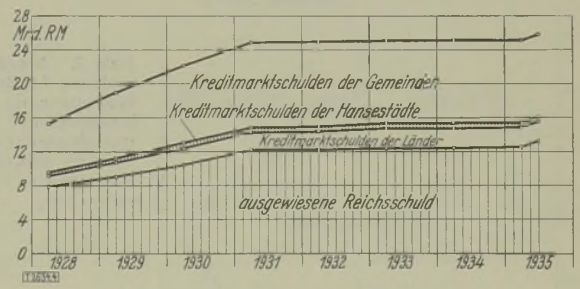


Abb. 4. Die Zusammensetzung der öffentlichen Verschuldung aus Kreditmarktmitteln

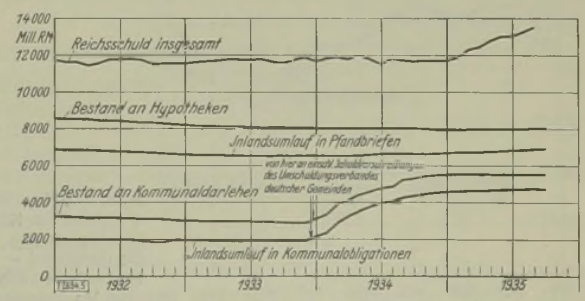


Abb. 5. Verschuldung im Reich

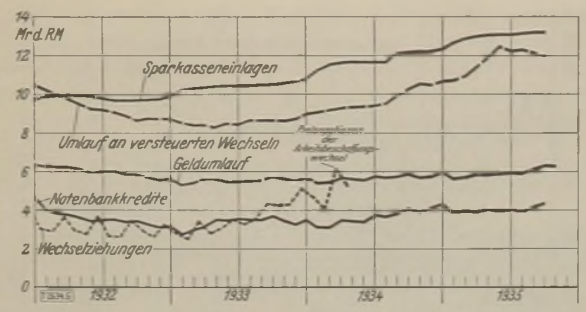


Abb. 6. Geld- und Wechselverkehr, Kredite und Spareinlagen

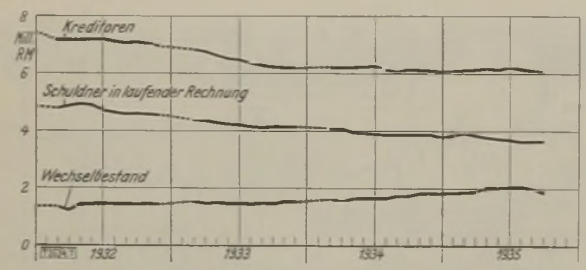


Abb. 7. Geschäftsgang der fünf Großbanken

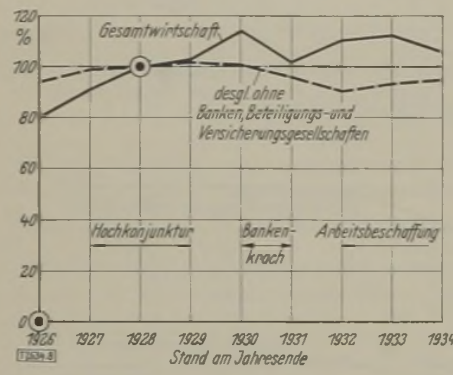


Abb. 8. Die Entwicklung der Kapitalanspannung in Deutschland — Gesamtwirtschaft

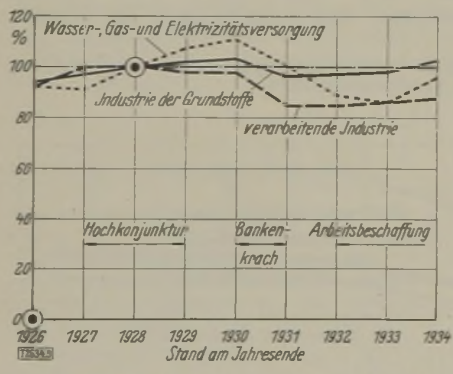


Abb. 9. Die Entwicklung der Kapitalanspannung in Deutschland — Industriegruppen, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung

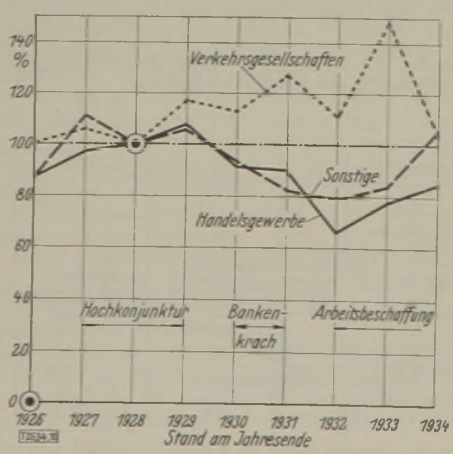


Abb. 10. Die Entwicklung der Kapitalanspannung in Deutschland — Handelsgewerbe und Verkehrsgesellschaften

Anlagewirtschaft, daß sie die Tilgungsquoten in dieser Weise verwendet, wenngleich ihr Einsatz möglichst erst dann erfolgen sollte, wenn die private Wirtschaft aus irgendeinem Grunde konjunkturell abzufallen beginnt.

Vergegenwärtigt man sich, daß sich unser gesamter öffentlicher Haushalt in Reich, Länder und Gemeinden etwa auf 12,5 bis 15 Mrd. RM beläuft und unser Volkseinkommen zu normalen Zeiten etwa 50 bis 60 Mrd. RM beträgt, so wird ersichtlich, daß selbst bei einer Tilgung von im Durchschnitt 20 bis 30 Jahren die aus der öffentlichen Anlagewirtschaft herrührenden Lasten etwa 20% des öffentlichen Haushalts und 5% des Volkseinkommens betragen, während die aus der Verwendung der Tilgungsquoten die Anlagewirtschaft neu befruchtenden Leistungen nur etwa die Hälfte ausmachen und die restliche Hälfte in der Regel als zusätzliche Leistung über den Rentnerstand in die Verbrauchsgüterwirtschaft einmündet.

Aus alledem ist ersichtlich, wie wichtig nicht nur die ordnungsgemäße Abwicklung einer solchen in den ordentlichen und außerordentlichen Etat gegliederten Haushaltführung der öffentlichen Hand ist, sondern auch das Ausmaß, welches sich der Staat in seinen verschiedenen Trägern für die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Anlagewirtschaft in der Aufbauperiode setzt. Denn, wenn auch eine zunehmende Verschuldung der staatlichen Gewalten vom Standpunkt des Wiederaufbaus durchaus gerechtfertigt, ja sogar vom Standpunkt der Daseinserfordernisse eines Volkes notwendig sein kann, so bedeutet das trotzdem, daß die von Staats wegen in Gang gesetzte Anlagewirtschaft immer mehr ausgedehnt werden muß, sofern es später nicht gelingt, ihre Wiedereinschränkung auf dem Wege über eine planmäßige Verstärkung der privaten Anlagewirtschaft Schritt für Schritt zu betreiben.

Hier aber muß nach Lage der Dinge heute der Staat selber als Schirmherr und Förderer jeder Wirtschaftskultur zunächst einmal die Grundlagen für die Entfaltung einer volkswirtschaftlich gesunden und nicht nur spekulativen Unternehmertätigkeit schaffen, ähnlich wie der Gärtner, Land- oder Forstwirt den Boden bereitet und das gesunde Wachstum zu schützen und fördern versucht, um den vorhandenen oder gepflanzten Kulturen die Daseins- und Entwicklungsmöglichkeiten und damit die Voraussetzungen für Blüte und Reife zu bieten.

Es gehört zu den schweren Fehlern und Mißständen der Nachkriegszeiten, daß das Unternehmertum nicht selten gleichsam von Staats wegen in ungesunde und abwegige Bahnen abgedrängt wurde. Insbesondere wurde die Bedeutung einer gesunden, auf den nutzbaren Sachwert abgestellten Eigenkapitalbildung für die Krisenfestigung und Daseinssicherung jedes einzelnen Betriebes und Wirtschaftsverbandes ebenso wie der gesamten Volkswirtschaft verkannt. Die „Selbstfinanzierung" wurde in Theorie und Praxis verschrien. Die natürlichen und damit gesunden Formen und Wege der Neukapitalbildung wurden durch Finanzierungsmethoden mittels betriebsfremder Kredite oder durch andere Finanztransaktionen ersetzt und damit die Überbrückungs-, Regulierungs- und Rückstellungsmöglichkeiten von Grund aus erschüttert, die nun einmal einzig und allein das stets aus der betrieblichen Leistung heraus erneuerte und verstärkte Eigenkapital bietet.

Hier muß und wird im neuen Staat Wandel geschaffen werden. Nicht dadurch, daß man dem einen oder dem andern zu übermäßigen Gewinnen verhilft. Dafür ist heute und zukünftig kein Raum. Wohl aber dadurch, daß man eine gesunde Neubildung von Eigenkapital den Haushalten und Betrieben ermöglicht, die Auswüchse einer übermäßigen Verschuldung abbaut und vom neugebildeten Eigenkapital eine gesunde und das Ganze befruchtende Betätigung in der öffentlichen oder privaten Eigenwirtschaft zur Erfüllung der ihm obliegenden wirtschaftlichen und völkischen Pflichten verlangt. Dazu gehört, daß endlich einmal die Anfeindung und Herabsetzung des Unternehmertums unterbleibt, wie sie als Überbleibsel eines heute hinter uns liegenden Klassenkampfes so man-

ehesmal noch von unverantwortlichen Stellen aus zu hören ist. Der Unternehmer hat eine große und schwere Aufgabe im Rahmen des zukünftigen Aufbaus unserer Volkswirtschaft zu erfüllen. Er wird sie nur dann in gesunder und für das Ganze nutzbringender Weise zu lösen vermögen, wenn ihm neben seinem Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein auch die Achtung und Anerkennung seiner Gefolgschaft und seiner Volksgemeinschaft zu tragen und stärken vermag.

Dazu gehört weiterhin aber, daß der Unternehmer sein Eigenkapital vor allem zur Erhaltung und Entwicklung seiner betrieblichen Belange verwendet und damit an der Stelle und zu dem Zwecke einsetzt, wie es die Lebensinteressen des Betriebes als Träger der Betriebsgemeinschaft und damit sämtlicher Betriebszugehörigen verlangen. Eine bewußte Thesaurierungspolitik von Betriebsmitteln in betriebsfremder Weise, wie es z. T. in den Zeiten der vergangenen Baisse üblich geworden war, ist daher ebenso zu verwerfen, wie eine Verwendung zu spekulativen betriebsfremden Zwecken, wie sie aus der Hausse der Jahre 1928/29 noch erinnerlich ist. Denn nur durch den vollen, ziel- und verantwortungsbewußten Einsatz aller verfügbaren Kräfte und Mittel ist die große und schwere Aufgabe zu lösen, die Privatwirtschaft und Unternehmertum von dem Führer und der Reichsregierung gestellt worden ist, und die lautet: Privatwirtschaft und Unternehmertum haben den von der Staatsführung veranlaßten und von der Wirtschaft der öffentlichen Hand begonnenen Wiederaufstieg unserer Volkswirtschaft aufzunehmen und erfolgreich weiter zu tragen!

Das alles setzt voraus, daß nächst dem Bereiche der öffentlichen Haushalte auch diejenigen der Wirtschaftsbetriebe erstarken. Zwar wird der Geld- und Kapitalbedarf der öffentlichen Hand (Abb. 5) voraussichtlich noch auf geraume Zeit die Quellen der Bedarfsdeckung (Abb. 6) und ihre Verwendung beherrschen. Nichtsdestoweniger wird, wenn nicht alles trügt, die staatliche Wirtschaftsführung zukünftig mehr und mehr den Geld- und Kapitalbedürfnissen der Privatwirtschaft ihr Augenmerk widmen, weil nur durch ihre in der richtigen Weise sichergestellte Befriedigung die unbedingt erforderliche Umschaltung der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsentwicklung von der öffentlichen Hand auf das Unternehmertum durchführbar wird. Ähnlich wie bei der oben geschilderten weitsichtigen Finanzkonstruktion der Arbeitsbeschaffungsdarlehen der öffentlichen Hand wird auch hier — wenngleich sinngemäß abgeändert — der Weg über einen planmäßigen und überwachten Ausbau und Ausgleich von Kredit- und Kapitalwirtschaft führen.

Noch zeigt der Geschäftsgang der 5 Großbanken die nunmehr seit vier Jahren eingeschlagenen Entwicklungsrichtungen zur Liquidierung und Liquidität (Abb. 7). Aber auch hier wird in nicht zu weiter Ferne einmal wieder mit der Anlagenotwendigkeit die Anlagefreudigkeit kommen und damit die aktive Einschaltung der wenn auch 1931 zusammengebrochenen, so doch langsam wieder erstarkenden wirtschaftlichen Großmacht Bank in den privatwirtschaftlich aufzunehmenden und weiterzutragenden Aufbauprozeß.

Umgekehrt wird mit der oben erwähnten Umschaltungsnotwendigkeit der Kredit- und Kapitalbedarf weiterhin steigen, nachdem er infolge der zunehmenden Wirtschaftsbelebung, wie aus der Entwicklung der Anspannungsziffern ersichtlich ist, bei allen in den eigentlichen Gütererstellungsprozeß eingeschalteten Wirtschaftsgruppen seit dem Jahre 1932 im ständigen Steigen begriffen ist (Abb. 8), während die eigentlichen Kreditgeber neuerdings eine Entspannung zeigen.

Am stärksten tritt unter den eigentlichen industriellen Gruppen die zunehmende Anspannung bei den meist im Bereiche der öffentlichen Hand liegenden Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken auf, vermutlich weil sie zur Arbeitsbeschaffung stärker herangezogen wurden (Abb. 9). Dann folgen die Industrien der

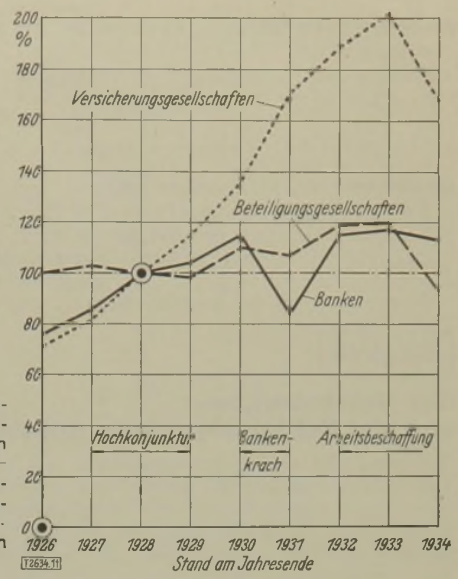


Abb. 11. Die Entwicklung der Kapitalanspannung in Deutschland — Banken-, Beteiligungs- und Versicherungsgesellschaften

Grundstoffe, die besonders unter der Einwirkung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes stehen, während die eigentlichen verarbeitenden Industrien nur eine leichte Zunahme der Anspannung, vermutlich als Auswirkung der Umsatzrückgänge in der Verbrauchsgüterwirtschaft zeigen.

Demgegenüber weist die zweite Gruppe (Abb. 10) im Verkehrsgewerbe als Anzeichen der begonnenen Sanierung eine starke Entspannung auf, während in den beiden andern Gewerbezweigen, Handel und Sonstige (hierzu gehört z. B. das Gastwirtsgewerbe) die Wiederbelebung zu einer mehr oder weniger großen Zunahme der Anspannung führte.

In der dritten Gruppe (Abb. 11) sind auch hier bei den Banken die Zeichen der bereits oben erwähnten zielbewußt durchgeführten Gesundungspolitik in Gestalt zunehmender Entspannung festzustellen. Das gleiche gilt in stärkerem Maße für die Beteiligungs- und Versicherungsgesellschaften, wenngleich bei den letzteren die Feststellung der Kapitalanspannung für 1934 infolge Änderung der Ermittlungsmethode der Grundzahlen beim Statistischen Reichsamt nicht ganz zuverlässig ist.

An Hand der durchschnittlichen Kapitalanspannung, die — worauf besonders hingewiesen wird — an Hand der Jahresergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften der betreffenden Wirtschaftsgruppen ermittelt worden ist[1]), kann also festgestellt werden, daß die deutsche Wirtschaft sich in gesunden Bahnen entwickelt, wobei wie gesagt die eigentlichen Gütererstellungsgruppen die Merkmale der Wirtschaftsbelebung in Gestalt zunehmender Anspannung, die eigentlichen Finanzgruppen die Merkmale der Wirtschaftsentlastung in Gestalt zunehmender Entspannung zeigen. *Bredt* [2634]

[1]) Für denjenigen, welcher sich näher über das bei der Ermittlung der Anspannungsziffern verwandte Verfahren unterrichten will, wird auf den Aufsatz „Die Kapitalanspannung der deutschen Wirtschaft im Wandel der Jahre" in Techn. u. Wirtsch., Heft 11/1934, Seite 329 ff. verwiesen.

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	Nov. 1935	Okt. 1935	Sept. 1935
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	122,9	122,8	123,4
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100) . . .	103,1	102,8	102,3
Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	131,1	130,9
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl — Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,5	121,5

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 4. 11. bis 9. 11: 89,66; 11. 11. bis 16. 11.: 88,93; 18. 11. bis 23. 11.: 89,52.

Erwerbslosenzahlen[1]) (in 1000) am 31. 10. 35. Gesamtzahl 1828

Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrtserwerbslose	Nichtunterstützte
306	645	336	541

[1]) Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. Nov.-Heft 1935.

Geldmarkt am 1. Dezember 1935 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	3
„ „ „ lange Sicht	3
Tagesgeld an der Berliner Börse	3¼ bis 3½

Bergbau

Der Kohlenbergbau und die Kohlenversorgung Südslaviens

Während mit einer Jahresausbeute von rd. 3 Mill. t die Braunkohlenförderung Südslaviens seit 1913 sich nicht wesentlich geändert hat (sie war sogar mehrfach schon höher), ist die Förderung von Steinkohlen dauernd gestiegen, und zwar von 13 000 t 1913 auf 386 000 t 1934.

Die meisten Kohlen liefert das Drava-Banat, wo mehr als ein Drittel der Braunkohle anfällt. 85 % aller hier gewonnenen Kohle kommt aus dem Trifailer Bergwerk bei Laibach. Weit ergiebiger könnten die Flöze der Banate Drina und Vrbas sein. Sie haben aber zu ungünstige Verkehrsbedingungen. Hier aber dürften für die Zukunft die größten Kohlenreserven liegen, da bereits an 70 Stellen abbauwürdige Kohle festgestellt wurde. Gut voran schreitet der Kohlenbergbau in den Banaten Donau und Morava. Diese altserbischen Landschaften liefern fast allein Steinkohle und sind daher besonders wichtig. Braunkohlenfelder gibt es auch in allen andern Banaten des Landes. Vielfach scheitert ihre großzügige Ausbeutung aber am Mangel an Kapital. Im ganzen zählte man 1933: 17 Steinkohlenbergwerke mit 3500 Mann und 128 Braunkohlenbergwerke mit rd. 24 000 Arbeitern. Neuzeitlich ausgebeutet werden nur wenige Gruben des Landes, darunter einige, die dem Staat gehören. Für die Zwecke der Industrie muß immer noch die meiste Kohle eingeführt werden, 1934 noch rd. 200 000 t Steinkohle. Die meisten Lieferungen entfallen auf England und Deutschland. Neuerdings tritt aber Polen stark in den Vordergrund; es liefert bereits rd. 19 % des südslavischen Bedarfs. *h. m-d.* [2587]

Verkehr

Die wirtschaftliche Bedeutung des Dortmund-Ems-Kanals

Die Bedeutung des Dortmund—Ems-Kanals und seiner Erweiterung erhellt aus der Verkehrsentwicklung dieser Wasserstraße. Der Verkehr auf dem Dortmund—Ems-Kanal betrug in t:

1900	600 000
1920	3 160 000
1925	5 650 000
1930	5 800 000
1934	8 444 000

Das ist um so beachtlicher, als auf dem Kanal die heutigen Regelschiffe von 1000 t Ladefähigkeit nur mit drei Vierteln ausgenutzt werden können. Es genügen heute weder die Maße des Kanalquerschnitts, noch die der Schleusen. Wenn also der Kanal seine große Aufgabe, dem Ruhrgebiet eine Verbindung mit einem deutschen Nordseehafen zu geben, weiter erfüllen soll, muß die Ende 1933 beschlossene völlige Erweiterung des Kanals baldmöglichst durchgeführt werden, damit zwischen Herne und Emden in Zukunft Schiffe von 1500 t verkehren können. Der Kanal würde andernfalls erheblich an Verkehr verlieren, da bei den niedrigen Frachten die Transporte tunlichst beschleunigt werden müssen, falls nicht die Güter auf die schnellere Eisenbahn abwandern sollen. Auch könnten die Güter andere Schiffahrtswege aufsuchen, die leistungsfähiger sind. Es muß sehr beachtet werden, daß die meisten Kanäle, die aus dem Rheingebiet nach fremden Seehäfen in Holland und Belgien führen, wesentlich größere Fahrzeuge aufnehmen können. Je mehr der Dortmund—Ems-Kanal hinter ihnen zurückbleibt, um so mehr geraten die westdeutschen Industriegebiete ins Hinterland ausländischer Seehäfen. Es besteht also jeglicher Anlaß, die Erweiterung des Dortmund—Ems-Kanals mit allen Mitteln zu beschleunigen. *h. m-d.* [2589]

Länderberichte

Deutschlands Anteil an der Industrialisierung Indiens

„Der Krieg als Vater aller Dinge" hat nach Ausbleiben der europäischen Waren 1914 bis 1918 die Industrialisierung auch in Indien in Gang gebracht, und seit dieser Zeit geht die Entwicklung schnell vorwärts. Unter Berücksichtigung der ungeheuren Ausdehnung des Landes und der riesigen Bevölkerung sind aber die industriellen Möglichkeiten Britisch-Indiens bisher auch noch nicht annähernd ausgeschöpft. Die Teilerfolge, die auf einzelnen Gebieten erzielt worden sind — wir nennen nur die Tata-Eisenwerke, die Indien bereits zum Roheisenausfuhrland gemacht haben, dann ferner den Aufschwung der indischen Textilindustrie, und zwar sowohl der Jute- als auch der Baumwollindustrie — dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß im großen und ganzen betrachtet, Indien noch heute das Land einer ausgesprochenen „Industrie-Leere" ist. Angesichts der nun aber im Gange befindlichen Industrialisierung besitzt der indische Markt gerade für Deutschland mit seiner hoch entwickelten Anlagegüter-Industrie eine außerordentliche Zukunftsbedeutung. Bisher war der Anteil, den Deutschland an dem Aufbau der indischen Industrie hatte, nur verhältnismäßig gering. Die Bevorzugung britischer Waren aus politischen Gründen einerseits und die Devalvierung der indischen Rupie (1,53 RM Goldparität, gegenwärtiger Kurs 0,92 RM) anderseits haben den Wettbewerb auf dem indischen Markt für Deutschland sehr erschwert. Trotzdem hat sich in der letzten Zeit der deutsch-indische Handel für Deutschland etwas günstiger gestaltet.

Zahlentafel 1
Deutschlands Handelsbilanz mit Britisch-Indien
(in Mill. RM)

	1. Halbjahr 1935	1. Halbjahr 1934	1934	1933	1932	1931
Einfuhr aus Indien	57,20	77,73	134,7	153,9	158,8	280,5
Ausfuhr nach Indien	50,11	45,92	94,4	86,8	109,4[1])	157,5
Einfuhr-Überschuß	7,09	31,81	40,3	67,1	49,4	123,0

[1]) einschl. Reparations-Sachlieferungen.

Der Einfuhr-Überschuß für Deutschland konnte also bereits 1934 infolge Rückganges der Einfuhr selbst und leichten Anstiegs unserer Ausfuhr von 67 auf 40 Mill. RM gedrückt werden. Diese günstige Entwicklung hat sich im 1. Halbjahr 1935 noch verstärkt fortgesetzt, was zu einer weiteren Schrumpfung auf nur noch 7 Mill. RM gegen fast 32 Mill. RM in der gleichen Vorjahreszeit geführt hat.

Bei der deutschen Ausfuhr nach Indien spielen neben chemischen Erzeugnissen vor allem Eisenwaren aller Art und Maschinen, also ausgesprochene Anlagegüter die Hauptrolle. Der latente Bedarf Indiens an derartigen Gütern ist noch ungeheuer groß. Dieses Land mit seiner 320 Mill.-Bevölkerung und bedeutenden Bodenschätzen ist für den Aufbau einer Industrie, die sich zunächst auf die Deckung des Bedarfs an einfachen Verbrauchsgütern beschränkt, geradezu vorherbestimmt. Wie weit sich allerdings dieser große ungedeckte Bedarf in nächster Zukunft in Nachfrage wird umsetzen können, ist natürlich eine andere Frage. Von entscheidender Bedeutung wird dabei die Preisentwicklung bei den indischen Ausfuhrgütern und die daraus sich ergebende Entwicklung der Zahlungsbilanz des Landes im allgemeinen und der indischen Massenkaufkraft im besondern sein. Die Entwicklung der indischen Massenkaufkraft selbst ist allerdings für Deutschland nur von mittelbarer Bedeutung, und zwar insofern, als ihre Steigerung zur Errichtung neuer Unternehmungen in Indien führt, für die Deutschland die Maschinen liefert. Auf dem Markt für Verbrauchswaren in Indien bestehen dagegen für Deutschland, von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, kaum Möglichkeiten,

da dieser durch die wachsende einheimische Erzeugung und vor allem auch durch japanische Waren zu konkurrenzlos billigen Preisen versorgt wird. Selbst Manchester verliert ja hier bekanntlich trotz starker zollpolitischer Bevorzugung ein Absatzgebiet nach dem andern. Mit welchen Schwierigkeiten aber auch die deutsche Anlagegüter-Ausfuhr im allgemeinen und die deutsche Eisenindustrie im besondern auf dem indischen Markt zu rechnen hat, wollen wir an einem Beispiel zeigen: Ottawa setzt nämlich folgende Zollstaffelung bei der Einfuhr von Stahlblechen nach Indien fest: 30 Rupien/t, wenn das Blech aus indischem Roheisen in England gewalzt ist, 53 Rupien/t, wenn das Stahlblech aus England stammt, und 83 Rupien/t, wenn es aus nicht britischen Ländern, also auch aus Deutschland stammt. Wir sehen also in diesem Falle nicht nur eine Bevorzugung der britischen Ware, sondern auch des indischen Roheisens, das die Tata-Werke herstellen. Überhaupt wird die Roheisenindustrie in Indien mit allen Mitteln gefördert, so daß das Land bereits auch Roheisen ausführen kann.

Zahlentafel 2

Die Roheisenausfuhr Indiens (t)

In den ersten 5 Monaten		
1935	1934	1933
163 000	129 000	136 000

Anderseits ist die Roheiseneinfuhr nach Indien fast auf den Nullpunkt gesunken, während die Einfuhr an Halbzeug in den ersten fünf Monaten d. J. rd. 168 000 t gegen 147 000 t in der gleichen Zeit des Jahres 1934 und nur 118 000 t in der gleichen Zeit des Jahres 1933 betrug. Auch an Maschinen war eine steigende Einfuhr zu verzeichnen, und zwar in den ersten fünf Monaten d. J. im Werte von rd. 58 Mill. Rupien gegen rd. 47 Mill. in der gleichen Vorjahreszeit und 43 Mill. in der gleichen Zeit des Jahres 1933. Die Aufnahmefähigkeit des indischen Marktes an den Deutschland besonders interessierenden Gütern ist also als recht günstig zu bezeichnen und läßt vielleicht auch die weiteren Aussichten Deutschlands trotz aller Widerstände in zollpolitischer Hinsicht recht befriedigend erscheinen.

In der letzten Zeit hat sich die deutsche Ausfuhr an Anlagegütern nach Indien, wenn auch im großen und ganzen nach oben, so doch im einzelnen sehr unterschiedlich entwickelt (Zahlentafel 3).

Am günstigsten war die Entwicklung der Ausfuhr von Röhren und Walzen sowie von Stab- und Formeisen. Auf den großen Halbzeugbedarf Indiens haben wir bereits hingewiesen. Auch die deutsche Ausfuhr an Kesseln und Teilen von Maschinen, sowie an sonstigen Eisenwaren hat einen starken Aufstieg zu verzeichnen. Ebenso war die deutsche Ausfuhr an elektrischen Maschinen und an elektrotechnischen Erzeugnissen in den ersten sechs Monaten d. J. bedeutend größer als in der gleichen Vorjahreszeit. Auffallend ist aber der sehr geringe Umfang, den bisher die deutsche Ausfuhr an Eisenbahn-Oberbaumaterial und an rollendem Material,

Zahlentafel 3

Deutsche Ausfuhr an Anlagegütern nach Indien

(in t)

Gruppe	I. Halbjahr 1935	I. Halbjahr 1934	1934	1933	1932
Röhren und Walzen	10 514	3 277	7 590	3 704	6 095
Stab- und Formeisen	9 763	5 142	11 998	8 094	2 425
Blech und Draht	2 841	3 756	7 150	6 828	6 983
Eisenbahn-Oberbaumaterial	200	658	870	645	329
Kessel und Teile von Maschinen	662	569	1 682	1 167	977
Werkzeuge u. landwirtsch. Geräte	538	442	972	740	504
Sonstige Eisenwaren	14 832	10 757	23 442	18 124	17 323
Textilmaschinen	792	1 182	1 915	3 098	1 164
Dampflokomotiven und Tender	12	—	—	8	—
Werkzeugmaschinen	169	217	361	610	247
Landwirtsch. Maschinen	5	6	15	19	11
Sonstige Maschinen	1 334	1 276	2 729	5 625	4 154
Elektrische Maschinen	360	190	429	215	510
Elektrotechn. Erzeugnisse	851	659	1 209	857	771
Kraftfahrzeuge, Krafträder	162	549	154	134	230

also vor allen Dingen an Dampflokomotiven und Tendern nach Indien hatte. Dabei hat Indien mit rd. 63 000 km bereits ein größeres Eisenbahnnetz als Deutschland mit rd. 56 000 km. Mit rollendem Material sind dabei aber die indischen Bahnen nur äußerst schwach versorgt, aber offensichtlich wurden bei Bestellungen gerade hier bisher noch britische Waren ganz eindeutig bevorzugt. So war die Lage jedenfalls bisher. In neuester Zeit scheint sich jedoch auch hier eine für Deutschland günstigere Entwicklung anzubahnen, wie die im August ds. Js. erfolgte Erteilung eines Auftrages zur Lieferung von 29 Heißdampflokomotiven und 15 Lokomotivkesseln für die indischen Bahnen an die Firma Krupp, Essen, beweist.

Schuren [2629]

Die Industrialisierung Südslaviens

Die Industrialisierung Südslaviens hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. In der Webe-Industrie ist die Einfuhr von Fertigwaren ständig gesunken. 1925 waren von der Einfuhr aller Baumwollwaren 55 % Fertigwaren, 26 % Gespinste, 19 % Rohbaumwolle. 1934 waren die entsprechenden Zahlen völlig umgekehrt: 11,5 %, 44 % und 45 %. Man glaubt, daß man bald mit der Ausfuhr von Baumwollwaren beginnen kann.

Auch die Eisenindustrie entwickelt sich zu größerer Selbständigkeit. Die Einfuhr von Apparaten und Geräten ist seit 1929 um zwei Drittel gesunken. Gute Fortschritte macht auch die chemische Industrie. 1929 sind noch 4620 t Kupfervitriol für 30 Mill. Dinar eingeführt worden; 1933 waren es nur noch 640 t für 2 Mill. Dinar. Völlig unnötig ist heute die Einfuhr fremder Seife, für die 1924 noch 30 Mill. Dinar (2100 t) ausgegeben wurden.

h. m-d. [2592]

WIRTSCHAFTSRECHT

Einheitliches Erfinderrecht!

Bei der Beratung rechtsuchender Erfinder kann immer wieder die Feststellung gemacht werden, daß weite Erfinderkreise glauben, ihre Ansprüche von einer einheitlichen Rechtsgrundlage aus betrachten zu können. Dies gilt vor allem vom Erfinder, der im Anstellungsverhältnis steht. Trotz aller Reformbestrebungen, die seit dem politischen Umbruch eingesetzt haben, und die darauf abzielen, den seit geraumer Zeit bestehenden berechtigten Wünschen zur Verwirklichung zu verhelfen, ist es aber noch nicht zu einer Neuregelung des Rechtes an der Angestelltenerfindung gekommen. Es fehlen grundsätzliche Änderungen des bisherigen Rechtszustandes.

Aus den verschiedensten Quellen muß daher gegenwärtig noch das Recht zur Beurteilung des Einzelfalles genommen werden. Ist aber ein Tatbestand von der Art, daß ein von den Parteien gesetzter Rechtsrahmen nicht als gegeben gelten kann, so können nur die nach den Ergebnissen der allgemeinen höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelten Grundsätze hilfsweise herangezogen werden. Sie stellen sich in der bekannten Dreiteilung der Erfindung zweifellos als Lösung des Rechtes an der Erfindung (Eigentum und Besitz), nicht aber als solche des Rechtes aus der Erfindung dar. Durch die höchstrichterlichen Instanzen konnten bislang noch nicht die Fragen zu einem für den Erfinder guten Ende gebracht werden, um die sich in der

Praxis die häufigsten rechtlichen Weiterungen und Streitigkeiten zwischen dem Erfinder als Gefolgschaftsmitglied und dem verwertenden Unternehmen kristallisieren: es sind dies Erfinderehre und Erfindervergütung.

Der Streit um diese Frage führte bislang zur Auseinandersetzung über Erfindung und Erfinder. Sie ist mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus positiv für den Erfinder entschieden worden. Wie verlautet, soll in dem seit langem erwarteten neuen Patentgesetz endlich das Erfinderprinzip, um das in Deutschland seit beinah 30 Jahren gekämpft wurde, wenn auch eingeschränkt, anerkannt worden sein. In dem Buch des Führers „Mein Kampf" ist zu lesen (S. 496): „Das Wertvollste an der Erfindung selbst, mag sie nun im materiellen oder in der Welt des Gedankens liegen, ist zunächst der Erfinder als Person. Ihn für die Gesamtheit nutzbringend anzusetzen, ist erste und höchste Aufgabe der Organisation einer Volksgemeinschaft." In einem künftigen Recht über den Arbeitsvertrag wird nach den Veröffentlichungen des Arbeitsrechtsausschusses dem Erfinder neben der Sicherung der Erfinderehre das Recht auf eine besondere Vergütung für seine Erfinderleistung zuerkannt werden, die seiner Erfinderleistung entspricht und ihm die Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit ermöglicht. So wird das Schicksal des einzelnen und seiner Arbeit, die nur Dienst an der Gemeinschaft sein kann, auch im Gebiete der Erfindung immer mehr zur praktischen Lösung eines weltanschaulichen Problems.

Der heutige Zustand ist, soweit es die Einzelrechtsfragen betrifft, kürzlich in einem Aufsatz dieser Zeitschrift behandelt worden (1935 S. 249). Betrachtet man ihn aber unter dem Gesichtspunkt der für die Zukunft notwendigen Einheitlichkeit, so ergibt sich, daß die Angestelltenerfinderschaft je nach Industrie und Dienststellung wenigstens in drei große Gruppen zerfällt. Bei ihnen treten im Erfindungsfalle jeweils verschiedene Rechtslagen ein. Für die drei Einzelrechtsfragen: Eigentum an der Erfindung, Erfindervergütung und Erfinderehre ergeben sich Entscheidungen, die in ihrer sachlichen Auswirkung erheblich voneinander abweichen.

1. Die Erfinderrechtsverhältnisse der technisch-naturwissenschaftlichen Arbeitskräfte in der chemischen Industrie bestimmen sich nach dem § 9 ff der Reichstarifordnung für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie. Es besteht ein Anspruch auf Erfinderehre, angemessene Erfindervergütung und Eigentum an der freien Erfindung.

2. Außerhalb der chemischen Industrie hat in verschiedenen Fällen der sogenannte Patentrevers, eine aus dem Jahre 1929 stammende Vereinbarung zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie, dem früheren Bund angestellter Akademiker und der ehemaligen Vereinigung der leitenden Angestellten Einführung gefunden. Es ist ein Normalvertrag, der von den Beteiligten seinerzeit als Richtlinie für den Abschluß von Einzelarbeitsverträgen herausgegeben worden ist, und dem keinerlei zwingende Wirkung wie etwa der unter 1 erwähnten Tarifordnung zukommt. Zu seiner Gültigkeit ist stets der Abschluß eines Einzelvertrages erforderlich, mit andern Worten: Die Richtlinien wirken sich nur dann aus, wenn jeweils ein rechtsgültiger Einzelarbeitsvertrag zwischen dem Betriebsführer und dem Gefolgschaftsmitglied abgeschlossen worden ist. Wie groß der Umfang der Verwendung dieses Patentreverses ist, hat sich bislang trotz verschiedener Versuche nicht genau feststellen lassen. Es kann nur soviel mitgeteilt werden, daß nach den praktischen Erfahrungen der erfaßte Personenkreis nicht allzugroß ist. Immerhin kam dem Patentrevers insofern erhebliche Bedeutung zu, als er bei der Entwicklung der grundsätzlichen Rechtsprechung höchstrichterlicher Instanzen zur Frage der Angestelltenerfindung als Ausdruck der Rechtsauffassung seinerzeit maßgeblicher Verbände neben den Bestimmungen des Chemiker-Tarifes, soweit es sich um die Regelung des Rechtes an der Erfindung handelt, richtunggebend herangezogen worden ist. Er sichert dem Erfinder gleichfalls Erfinderehre und Erfindervergütung, sowie das Eigentum an der freien Erfindung, jedoch in einem von 1 dem Umfange nach abweichenden Rahmen.

3. Neben den unter 1 und 2 erwähnten Personengruppen sind als Dritte alle diejenigen technisch schaffenden Personen zu nennen, die weder von der Reichstarifordnung noch von dem Patentrevers erfaßt werden. Sie stellen zweifellos die Mehrzahl aller erfinderisch tätigen Gefolgschaftsmitglieder dar. Bis auf wenige tarifliche Bestimmungen, die geradezu ein Beispiel für die Uneinheitlichkeit der versuchten Rechtsgestaltung sind, gelten für sie keinerlei Sonderbestimmungen, so daß für die Beurteilung eines entstandenen Erfinderrechtsstreites lediglich die vom Reichsarbeits- bzw. Reichsgericht entwickelten Rechtsgrundsätze mit der bekannten Dreiteilung der Erfindung in Betriebs-, Dienst- und freie Erfindung herangezogen werden können. Die Betriebserfindung, deren begriffliche Abgrenzung wieder unterschiedlich ist, der Sache nach aber ungefähr mit derjenigen in der chemischen Tarifordnung bzw. im Patentrevers übereinstimmt, gehört ebenso wie die gleichfalls nicht einheitlich abgegrenzte Diensterfindung dem Unternehmen. Die freie Erfindung steht dagegen im ausschließlichen Verfügungsrecht des Erfinders. Sieht, wie es für die meisten Fälle zutrifft, der Einzelarbeitsvertrag nichts über die weitere Erfinderrechtsregelung vor, so gibt es keinerlei Erfindervergütung noch Erfinderehre. Die letztere wird neuerdings in der Literatur aus persönenrechtlichen Erwägungen dem Erfinder zweifelsfrei zuerkannt. Es ist bislang aber noch keinerlei Entscheidung bekannt geworden, nach der die höchstrichterlichen Instanzen dem Erfinder einen Anspruch auf Nennung des Namens in der Patentschrift zuerkannt hätten, es sei denn, daß im Einzelfalle dafür eine besondere Rechtsgrundlage (wie z. B. unter 1 und 2 erwähnt) gegeben gewesen wäre. Auch die Bekanntmachung des Patentamtes vom 15. 2. 1922 betreffend die Nennung des Namens in der Patentschrift kann trotz der grundsätzlichen Anerkennung der Erfinderehre keinerlei Rechtsgrundlage abgeben, da sie lediglich eine Verwaltungsmaßnahme ohne irgendwelche Ansprüche des Erfinders ist und selbst dann, wenn ein Rechtsgrund wie nach Ziffer 1 und 2 oder durch Einzelabrede vorhanden ist, einen Anspruch des Erfinders rechtlich gesehen fiktiv werden läßt.

Erfindervergütung, Erfinderehre, ausschließliches und beschränktes Eigentum an der Erfindung steht nach den obigen Ausführungen dem Erfinder zu oder nicht zu, je nach dem, ob er unter die eine oder die andere der genannten Gruppen fällt. Man muß immer die Gesamtheit der Erfinderschaft vor Augen halten, um zu erkennen, wie verschiedenartig das Recht und der Rechtsanspruch liegen. Eine unlängst angestellte Erhebung über die Verbreitung von Erfinderrechtsklauseln in Betriebs- bzw. Tarifordnungen ergab, daß von 493 untersuchten Fällen nur 103 eine Erfinderrechtsklausel hatten. 36 Tarifordnungen sahen das Recht auf Namensnennung und nur 12 die Verpflichtung des Unternehmens auf Zahlung einer Vergütung vor. In insgesamt 80 Tarifordnungen war lediglich die Dreiteilung der Erfindung festgelegt (NS-Sozialpolitik, Heft 11 S. 336). Tarifordnungen mit Erfinderrechtsbestimmungen sind demnach außerordentlich selten. Für die Gestaltung des künftigen Rechtes ergibt sich daraus, daß der vor 1933 angestrebte Versuch, das Gesamtfragengebiet im Wege des seinerzeitigen Kollektivvertragsrechtes den berechtigten Wünschen der deutschen Erfinderschaft anzugleichen, sich als erfolglos erwiesen hat und es am besten einer unter neuen Gesichtspunkten stehenden reichsrechtlichen Regelung vorbehalten bleibt, hier Wandel zu schaffen. Es liegt in der Natur der Sache, die in allen Erfinderrechtsfällen auftretenden Grundfragen vorweg zu lösen und sie nicht den wirtschaftlichen Erwägungen der privaten Parteien zu überlassen. Der Wiederaufbau Deutschlands wird sich so schnell vollziehen, als es gelingt, die schöpferischen Kräfte und die Träger des technischen Fortschrittes leistungsfähig zu erhalten und sie entsprechend in das Wirtschaftsleben einzugliedern: „Erste und höchste Aufgabe der Organisation einer Volksgemeinschaft ist, den Erfinder als Person für die Gesamtheit nutzbringend anzusetzen." Dazu gehört auch eine reichseinheitliche Regelung der ihm aus einer Erfindung entstehenden Hauptrechte. Sie vermittelt ihm die Grundlage zur erfinderischen Weiterleistung. Aufgabe der Praxis wird es dann sein, in geeigneten zusätzlichen Sonderbestimmungen einen weiteren Ausgleich der sich aus der besonderen Art der Dienststellung und der Eigenart des jeweiligen Industriezweiges ergebenden Erfordernissen herbeizuführen. Dr. *Eichler,* Berlin [2595]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Wirtschafts- und verkehrsgeographischer Atlas von Pommern. Mit Unterstützung des Provinzialverbandes von Pommern, herausgegeben von dem Geographischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald. Gesamtbearbeitung *Werner Witt*. Stettin 1934, Ostsee-Druck und Verlag A. G. 57 Karten und 31 Seiten Text. Preis 15 RM.

In einer Zeit, wo wie kaum je zuvor alle Zusammenhänge deutschen Lebens bis in die Grundlagen untersucht und umgeformt werden, ist es ein doppeltes Verdienst, ein derart tiefschürfendes, wissenschaftliches Rüstzeug zu liefern. Anregung und Plan gab Prof. Dr. *Braun*. Das geographische Institut stellte die Mitarbeiter und wurde dabei bereitwilligst von allen Behörden und Teilen der Wirtschaft unterstützt. Der Provinzialausschuß, der die Mittel stiftete, kann mit dem Ergebnis ihrer Verwendung hochbefriedigt sein.

Pommern ist als Agrargroßgebiet, und besonders seit es Grenzland geworden ist, zu einer bedeutsamen Rolle aufgestiegen. Dieser wirtschafts- und verkehrsgeographische Atlas ist der umfassendste für das Gebiet. Anschaulich ist jede Karte auch bei Bearbeitung neuer kartographischer Wege ausgefallen, und der Begleittext von Dr. *Werner Witt* ermöglicht in ähnlicher Weise eine gute Orientierung.

Das Material läßt an Zuverlässigkeit, Weite des Blickfeldes und dabei Sicherheit der Auswahl nichts zu wünschen übrig. Der neueste wirtschaftskartographische Grundsatz ist übernommen, jeweils auf die kleinste erfaßbare Einheit zurückzugehen. Als Stichjahr ist das Jahr 1928 gewählt worden, da es den normalen Verhältnissen am nächsten kommt, und weil sich die am 27. Dezember 1927 Gesetz gewordene Auflösung der Gutsbezirke auf die kleinsten Einheiten noch nicht in der Statistik niederschlagen konnte. Auch bot damals noch der Eisenbahnversand vollständiges Material zur Bearbeitung der Überschuß- und Unterschußgebiete, während seitdem der Lastkraftwagenverkehr diese Zahlen immer mehr verwischt hat.

Als wirtschaftsgeographisches Werk wird dieser Band mustergültig dastehen. Es wäre zu hoffen, daß auch die andern Provinzialausschüsse unserer Wirtschaftsgeographie verhelfen würden, ihre reichen Erfahrungen in gleicher Weise niederlegen zu dürfen. Jeder, der an der Reichsplanung mitwirkt, würde mit einem derartigen wirtschaftsgeographischen Atlas von Deutschland auch in den andern Gebieten, wie es sicherlich für Pommern der Fall sein wird, mitarbeiten können. Dr. *Brandl* [2549]

Industrie und Handel

Wandlungen im industriellen Produktionsprozeß in ihrem Einfluß auf die Produktionskosten (unter besonderer Berücksichtigung der eisenerzeugenden Industrie Rheinlands und Westfalens). Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde bei der Philosophischen Fakultät der Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen. Vorgelegt von *Carl Becker*. Gießen 1933. Gedruckt in der Buchdruckerei Carl Fabri, Mülheim-Ruhr-Saarn 1933. 98 S.

Verfasser zeigt auf, wie sich mit der Änderung der Wirtschaftsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten die Produktionsbedingungen und die Produktionskosten verschoben und z. T. neu gestalteten. Leider geht aus den Ausführungen nicht hervor, welchen Umfang das zur Verfügung stehende Material hat. Es scheint sich nur auf je zwei bis drei Betriebe eines Hochofens, Stahl- und Walzwerks zu stützen, die unter sich miteinander vertikal verbunden sind.

In der Einleitung wird der starke Aufschwung der Eisen- und Stahlproduktion seit 1870 zahlenmäßig dargelegt. Benutzt wird das Material der amtlichen Statistik.

Im ersten Hauptteil wird der technische und wirtschaftliche Fortschritt in der eisenerzeugenden Industrie dargelegt, im zweiten werden die einzelnen „Produktionsmomente" untersucht. Im einzelnen wird der technische Fortschritt im Hochofenbetrieb, im Siemens-Martin-, Bessemer- und Thomas-Stahlwerk sowie im Walzwerk behandelt. Der wirtschaftliche Fortschritt wird in der Entwicklung zum Großbetrieb und der Vertikalkonzentration gesehen. Bei der Behandlung der Produktionsmomente wird besonderer Wert auf die Kostenanalyse (Material-, Transport-, Lohn- und Unkosten) gelegt.

Als Ergebnis der Untersuchung wird zusammenfassend verstärkte Konzentration gegenüber der Vorkriegszeit, wachsende Kapitalinvestition, rationellere Ausgestaltung der Betriebstechnik und Verbilligung der Produktion festgestellt.

Für eine ergebnisreiche Durchführung einer derartigen Untersuchung war das vorliegende Material wohl allzu spärlich und deshalb eine erfolgreiche Auswertung nicht möglich. Infolgedessen hat auch der Verfasser seine Erkenntnisse, namentlich im 1. Teil, allzusehr aus den Standardwerken der Volkswirtschaftslehre (vor allem *Sombart, Liefmann, Enquête*) geschöpft, während das reichhaltige Schrifttum über den behandelten Wirtschaftszweig nur zum geringen Teile ausgewertet worden ist.

An die Herren Professoren der Volkswirtschaftslehre aber sei in diesem Zusammenhange die Bitte gerichtet, Doktor-Dissertationen mehr auf die Erforschung von Neuland anzusetzen, statt das schon vorhandene überreiche Schrifttum noch einmal um eine neue Zusammenfassung „unter besonderer Berücksichtigung" von irgend etwas bereichern zu lassen! *Bredt* [2577]

Kartellwesen

Von der Kartellpolitik zur Marktordnung und Preisüberwachung. Vortrag, gehalten von *Heinz Müllensiefen* mit einem Anhang: „Übersicht über Entwicklung und Stand der Kartell- und Preisaufsichtsgesetzgebung". Berlin 1935, Carl Heymanns Verlag. 70 S. Preis 2,40 RM.

Der Schrift liegt ein Vortrag zugrunde, der Ende 1934 innerhalb einer betriebswirtschaftlichen Vortragsreihe als Einführung in die Kartell- und Marktordnungsfragen der Gegenwart gehalten wurde. Beigefügt ist ein Anhang, der eine gute Übersicht über Entwicklung und Stand der Kartell- und Preisaufsichtsgesetzgebung vom Frühjahr dieses Jahres bietet sowie den Wortlaut der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetze zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft wiedergibt.
Bredt [2580]

Die Preisüberwachung 1934/35. Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen von *Heinz Müllensiefen* und *Wolfram Dörinkel*. Zugleich 2. Nachtrag zur zweiten erweiterten Auflage von „Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht, verbunden mit einer Systematischen Darstellung sämtlicher deutscher Kartell- und zusammenhängender Gesetze sowie betr. Aufbau der Wirtschaft vom 27. 2. 1934". Berlin 1935, Carl Heymanns Verlag. 147 S. Preis 3 RM.

Die vorliegende Veröffentlichung bringt eine zusammenfassende Darstellung des gesamten Rechtsgebietes der Preisüberwachung unter Wiedergabe aller einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen und Pressenotizen.

In Anbetracht der Bedeutung, welche die Preisüberwachungsbestimmungen nach wie vor für unser Wirtschaftsleben besitzen, wird auch diese Schrift der bekannten Verfasser einen dankbaren Leserkreis finden.
Bredt [2582]

1. Nachtrag zur zweiten erweiterten Auflage von **Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht,** verbunden mit einer „Systematischen Darstellung sämtlicher deutscher Kartell- und zusam-

menhängender Gesetze“ sowie betr. „Aufbau der Wirtschaft“ vom 27. 2. 1934. Erläutert von *Heinz Müllensiefen* und *Wolfram Dörinkel*. Berlin 1934, Carl Heymanns Verlag. 64 S. Preis 2,40 RM.

Der Nachtrag bietet eine willkommene Ergänzung des Anfang Juni 1934 erschienenen Kommentar zum Kartell- und Preisüberwachungsrecht (330 S. 8 RM). Insbesondere wird die Änderung der Kartellverordnung vom 5. Sept. 1934 und die Faserstoffverordnung vom 19. Juli 1934 in der Neufassung vom 6. Sept. 1934 behandelt. Eine ergänzte Darstellung der unter dem 7. Aug. 1934 erweiterten Verordnung gegen Preissteigerungen sowie über Preise für ausländische Waren vom 22. Sept. 1934, eine Fortsetzung des Überblicks über die in Deutschland bestehenden Errichtungs- und Erweiterungsverbote, weitere Angaben über das Wirtschaftsaufbaugesetz und sonstige einschlägige Bestimmungen bieten jedem eine gute Unterrichtungsmöglichkeit auf diesem immer wichtiger werdenden wirtschaftlichen Gebiet. *Bredt* [2581]

Textilindustrie

Der Kampf um die Weltmacht Baumwolle. Von *Anton Zischka*. Bern, Leipzig, Wien 1935, Wilhelm Goldmann. 239 S. m. Abb. Preis 5,50 RM.

Der Kampf um wichtige Rohstoffe, um ihre Fund- oder Erzeugungsstätten zieht sich durch die Jahrtausende der Menschheitsgeschichte. Zu diesen Rohstoffen, um deren Besitz Wirtschaftskämpfe entbrannten, die wiederholt zum Ausbruch von Kriegen beitrugen, gehört auch die Baumwolle. Ein Rückblick in die Geschichte des „weißen Goldes“ läßt viele Vorgänge in anderm Lichte erscheinen und bildet zugleich eine Grundlage für die Schilderung der Bedeutung der „Weltmacht Baumwolle“ in den Wirtschaftskämpfen und kriegerischen Verwicklungen der Gegenwart. — Vergangenheit und Gegenwart stellt der Verfasser gleich interessant und fesselnd dar und stützt sich dabei auf eigene Beobachtungen bei vielen Auslandsreisen und gründliches Studium des Schrifttums.
Ha. [2622]

Aus andern Zeitschriften

Geht die Produktionsgütererzeugung der Verbrauchsgüterproduktion voraus? *R. Wagenführ.* Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 10. Jahrgang (Neue Folge) H. 1, Teil A, S. 41/46, 2 Diagr., 4 Zt.

Die vielfach vertretene Ansicht, daß die Wirtschaftsankurbelung bei der Produktionsgütererzeugung anzusetzen sei, daß die „Initialzündung“ auf der Investitionsseite erfolgen müsse, worauf sich durch zwangläufigen Zusammenhang die Verbrauchsgütererzeugung der Bewegung anschließe, wird hier kritisch untersucht. Die theoretische Begründung dieser These wird als unzulänglich erkannt, der praktische Verlauf der Entwicklung wird für Deutschland untersucht mit dem Ergebnis, daß weder die gegenseitige Absatzverflechtung der beiden Bereiche zureichend groß ist zur Begründung eines Bewegungszusammenhanges, noch die tatsächliche Entwicklung eine strenge Folgebewegung aufzeigt. Enger ist der Bewegungszusammenhang zwischen den Gruppen der Grundstoffindustrien und denen der Weiterverarbeitung; hier eilt mit einem ziemlich regelmäßigen Abstand die Grundstoffproduktion vor. Diese Gesetzmäßigkeit dürfte nach Ansicht des Verfassers überwiegend produktionstechnisch bedingt sein. Der Umstand, daß gerade in kritischen Zeiten des Konjunkturwechsels der Zusammenhang gestört werden kann, läßt Schlüsse aus der Grundstoffversorgung auf die künftige Fertigwarenproduktion nur unter Vorbehalt ziehen.

Der Verfasser beklagt, daß wir über die durchschnittliche Produktionsdauer wenig wissen; die genauere Untersuchung dieser Frage setzt aber Erkenntnisse darüber voraus. Hier wäre Gelegenheit, von volkswirtschaftlich interessierter Seite aus der Technik einen wertvollen Beitrag zur volkswirtschaftlichen und konjunkturkundlichen Erkenntnis zu liefern, zumal zu der hier untersuchten These auch von seiten der Ingenieure und industriellen Betriebsführer einiges Kritische zu sagen ist. Scheint es doch vielfach so, z. B. in der Maschinenindustrie, daß die Konjunkturbelebung erst spät auch an die Produktionsgüterindustrie herankommt, also eine Verzögerung statt einer Voreilung, wie sie von den Verfechtern der „Initialzündung“ auf der Investitionsseite behauptet wird, auftritt.

Verbraucherbildung als Aufgabe der Wirtschaft. *G. Frhr. v. Pechmann.* Die Deutsche Fertigware Jg. 7 H. 7/8, Teil A, S. 111/13.

Der Leiter der staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin betont, daß zwar die Zahl der deutschen Verbraucher, welche bei ihrer Bedarfsdeckung geschmacklich verantwortungsvoll handeln und Kulturhaltung wahren, im Wachsen ist, daß aber ihr Kreis und ihr Einfluß nicht ausreichen, um auf die gewerbliche Erzeugung eine geschmacklich bestimmende Wirkung auszuüben, ja daß das Streben des Einzelhandels, gute und geschmackvolle Ware zu vertreiben, oft genug mit geschäftlichem Mißerfolg bestraft wird, obwohl gut und geschmackvoll nicht schlechthin teuer und luxuriös bedeutet. Die behandelte Frage ist also nicht ein Preisproblem, sondern eine Frage der nationalen Kultur. — Daß Gütererzeugung und -verteilung dem Verbrauch dienen, diese Selbstverständlichkeit scheint vergessen durch die Eigentümlichkeit kapitalistischer Denkweise, für die die Kapitalnutzung zum Selbstzweck geworden ist. Die Zerstörung der europäischen Geschmackskultur ist von dieser Haltung mit verursacht und gefördert worden. Schund- und Scheinwerterzeugung ist volkswirtschaftlich Verschwendung; ein Erzeugnis ohne Formwert verfällt schnell völliger Entwertung. Umgekehrt vollzieht sich vielfach eine hohe Wertsteigerung.

Gewerbliche Nachwuchsschulung allein genügt dem bestehenden Zustand gegenüber nicht, es ist auch für die Erziehung der Verbraucher zu Urteilsfähigkeit in Geschmacksdingen zu sorgen. Der Händler als Vermittler hat hier eine besondere Sendung. Ein geschmacklich anspruchsvoller Inlandmarkt ist auch die beste Schulung und Voraussetzung für Ausfuhr deutscher Qualitätsware. *BH*

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Marktanalyse für elektrotechnische Haushaltgeräte in Ostpreußen[1])

Von Dipl.-Kfm. Ing. MAX BECK VDI, Königsberg

Ostpreußen bedingt wegen seiner ungünstigen wirtschaftlichen Lage besondere Verkaufsmaßnahmen, die die Eigenart und Möglichkeiten des ostpreußischen Marktes berücksichtigen. Die geringe Kaufkraft, die dünne Besiedlung, die Industriearmut, die für die Elektrizität noch unerschlossenen Gebietsteile, die unterschiedlichen Stromtarife in den Städten und zum Teil auch auf dem Lande, der verschiedene Entwicklungsstand der ländlichen Elektrifizierung bergen für den Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse Hemmungen in sich, die außerordentlich schwer — vor allem auch im Vergleich zu dem übrigen Reich — zu überbrücken sind. Eine genaue Marktanalyse ist daher unbedingt Voraussetzung, um den Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse wirkungsvoll zu gestalten.

Die Absatzorganisationen — selbstverständlich auch die Erzeugungspläne — sind auf der Bedarfsgrundlage aufzubauen. Nur eine bedarfsgerechte Wirtschaftsführung kann vor Verlusten und Absatz-

[1]) Näher erörtert und in den Zusammenhängen ausführlich dargestellt in dem soeben im C. E. Poeschel-Verlag, Stuttgart, erschienenen Buche: *M. Beck*, Der Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse in Ostpreußen unter besonderer Berücksichtigung der Haushaltgeräte und Rundfunkapparate.

stockungen schützen. Da in Ostpreußen die statistischen Unterlagen über die vorhandenen elektrotechnischen Geräte noch mangelhaft und Bestandzahlen über im Verbrauch befindliche elektrotechnische Geräte nur wenig bekannt sind, habe ich selbst Erhebungen zur Erforschung des ostpreußischen Marktes angestellt, um die geeigneten Absatzwege und -verfahren, die Finanzierungs- und Werbemöglichkeiten aufzuzeigen.

Die gesamte ostpreußische Bevölkerung hängt von der Landwirtschaft ab, die städtische Bevölkerung nicht ausgenommen. Die Kenntnis der natürlichen Grundlagen der ostpreußischen Landwirtschaft und ihrer Besitzverhältnisse bildet somit den Schlüssel für das Verständnis der Bevölkerungsverhältnisse und ihrer Bewohner.

Der Eigenart des Klimas entsprechend, bleiben in Ostpreußen die Erträge aller Getreide- und Hackfruchtarten hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. So ist das Klima Ostpreußens eine der wichtigsten Ursachen der dünnen Besiedlung Ostpreußens. Zu der Ungunst des Klimas kommt die Ungunst der Verkehrslage. Die ungünstigen Erzeugungsbedingungen gefährden die Rentabilität der ostpreußischen Landwirtschaft und beschränken die Existenzmöglichkeiten.

Die Ostpreußen sind tatkräftig und unternehmungslustig. Ihre Lebensweise ist einfach. Sie sind gastlich, hilfsbereit und zeigen zu jeder Zeit Einsatzbereitschaft. Gleichwohl ist bei allen Bewohnern großes Mißtrauen gegen Fremde zu finden. Es ist immer ein Fehler der Außenstehenden gewesen, die Eigenschaften der Bewohner eines Landes absprechend zu beurteilen und sie in falsche Beziehung zu ihren heimatlichen Gewohnheiten zu setzen. Ostpreußische Dichter (Sudermann, Agnes Miegel, Brust u. a. m.) haben treffend die Ostpreußen „als in sich gekehrte, vornehme Naturen" geschildert, „die am liebsten leise durchs Leben gehen, weil das tönende Wort zu grell und laut ist für ihr stilles in sich gekehrtes Gefühlsleben". Der Ostpreuße hängt im allgemeinen sehr am Althergebrachten. Neuerungen werden oft abgelehnt. So ist es ungemein schwierig, in Ostpreußen neue technische Errungenschaften einzuführen. Es muß erst stets eine harte Pionierarbeit geleistet werden.

Die in diesem Beitrag aufgestellte Marktanalyse über den Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse in Ostpreußen soll den allgemeinwirtschaftlichen Zusammenhang aufklären. Es sind die Bedingungen, die Tendenzen und die Struktur des ostpreußischen Marktes besonders für elektrische Haushaltgeräte näher erörtert, da gerade der Haushaltbedarf in Ostpreußen noch weit ausbaufähig ist. Weiterhin werden die Fragen, die durch die Lage Ostpreußens bedingt sind, und die Struktur des ostpreußischen Marktes für elektrotechnische Gebrauchsgeräte dargestellt, d. h. die Art und Stärke der Marktbedingungen, die für den Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse auf längere Zeit bestimmend sind. Selbstverständlich muß darüber hinaus untersucht werden, wie die weitere Elektrifizierung in Ostpreußen sich gestaltet. Auch Neuerfindungen können die Absatzbedingungen verändern.

Marktanalyse für Haushaltgeräte

a) Bodenfläche: 36 990,71 km²

b) Bevölkerungszahl: 2 333 301

c) Bevölkerungsdichte (1933): 63,1 Einwohner/km

d) Kaufkraft[2]) (ermittelt aus der Einkommenshöhe und dem Geldwert, in dem das Einkommen ausgedrückt ist, in Beziehung gesetzt zu dem entsprechenden Preisstand; außerdem wurde die Sparhöhe von Einkommensteilen, Abhebungen von den Sparkassen und Banken, Kreditinanspruchnahme und Kreditgewährung berücksichtigt): 21

e) Elektroinstallateure: 250

f) Elektrizitätswerke mit eigenen und ohne Kraftquellen, Elektrizitätsgenossenschaften bzw. -gesellschaften: rd. 1200

g) Rundfunkhändler: 570

h) Elektrogroßhändler (anerkannt vom Reichsverband der Elektrogroßhändler) und Rundfunkgroßhändler (anerkannt von der Wirtschaftsstelle der deutschen Rundfunkindustrie): 15

2) Vgl. *M. Beck*, Marktforschung und Vertrieb. Eine Studie über den Markt für elektrotechnische Erzeugnisse (erscheint in Kürze), Kapitel „Kaufkraft".

i)

	Zahl der Haushaltungen am 16. 6. 1933	Auf 1 Haushalt kommen . . . Personen
Reg.-Bez. Königsberg . . .	237 167	4,04
„ Gumbinnen . . .	129 841	4,21
„ Allenstein . . .	119 988	—
„ Westpreußen . .	70 345	3,94

k) Ostpreußen hatte 1933 von je 100 Personen der Gesamtbevölkerung

46,6 Erwerbspersonen

Berufslose, von Unterstützung lebende, Rentenempfänger 9,6 Personen

Angehörige ohne Hauptberufe 43,8 Personen

l) Von je 100 Personen der Bevölkerung waren 1933:

selbständig	mithelf. Familienangeh.	Beamte u. Soldaten	Angestellte
19,2	10,9	5,6	6,2

Arbeiter	Hausangestellte	Berufslose
41,6	1,6	14,9

m) Von der Gesamtbevölkerung der Provinz Ostpreußen entfallen auf (Zahl der Betriebe 1933):

Land- u. Forstwirtschaft	Industrie u. Handwerk	Handel u. Verkehr
983 717	503 327	288 738

n) Von je 100 Personen der Gesamtbevölkerung entfallen auf

Land- u. Forstwirtschaft	Industrie u. Handwerk	Handel u. Verkehr
42,2	21,6	12,4

öffentliche Dienst- u. private Dienstleistungen	Häusliche Dienste	Berufslose
7,2	1,6	14,9

o) Elektrizitätswerke Provinz Ostpreußen: Leistungsfähigkeit in kW 130 237, Stromerzeugung in 1000 kWh = insgesamt 258 342

Reg.-Bezirk	Zahl der Wohnungen in 1000				
	insgesamt	darunter			
		Neuwohnungen		Kleinwohnungen	
		Zahl	%	Zahl	%
Königsberg . .	225	42	18,7	151	67,2
Gumbinnen . .	128	22	16,9	83	64,8
Allenstein . . .	124	25	20,3	79	63,6
Westpreußen .	68	15	19,9	43	64,2

Wohnungen insgesamt am 16. 6. 1933 in 1000:
in Königsberg 81,1

Neuwohnungen	16,4	20,2 %
Kleinwohnungen . . .	50,8	62,6 %

(Kleinwohnungen mit 1 bis 3 Räumen)

In Ostpreußen sind rd. 540 000 Haushaltungen vorhanden, davon sind etwa 300 000 an das Stromnetz angeschlossen.

Zusammenfassung der Untersuchungen zum Zwecke der Marktanalyse für Haushaltgeräte

Bei der Einzelbetrachtung der verschiedenen Stromversorgungsgebiete und bei genauem Studium der zu Beginn des Abschnittes „Marktanalyse" angegebenen Daten über den Aufbau Ostpreußens und auf Grund der eigenen Erhebungen des Verfassers ergibt es sich, daß nennenswerte Absatzmöglichkeiten nur für billige elektrische Geräte und Maschinen bestehen. Aus den Angaben über Bevölkerungsverhältnisse, Einkommen und Berufsschichtung ist zu ersehen, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in der Lage ist, größere elektrische Geräte anzuschaffen (24 %). Es handelt sich bei diesem Teil um selbständige Erwerbstätige, Beamte und Angestellte, die wegen ihrer monatlichen festen Bezüge zum Kauf von arbeitserleichternden Apparaten eher geneigt sind als andere Berufe. Die früher vorhandenen ständigen Hilfskräfte (Hausangestellte) werden in der heutigen Zeit in vielen Fällen erspart. (Im Oktober 1932 waren in Ostpreußen 4,6 % Hausangestellte vorhanden, 1934 jedoch nur noch 1,6 %, 1935 hat sich eine Erhöhung bemerkbar gemacht.)

Die leicht bedienbaren elektrischen Haushaltgeräte erleichtern der Hausfrau die Haushaltarbeit. Die Absatzstatistiken der Elektrizitätswerke zeigen auch, daß gerade die Beamten und Angestellten großes Interesse für elektrische Herde, Kleinküchen, Waschmaschinen, Staubsauger u. a. m. an den Tag legen.

Bei den Erhebungen über die Haushaltgrößen zeigt es sich, daß in Ostpreußen der Anteil der Kleinwohnungen (1 bis 3 Zimmer) mit durchschnittlich 3 Personen überwiegt. Diese Zahl gibt einen Hinweis für den Vertrieb von elektrischen Herden, d. h. es werden in Ostpreußen vorwiegend Kleinherde mit 2 bis 3 Heizstellen abgesetzt werden können.

Die Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung der Reichsgruppe Energiewirtschaft der deutschen Wirtschaft gibt bekannt, daß bei den ostpreußischen Elektrizitätswerken am 1. 1. 1934 insgesamt etwa 760 elektrische Vollherde, 497 elektrische Tischherde und 267 elektrische Sparkochgeräte vorhanden waren.

Der Bezirksverband Ostpreußen (Reichsverband der Elektrizitätsversorgung) gibt auf Grund der Unterlagen für 1934 bekannt, daß sich der Zuwachs an elektrischen Herden und Heißwasserspeichern in der Provinz Ostpreußen auf 980 neue Herde gegenüber 450 im Jahre 1933, 320 neue Heißwasserspeicher gegenüber 230 (1933) beläuft.

Arbeiter (41,6 %), Hausangestellte (1,6 %) und mithelfende Familienangehörige (10,9 %) werden vorläufig nur für kleinere elektrische Gebrauchsgegenstände aufnahmefähig sein. Die Anschaffung großer hochwertiger Apparate, Kühlschränke, Luxusgeräte usw. hängt natürlich von einer gewissen Mindesthöhe des Einkommens ab, selbst wenn auch die Lieferung derartiger Geräte auf Ratenzahlungen geschehen kann. Weniger von der Kaufkraft als vom Grade der Elektrifizierung und vom Stromtarif hängt die Aufnahmefähigkeit für kleinere Apparate, wie z. B. Bügeleisen, ab. Aus der Absatzstatistik der Elektrizitätswerke ist zu ersehen, daß von allen Geräten das Bügeleisen den besten Absatz zu verzeichnen gehabt hat. Wenn von der Industrie elektrische „Volksgeräte" geschaffen werden, und zwar für die verschiedensten Verwendungszwecke, so würde mit großer Bestimmtheit für diese Geräte ein nennenswerter Absatz zu erzielen sein.

Bei einer Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wird in Zukunft die Landwirtschaft für elektrische Geräte besonders aufnahmefähig sein. Von der Gesamtbevölkerung entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft 983 717 Personen (42,2 %). Wie aus den Erhebungen festzustellen ist, ist durch die geringe Kaufkraft eine Anschaffung elektrischer Apparate und Maschinen sehr erschwert. Die tatsächlichen Stromkosten spielen auf Grund von Umfragen (Ostpreußenwerk A.-G.) nur eine sekundäre Rolle. Auch für Neuanlagen besteht nach Ansicht der Elektroinstallateure auf dem Lande größeres Interesse als in der Stadt. Leider stehen aber auch hier naturgemäß verhältnismäßig hohe Installations- und Anschlußkosten im Wege. Der Absatz von Elektro-Installationsmaterial (Zählertafeln, Zähler, elektrische Uhren, Schalter, Kabel, Beleuchtungskörper usw.) richtet sich selbstverständlich immer nach den Neubauten, die ausgeführt und zu deren Installation größere Mengen Installationsmaterial benötigt werden. In Ostpreußen werden große Bauten durchgeführt, und somit kann auf weiteren günstigen Absatz von Installationsmaterial gerechnet werden.

Nachstehende Aufstellung zeigt die am meisten in den ostpreußischen Stromversorgungsgebieten im Gebrauch vorhandenen Apparate und Maschinen:

Haushaltungen (Stadt und Land)	Landwirtschaft	Gewerbe
Bügeleisen	Elektromotor	Elektromotor
Heizkissen	Säge	Werkzeuge
Staubsauger	Hauswasseranlage	Maschinen
Wasserkocher	Werkzeug	Bügeleisen
Heizsonne	Jauchepumpe	Wasserkocher
Brat- und Backröhre	Heißwasser-	Staubsauger
Heißluftduschen	speicher	Heißluftduschen
Tauchsieder	Brutapparat	
Kaffeemaschinen	Melkmaschine	
Brotröster		

Durch eine Erhebung (Ostpreußenwerk A.-G.) ist festgestellt worden, für welche Apparate und Maschinen bei den ostpreußischen Stromverbrauchern Interesse vorhanden ist. Nach der Dringlichkeit des Begehrens geordnet werden von den Befragten folgende Maschinen und Geräte gewünscht:

1. Brat- und Backröhren
2. Kochherd
3. Heizkissen
4. Staubsauger
5. Kühlschrank
6. Kochplatte
7. Heizsonne
8. Waschautomat
9. Tauchsieder
10. Wasserkocher usw.

Das Bügeleisen kommt erst an 16. Stelle, ebenso liegen für den Elektromotor ähnliche Verhältnisse in ländlichen und gewerblichen Betrieben vor. Daraus ist ersichtlich, daß der Bedarf an Bügeleisen und Motoren nur noch sehr gering ist, da die meisten Stromverbraucher bereits mit diesen Gegenständen versorgt sind. Da diese Geräte und Maschinen zum großen Teil seit der Elektrifizierung im Gebrauch sind, kann aber allmählich wieder mit Neuanschaffungen (wegen Veralten und Verbrauch) gerechnet werden. Selbstverständlich wird bei weiterem Ausbau der Stromversorgungsgebiete auch für das Bügeleisen und den Elektromotor der Bedarf wieder am größten sein.

Die geringe Kaufkraft ließe sich durch Teilzahlungssysteme zum Teil überwinden. So hat z. B. die Königsberger Werke und Straßenbahn G. m. b. H. als erster Versorgungsbetrieb den Verkauf von Rundfunkapparaten und elektrischen Geräten dadurch gefördert, daß sie mit den einschlägigen Geschäften ein Abzahlungsabkommen schloß, wonach diesen bei Teilzahlungsverträgen die gesamte Kaufsumme ausgezahlt und von den Käufern die einzelnen Raten beim Kassieren der Stromrechnungen gleichzeitig eingezogen wurden.

Bis Ende 1934 sind hierfür aufgewendet worden:

für elektrische Geräte . . 1 349 500 RM
„ Rundfunkgeräte . . . 840 823 „

Allein im Jahre 1934 entfallen von diesen Summen auf elektrische Geräte 88 585 RM, für Rundfunkgeräte 367 793 RM.

Auch das Ostpreußenwerk befaßt sich seit mehr als einem Jahre durch sein Zweigunternehmen, die Elektro-Vertrieb-Ostpreußen G. m. b. H. mit der Finanzierung von Rundfunkgeräten im Bereich seines Versorgungsgebietes. Im November 1933 stellte das Ostpreußenwerk dem Elektro-Vertrieb-Ostpreußen einen Kredit von ¼ Mill. RM zur Verfügung, mit dessen Hilfe auch den wirtschaftlich schwächeren Kreisen der ländlichen Bevölkerung ermöglicht wurde, sich Rundfunkgeräte anzuschaffen. Auf diese Weise wurden bis Ende November 1934, also in einem Jahr, rd. 3130 Apparate (davon 1730 Volksempfänger) neu aufgestellt.

Nach den dargestellten Marktverhältnissen und unter Berücksichtigung der aufgezeigten Marktfaktoren sind in Ostpreußen durch planvolle Vertriebs- und Werbeverfahren Absatzmöglichkeiten vorhanden, die in ihren Auswirkungen alle beteiligten Kreise geschäftlich anregen dürften. [2516]

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
Deutschlands Textilindustrie und Textilwirtschaft. Von Dr.-Ing. Max Matthes VDI . . . 353
Aufgaben und Ziele der öffentlich-rechtlichen Banken im Dritten Reich . . . 358
Wirtschaftslage und wirtschaftliche Entwicklungsrichtung in Ägypten. Von Wilhelm Kiewitt . . . 359
14 Mrd. RM Umsatz des deutschen Handwerks . . . 364
Eine marktanalytische Fibel. Von Dr. Dr. Hans J. Schneider . . . 365
Wirtschaftsdynamik. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . 367
Archiv für Wirtschaftsprüfung:
Beispiele einfacher Kostenermittlungen aus dem betriebswirtschaftlichen Schrifttum. Von Dipl.-Kfm. Helmut Norden . . . 371
Wirtschaftsberichte:
Die deutsche Wirtschaft im November 1935. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . 374
Wirtschaftskennzahlen . . . 377
Bergbau . . . 378
Verkehr . . . 378
Länderberichte . . . 378
Wirtschaftsrecht:
Einheitliches Erfinderrecht! Von Dr. Eichler . . . 379
Schrifttum:
Wirtschaftswissenschaft und -politik . . . 381
Industrie und Handel . . . 381
Kartellwesen . . . 381
Textilindustrie . . . 382
Aus andern Zeitschriften . . . 382
Industrieller Vertrieb:
Marktanalyse für elektrotechnische Haushaltgeräte in Ostpreußen. Von Dipl.-Kfm. Ing. Max Beck VDI . . . 382

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Georg Freitag VDI, Berlin. — VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40.
Triasdruck G. m. b. H., Berlin SW 19, Dresdener Str. 97.

BIBLIOTEKA GŁÓWNA
Politechniki Śląskiej
P 813/35